

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von Januar bis April 1933**

NWO-Sonderheft Nr. 66



2.000 Jahre Gewaltherrschaft der Antichristen von Januar bis April 1933

NWO-Sonderheft Nr. 66

Terror der Antichristen vom 01.01.1933-30.04.1933

Inhaltsverzeichnis	Seite
Vorbemerkungen	2-11
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Januar bis April 1933	11-95
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	96-98

Vorbemerkungen

Manches gestehen, bedeutet meist einen hinterhältigeren Betrug, als alles verschweigen. <i>Arthur Schnitzler (1862–1931, österreichischer Schriftsteller)</i>
--

Untergang der Weimarer Republik

Nach ungemein schweren Jahren, in denen von 1919-33 insgesamt 20 deutsche Regierungen aufgegeben wurden und scheiterten, wurde das Schicksal der "Weimarer Republik" am 30. Januar 1933 entschieden (x051/627). Die aufopferungsvolle, harte Arbeit der deutschen Politiker wurde nicht belohnt, denn gerade als man die große Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Reparationen und die jahrelange Besetzung des Rheinlandes endlich überwunden hatte, zerstörte tragischerweise Hindenburgs verhängnisvolle Fehlentscheidung die gesamte Aufbauarbeit und Friedenspolitik der ersten deutschen Republik.

Aufgrund der rücksichtslosen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Siegermächte besaß die Weimarer Republik nach dem Ende des Ersten Weltkrieges eigentlich nie eine realistische Überlebenschance. Der Untergang der Weimarer Republik wurde durch den aggressiven Rechts- und Linksradikalismus beschleunigt, denn die radikalen Parteien NSDAP und KPD nutzten in den Jahren 1919 bis 1933 alle politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten gewissenlos aus, um die erste deutsche Republik zu vernichten.

Die Weimarer Republik scheiterte aber auch, weil es keine überragenden deutschen Staatsmänner gab, die in der Lage waren, die dringend erforderlichen Entscheidungen jener Zeit durchzusetzen.

Im Verlauf der "Großen Depression" wurden die Positionen der deutschen Regierungen nahezu aussichtslos, denn im Gegensatz zu den französischen Regierungen - von 1919-30 scheiterten z.B. auch 18 französische Regierungen - fehlten den deutschen Regierungen nach dem Ersten Weltkrieg schließlich die entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Grundlagen, um die katastrophalen Folgen der Weltwirtschaftskrise zu überwinden. Angesichts der riesigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der fehlenden politischen Führungspersönlichkeiten mußten die gemäßigten Parteien der Weimarer Republik zwangsläufig scheitern.

Hitlers Machtübernahme

Als Reichspräsident Hindenburg den NSDAP-Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, leitete er gleichzeitig das Ende der deutschen Demokratie ein.

Für die meisten ausländischen Staaten war Hitlers Regierungsübernahme vorerst nur "ein Sieg der nationalen Opposition".

In jener Zeit gab es natürlich Millionen von jungen Idealisten und Schwärmern, die irrtümlich an Hitlers NS-Regime glaubten. Nach den bitteren Kriegs- und Nachkriegsjahren träumten diese naiven Phantasten von der Verwirklichung einer wahren, gerechten Volksgemeinschaft. Die meisten Deutschen wollten lediglich alle Ungerechtigkeiten und früheren Feindschaften vergessen und gemeinsam die Folgen der Versailler Verträge beseitigen, aber der allgegenwärtige Terror des NS-Regimes zerstörte schon bald alle Hoffnungen und naiven Wunschträume.

Durchsetzung des "Ermächtigungsgesetzes" vom 23. März 1933

Am 23. März 1933 wurde das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das sog. "Ermächtigungsgesetz", vom Reichstag mit der notwendigen 2/3-Mehrheit von 444:94 beschlossen.

Durch die ungesetzliche Verabschiedung bzw. gewaltsame Durchsetzung des "Ermächtigungsgesetzes" vom 23. März 1933 wurde die deutsche Reichsregierung bzw. der Rechtsstaat völlig ausgeschaltet und das deutsche Volk verlor endgültig seine politische Freiheit. Die "deutsche Katastrophe" war danach nicht mehr aufzuhalten, denn nach Errichtung der NS-Diktatur bestimmten in Deutschland nur noch Hitler und seine "NSDAP-Abgeordneten" bzw. Gewalt und Terror.

Aufgrund des gewaltsamen Staatsstreiches (Verhaftung und Bedrohung von Reichstagsabgeordneten) begingen die Nationalsozialisten verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen hielten das Deutsche Reich danach praktisch von März 1933 bis Mai 1945 besetzt.

Prof. Dr. Karl Jaspers (1883-1969, Philosoph, erhielt von 1937-45 Lehrverbot und ab 1943 Publikationsverbot durch das NS-Regime) schrieb später, daß am 23. März 1933 unter Hitlers Führung erstmalig in der deutschen Geschichte ein **Verbrecherstaat** gebildet wurde, also ein "Staat", der systematische Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübte (x154/14).

Der NS-Polizei- und Terrorstaat

Da die politische Polizei den NS-Ansprüchen nicht genügte, ließen Hermann Göring, der eigentliche Gründer der geheimen Staatspolizei, und Heinrich Himmler nach Hitlers Machtübernahme alle politischen Polizeiverbände der Länder gleichschalten und gründeten im April 1933 die Geheime Staatspolizei. Danach herrschte schnell "Ruhe und Ordnung", denn die Gestapo räumte überall gründlich auf und errichtete einen Polizei- und Spitzelstaat, der alle bis dahin bekannten europäischen Überwachungs- und Terrormethoden - außer UdSSR - in den Schatten stellte.

Seit April 1933 führte der SS-Staat in "Nacht- und Nebelaktionen" unentwegt systematische Verfolgungen durch, die oft verheimlicht werden konnten. Im Verlauf dieser großangelegten "Säuberungsaktionen" nahmen die SS- und SD-Einheiten ungezählte "Staatsfeinde" - Sozialdemokraten, Kommunisten, Konservative und andere Regimegegner - fest. Tausende wurden in den "wilden Schutzhaftlagern" inhaftiert.

Im Jahre 1933 ließ die NS-Justiz schon 75 % aller Todesurteile vollstrecken, während man 1932 keinen der 77 Todeskandidaten hingerichtet hatte (x074/1.103). Der "totale NS-Terrorstaat" kontrollierte und unterdrückte schon bald sämtliche Lebensbereiche. Die NS-Polizeimaschinerie war militärisch aufgebaut und gewährleistete eine lückenlose polizeiliche Überwachung des gesamten NS-Machtbereiches.

Hitlers ausländische Bewunderer, Förderer und Kritiker

Der französische Außenminister Jean Louis Barthou lobte Hitler im Jahre 1934 als einen "wahren Friedensfreund" (x025/129).

Für David Lloyd George (britischer Ex-Premierminister) war Hitler damals einer der größten lebenden Deutschen, ein "deutscher George Washington" (x025/129).

Winston Churchill war im Jahre 1938 immer noch von Hitler begeistert. Churchill meinte, daß die bisherigen Leistungen des "Führers" weltgeschichtlich als Wunder einzuordnen seien (x025/128).

Das US-Nachrichtenmagazin "TIME" wählte Hitler im Jahre 1938 zum Mann des Jahres (x268/50).

Hitler, der nachweislich jahrelang durch zahlreiche ausländische Förderer, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., und durch zahlreiche US-Großindustrielle, finanziell unterstützt wurde, enttäuschte seine NWO-Geldgeber nicht.

Die riskanten Revisionen Hitlers, um nicht haltbare, vorsätzliche Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages zu beseitigen, führten zwangsläufig zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bzw. zur Fortsetzung des 2. Dreißigjährigen Krieges.

Die NS-Euthanasie

Hitler ordnete am 1. September 1939 das Euthanasieprogramm ("Vernichtung lebensunwerten Lebens") an. NS-Reichsleiter Philipp Bouhler und Karl Brandt (1904-1948, Mediziner und ab 1944 SS-Gruppenführer, seit 1934 Hitlers Begleitarzt) wurden mit der Durchführung beauftragt. Die Euthanasie sollte sich vor allem auf unheilbar Geisteskranke und behinderte Kinder erstrecken, deren Unterhalt und Pflege der Gesellschaft nicht zugemutet werden konnte.

Die ersten Mordopfer, die das NS-Regime vergasen ließ, waren keine Juden, sondern Geisteskranke und andere sogenannte "lebensunwerte" Deutsche. SS-Oberführer Viktor Brack war für die "Abwicklung" der Euthanasie-Aktion "Gnadentod" bzw. "Aktion T4" zuständig.

Von Dezember 1939-1941 ließ Brack mehr als 70.000-100.000 deutsche Geisteskranke und sogenannte "unheilbar Kranke" in den Euthanasie-Anstalten "beseitigen"(x036/70, x061/483). Während der "Aktion T 4" wurden mindestens 70.273 Menschen umgebracht (x033/200). Nach anderen Quellen wurden im Rahmen des Euthanasie-Programms rund 190.000 behinderte Deutsche ermordet und etwa 375.000 Deutsche zwangssterilisiert (x244/399).

Infolge der massiven Proteste von Angehörigen der Opfer und Geistlichen beider Kirchen stoppte das NS-Regime ab August 1941 vorübergehend die Vergasungen der "lebensunwerten" Deutschen. Die NS-Ärzte und das Pflegepersonal setzten die Ermordung der Behinderten danach jedoch in vielen Anstalten mit Giftspritzen und Hungerrationen fort. Bis zum Kriegsende wurden insgesamt etwa 200.000 behinderte Menschen durch das NS-Regime ermordet (x067/126).

SS-Oberführer Viktor Brack war nach Einstellung der "Aktion T4" wesentlich am Aufbau der Vernichtungslager in Polen beteiligt und leitete dort hauptsächlich den Bau der Gaskammern. Auch die anderen "erfahrenen Tötungsspezialisten" der "Aktion T4" (ca. 500 Personen) wurden später mehrheitlich in den Vernichtungslagern eingesetzt.

Die Ermordung der europäischen Juden während des Zweiten Weltkrieges

Nach dem Scheitern der "NS-Auswanderungspolitik" im Jahre 1940 (Hitler hatte anfangs gedacht, daß er die Juden meistbietend "verkaufen" könnte) wurden alle Umsiedlungsverhandlungen abgebrochen. Danach war das tragische Schicksal der europäischen Juden praktisch entschieden. Die westpolnischen Juden wurden von SS- und SD-Sondereinheiten bereits ab 1940 vorübergehend in "Groß-Gettos" zusammengetrieben, die man in den größten Städten des Generalgouvernements einrichtete. In diesen Gettos breiteten sich vielfach Epidemien und Seuchen aus, denen Tausende von Juden zum Opfer fielen.

Im Vernichtungslager Auschwitz fanden vermutlich am 3. September 1941 die ersten "Probevergasungen" von Menschen mit Zyklon B statt. Zyklon B war eine blausäurehaltige Chemikalie, die bisher zur Ungezieferbekämpfung eingesetzt wurde. Nach Erprobung dieser effektiven Mordtechnik errichtete man im Vernichtungslager Auschwitz weitere Gaskammern mit

gasdichten Türen und Luken für den Gaseinwurf (x106/123).

Seit dem 19. September 1941 mußte jeder Jude (über 6 Jahre) den "Davidstern" (gelber Stern mit der Aufschrift "Jude") auf der linken Brustseite tragen.

Am 14. Oktober 1941 trat für alle deutschen Juden ein absolutes Auswanderungsverbot in Kraft. Die ersten Juden (ehemalige deutsche Staatsbürger) wurden am 14. Oktober 1941 nach Polen deportiert.

In der ehemaligen Garnisonstadt Theresienstadt ließ das NS-Regime am 24. November 1941 ein Getto zur Aufnahme von älteren Juden errichten.

Spätestens nach dem Scheitern des Rußlandfeldzuges im Dezember 1941 beschloß Hitler vermutlich die endgültige Vernichtung aller europäischen Juden.

Wegen der besseren Geheimhaltung und weil man die "Endlösung" unbeobachtet durchführen wollte, errichteten spezielle SS-Einheiten ab 1941 im besetzten Polen 6 Vernichtungslager. Während in den Konzentrations- und Arbeitslagern zunächst die Arbeitskraft der Häftlinge und Zwangsarbeiter ausgebeutet wurde, dienten die Vernichtungslager ausschließlich der Massentötung der europäischen Juden. Ernst Jünger nannte diese Lager später "Fabriken des Todes".

Aufgrund der strengen Geheimhaltungspflicht erteilte Reichsführer SS Himmler den Befehl, die Vernichtungslager nur in spärlich besiedelten, abgelegenen polnischen Gebieten zu errichten. Die Standorte mußten jedoch über Bahnanschlüsse verfügen und durften wegen der Massentransporte nicht zu weit von den polnischen Gettos entfernt sein. Die Vernichtungslager unterlagen strengster Geheimhaltung und wurden von den SS-Wacheinheiten weiträumig abgesperrt. Alle Zufahrtswege und Straßen wurden ununterbrochen bewacht.

Die "bürokratische, industrialisierte" NS-Tötungsmaschinerie arbeitete während des Zweiten Weltkrieges unter strengster Geheimhaltung und vernichtete kaltblütig und "rationell" Millionen von wehrlosen Menschen. Wie viele Juden durch die SS-Organisationen ermordet wurden, konnte man nie genau ermitteln. Der Nürnberger Gerichtshof unterstellte im Jahre 1946, daß etwa 5,7 Millionen europäische Juden ermordet wurden.

Obwohl die Vernichtung der europäischen Juden etwa seit Juni 1942 in Nordamerika und England bekannt war und die SS- und SD-Einheiten bereits Hunderttausende von wehrlosen Juden massakriert hatten, unternahmen die westlichen Alliierten fast nichts, um die verfolgten Juden zu retten. Es war eine beschämende, unfäßbare Tragödie, denn in fast allen Ländern wurden die ausgestoßenen Juden weiterhin abgewiesen.

Die Rettung der Juden scheiterte damals überall an bestürzender Gleichgültigkeit und mangelnder Hilfsbereitschaft. Während des Zweiten Weltkrieges interessierte sich eigentlich niemand für den Überlebenskampf des jüdischen Volkes oder war tatsächlich bereit, den Juden zu helfen. Fast alle Staaten und Hilfsorganisationen waren nicht bereit, die Verfolgten entschlossen und ernsthaft zu unterstützen. Das Internationale Rote Kreuz lehnte es damals z.B. grundsätzlich ab, die Betreuung der jüdischen KZ-Häftlinge zu übernehmen (x023/274).

Der anglo-amerikanische Luftkrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung

Um den Widerstandswillen der Deutschen zu brechen, wurden während des Zweiten Weltkrieges in erster Linie die Wohnviertel der werktätigen Bevölkerung, die allein schon wegen ihrer Ausdehnung viel leichter zu treffen waren, bevorzugte Angriffsziele der britischen Luftoffensive.

Die deutsche Zivilbevölkerung erfuhr erst nach dem Kriegsende, daß die Bombardierung der Wohnviertel kein Zufall war, sondern bereits ab 1942 nach strategischen Plänen erfolgte. Diese systematischen Terrorangriffe gegen wehrlose Frauen, Kinder und alte Menschen sollten hauptsächlich den Durchhaltewillen und die Widerstandskraft der deutschen Bevölkerung brechen.

Nachdem die westlichen Alliierten im Verlauf der Konferenz von Casablanca (14.-

25.01.1943) die "Arbeitsteilung" der Luftoffensive vereinbart hatten, wurden die Luftangriffe gegen das Deutsche Reich drastisch gesteigert. Die US-Luftflotte führte danach grundsätzlich Tagesangriffe ("Präzisionsschläge") gegen wichtige militärische und wirtschaftliche Kriegsziele durch, während die britischen Bomberverbände sämtliche Nachtattacken ("Flächenbombardements") flogen, die sich hauptsächlich gegen die Wohnviertel der deutschen Großstädte richteten (x049/89).

Diese "rationelle Arbeitsteilung" hielten die Nordamerikaner und Briten schließlich konsequent ein. Bis zum Kriegsende bombardierten die Nordamerikaner mehrheitlich kriegswichtige Ziele, während die britischen Nachtangriffe fast ausschließlich gegen die Wohnviertel der deutschen Großstädte durchgeführt wurden.

Am 5. März 1943 begann die britische Luftwaffe eine Großoffensive gegen das Ruhrgebiet.

Ab 1943 evakuierte die NSDAP besonders gefährdete west- und mitteldeutsche Zivilisten. Es handelte sich hauptsächlich um Patienten und Insassen von Krankenhäusern und Altersheimen, kinderreiche Familien, schwangere Frauen und um alte Menschen. Die von der NSDAP evakuierten Mittel- und Westdeutschen wurden meistens in die deutschen Ostprovinzen transportiert und dort zwangsweise einquartiert. Manche Großfamilien erhielten nur mangelhafte Quartiere und wurden nicht selten menschenunwürdig untergebracht.

In den letzten Kriegsjahren verlagerte man außerdem zahlreiche Rüstungsbetriebe in die angeblich "sicheren" deutschen Ostgebiete, in das Sudetenland oder nach Böhmen und Mähren. Mit den kriegswichtigen Betrieben mußten naturgemäß auch Tausende von Spezialisten ("Dienstverpflichtete") "umziehen". Durch diese Betriebsverlagerungen riß man zwangsläufig weitere Familien auseinander.

In den deutschen Ostprovinzen, in den besetzten polnischen Gebieten, im Sudetenland und im Protektorat Böhmen und Mähren stiegen die Einwohnerzahlen von 1943 bis Mitte 1944 um mindestens 950.000 Bombenevakuierete und 950.000 Dienstverpflichtete aus dem Westen des Deutschen Reiches an.

Von 1939-44 verlor die deutsche Luftwaffe insgesamt 71.965 Flugzeuge. In der Zeit vom 1.09.1939-31.12.1942 betrugen die deutschen Flugzeugverluste (in Stück) = 22.190, 1943 = 17.495 und 1944 = 32.280 Flugzeuge (x041/140). Ab Mitte 1944 beherrschten die nordamerikanischen und britischen Luftflotten den gesamten Luftraum über dem Deutschen Reich. Allein während der völlig sinnlosen Ardennen-Offensive (16.12.-24.12.1944) verlor die deutsche Luftwaffe 1.088 Flugzeuge (x040/255).

Anfang 1945 existierte die deutsche Luftwaffe eigentlich schon nicht mehr. Da die deutsche Rüstungsindustrie bereits seit Monaten vor dem Zusammenbruch stand, konnte man in den letzten Monaten des Krieges die bisherigen Verluste der deutschen Luftwaffe nicht mehr ersetzen. Fast nirgends gab es noch einsatzfähige Kampfflugzeuge oder Reserven.

In den letzten Kriegsmonaten verstärkten die westlichen Alliierten besonders die Luftangriffe gegen die nord-, mittel- und ostdeutschen Ostseehäfen und Großstädte. Die nordamerikanischen und britischen Bomberflotten bombardierten in jener Zeit auch mehrfach die mit Flüchtlingen überfüllten Ostseehäfen in Danzig, Gotenhafen, Stettin, Swinemünde und Kiel.

Die US-Tiefflieger griffen außerdem vielerorts ostdeutsche Flüchtlingstrecks an, die seit Februar 1945 überall in Mittel- und Norddeutschland unterwegs waren. Offiziell beabsichtigten die westlichen Alliierten damals angeblich nur die Lahmlegung des militärischen Nachschubs, aber während dieser "militärischen Luftangriffe" kamen fast täglich zahllose ostdeutsche Flüchtlinge und einheimische Zivilisten um.

Trotz der jahrelangen anglo-amerikanischen Luftangriffe wurde nur ein verhältnismäßig geringer Teil der deutschen Industrie- und Verkehrsanlagen dauerhaft zerstört. Die deutsche Rüstungsproduktion wurde auch im Jahre 1944 vielerorts nicht entscheidend beeinträchtigt. Bis zum Sommer 1944 lief die Rüstungsproduktion im Deutschen Reich sowie in Böhmen und

Mähren noch auf Hochtouren. Erst als ab Oktober 1944 die deutschen Fronten zusammenbrachen, sank die Rüstungsproduktion bis Ende 1944 rapide.

Durch die ständige Bombardierung der städtischen Ballungsgebiete sollte vor allem die Moral der deutschen Zivilbevölkerung gebrochen werden. Die deutschen Zivilisten zeigten jedoch bis zum Kriegsende keine Anzeichen von "fehlender Kampfmoral". Auch die schwersten nordamerikanischen und britischen Terrorangriffe konnten die unfassbare Moral der deutschen Bevölkerung nicht brechen, sondern sie förderten nicht selten sogar den Widerstandswillen.

Während des gesamten Luftkrieges gegen das sogenannte "Nazi-Deutschland" berichtete fast keine größere nordamerikanische und britische Zeitung über die katastrophalen Folgen der alliierten Luftangriffe. Die verbitterten Briten und die "unbeteiligten" Nordamerikaner nahmen es mit vollkommener Gleichgültigkeit hin, daß Hunderttausende von wehrlosen deutschen Zivilisten "planmäßig" getötet, furchtbar verstümmelt oder obdachlos wurden.

Vor den Augen der Weltöffentlichkeit töteten die alliierten Luftflotten jahrelang schutzlose deutsche Zivilisten systematisch mit Spreng- und Phosphorbomben. Niemand protestierte dagegen, daß fast täglich wehrlose deutsche Frauen, Kinder, Kranke und gebrechliche Menschen lebendig verbrannten, jämmerlich erstickten und unter unvorstellbaren Schmerzen qualvoll starben.

Im Zweiten Weltkrieg wurden insgesamt 131 größere Städte durch anglo-amerikanische Bomberflotten angegriffen (x049/76). Nach alliierten und deutschen Statistiken mußte die Reichshauptstadt Berlin z.B. 29 schwere Luftangriffe überstehen. Dann folgten Braunschweig (21 Luftangriffe), Ludwigshafen-Mannheim (19 Luftangriffe), Frankfurt, Kiel und Köln (je 18 Luftangriffe), Hamburg und München (16 Luftangriffe), Koblenz und Hamm (je 15 Luftangriffe) sowie Hannover und Magdeburg mit je 11 schweren Nacht- und Tagesangriffen (x049/76-77).

Nach dem Kriegsende bestanden die meisten deutschen Städte nur noch aus Trümmern. In der Reichshauptstadt bzw. Ruinenstadt Berlin errichtete man später aus den Schuttmassen der ausgebombten Gebäude 5 riesige Trümmerberge (Höhe: 70-115 m).

Der Spreng- und Phosphorbombenregen sowie die folgenden Feuerstürme vernichteten unersetzliche Kulturmetropolen der mehr als 1.000jährigen deutschen Geschichte. Herrliche Altstädte, die in Jahrhunderten gewachsen waren, wurden innerhalb von wenigen Stunden zerstört und ausgelöscht.

Über 500 unersetzliche Baudenkmäler von hohem Rang wurden vernichtet (x062/512). Besonders die großen westdeutschen Städte wurden z.T. vollständig verwüstet und zerstört. Nach dem Kriegsende lagen die deutschen Großstädte "weit und breit" in "Schutt und Asche". Das einst größte und modernste Industrie- und Bergbaugebiet an der Ruhr wurde fast völlig zertrümmert. In Deutschland vernichtete der anglo-amerikanische Bombenkrieg rd. 1,6 Millionen Gebäude. 3,37 Millionen Wohnungen existierten nicht mehr oder waren unbewohnbar (x051/364).

Die deutschen Luftangriffe gegen britische Städte erreichten nicht annähernd den Vernichtungsgrad und die Höhe der Menschenverluste ihrer Gegner.

Im Verlauf des Luftkrieges (1940-45) warf bzw. schoß die deutsche Luftwaffe 74.130 t Bomben (einschl. V-Waffen) auf Großbritannien.

Die Alliierten warfen während des Zweiten Weltkrieges 1.995.935 t Bomben über dem Deutschen Reich und den deutschen Besatzungsgebieten ab (x041/106,141).

Bei den deutschen Luftangriffen vom 10.07.1940 bis zum 29.05.1944 starben 41.294 britische Zivilisten und 52.128 Briten wurden verletzt. Vom 12.06.1944 bis zum 29.03.1945 kamen weitere 8.938 britische Zivilisten durch V 1-Flugbomben oder V 2-Fernraketen um, 24.504 Briten wurden verletzt (x051/365).

Im Deutschen Reich wurden im Verlauf des Zweiten Weltkrieges mindestens 609.000 Men-

schen durch Luftangriffe getötet und 917.000 verletzt (x051/364). In anderen Quellen wurden mehr als 600.000 Tote und rd. 880.000 "Verwundungen ohne Todesfolge" gemeldet (x049/-78).

Im Verlauf der "Erdkämpfe" des Zweiten Weltkrieges kamen z.B. "nur" insgesamt 20.000 deutsche Zivilisten ums Leben.

Während des Zweiten Weltkrieges verlor die RAF 8.325 Flugzeuge und 58.309 Soldaten. Verluste der 8. US-Flotte: 11.687 Maschinen und 43.742 Soldaten (x051/364).

Nach der damals gültigen Haager Landkriegsordnung von 1907 waren Angriffe gegen unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnungen oder Gebäude, die nicht im direkten Angriffsbereich einer kämpfenden Truppe lagen, ausdrücklich verboten.

Aufgrund der Haager Landkriegsordnung waren die unterschiedslosen britischen und nord-amerikanischen Flächenbombardements gegen unverteidigte deutsche Städte und die Wohngebiete der Zivilbevölkerung zweifellos völkerrechtswidrig. Diese Luftangriffe beschränkten sich nicht darauf, militärische Ziele zu vernichten, sondern sie waren planmäßig gegen wehrlose deutsche Frauen, Kinder, Kranke und gebrechliche Menschen gerichtet, um die Widerstandskraft der Bevölkerung zu brechen.

"Flächenbombardements" wurden erst im Jahre 1970 von den Vereinten Nationen ausdrücklich zu Kriegsverbrechen erklärt.

Hitlers militärische Fehlentscheidungen

Obgleich die schnellen deutschen Panzertruppen (Generalfeldmarschall von Kleist) während des Westfeldzuges unaufhaltsam in Richtung französische Kanalküste vorstießen, befahl Hitler am 24. Mai 1940 den überlegenen deutschen Panzertruppen, die erfolgreiche Offensive zu unterbrechen.

Angesichts der schweren Niederlagen erteilte der britische Kriegsminister Eden den sofortigen Evakuierungsbefehl für das britische Expeditionskorps.

Hitlers "Halt-Befehl" ermöglichte damals nachweislich die Evakuierung des vollständig geschlagenen britisch-französischen Heeres. Vom 27. Mai bis zum 4. Juni 1940 konnte man über 215.000 Briten und 123.000 Franzosen mit Schiffen aus Dünkirchen abtransportieren ("Wunder von Dünkirchen").

Hitler, der sich nach dem "Blitzkrieg" gegen Polen bereits für den "größten Feldherrn aller Zeiten" hielt, ließ das vollständig geschlagene britisch-französische Heer bei Dünkirchen entkommen, weil er die "germanischen Vettern" angeblich nicht unnötig demütigen wollte und irrtümlich auf Englands Verständnis und Einsicht hoffte (x023/427).

Am 19. Dezember 1941 entließ Hitler Generalfeldmarschall von Brauchitsch (Oberbefehlshaber des Heeres) wegen eines angeblich schweren Herzleidens, übernahm selbst den Oberbefehl über das deutsche Heer und entmachtete danach die gesamte militärische Führung. Im Verlauf des "Ostkrieges" verursachten die "Führer-Befehle" ständig neue Katastrophen.

Hitler, der in den ersten Kriegsmonaten meistens taktisch richtig entschieden hatte, versagte vor allem in den entscheidenden Phasen des deutsch-sowjetischen Ostkrieges und traf trotz frühzeitiger Mahnungen der Generäle reihenweise katastrophale Fehlentscheidungen. Mit zunehmender Kriegsdauer entwickelte sich Hitler nachweislich zum größten Gegner der deutschen Wehrmacht. Hitlers laienhafte Befehle besiegelten schließlich den Untergang des gesamten deutschen Ostheeres.

Besonders Hitlers unsinnige "Haltetaktik" verhinderte oftmals den rechtzeitigen Rückzug oder dringend erforderliche Verkürzungen der Frontlinien. Angesichts der hoffnungslos überdehnten Ostfront wirkten sich Hitlers Stellungskriegsmethoden zwangsläufig verheerend aus. Hitlers militärische Fehlleistungen und krankhafte Selbstüberheblichkeit forderten schließlich Millionen von Opfern.

Die Tapferkeit und bedingungslose "Nibelungentreue" der deutschen Wehrmacht wurde durch

Hitler letztendlich schändlich verraten. Wider den Rat seiner erfahrenen Heerführer opferte Hitler später leichtfertig komplette Armeen. In Stalingrad (1942/43), Nordafrika (1943), Weißrußland (1944), Rumänien (1944), Ostpolen und im Baltikum (1945) richteten Hitlers Fehler vernichtende Niederlagen an, bei denen der "Führer" mindestens 100 deutsche Divisionen mit rd. 1,5 Millionen Soldaten in den sicheren Tod hetzen ließ (x076/228).

Vom 22. Juni bis zum 8. Juli 1944 wurden in Weißrußland 28 Divisionen der deutschen "Heeresgruppe Mitte" (Generalfeldmarschall Busch) fast vollständig zertrümmert. Rd. 350.000 deutsche Soldaten fielen oder galten danach als vermißt (x040/221). Gegen diese verheerende Katastrophe, die Hitler zweifellos verschuldet hatte, war die verlustreiche Kesselschlacht im weitentfernten Stalingrad geradezu "unbedeutend". Im Jahre 1942/43 hatte die Vernichtungsschlacht um Stalingrad "nur" rd. 125.000 Tote und 91.000 Kriegsgefangene (nach sowjetischen Angaben rd. 130.000 Kriegsgefangene) gefordert (x040/160, x041/129).

Keine Unterstützung für die demokratische Widerstandsbewegung

Den deutschen Widerstandskämpfern mangelte es damals nicht an Mut und Selbstaufopferung, sondern es fehlte vor allem die ausländische Unterstützung. Während fast alle europäischen Staaten und die USA die verbrecherische NS-Diktatur jahrelang politisch sowie wirtschaftlich anerkannt bzw. unterstützt und aufwertet hatten, erhielten die demokratischen deutschen Widerstandsbewegungen bis zum Kriegsende fast keine Hilfe aus dem Ausland.

Schon vor dem Kriegsausbruch versuchten die demokratischen Widerstandsbewegungen mehrfach vergeblich, britische Unterstützung zu erhalten, um Hitler zu stürzen. Der Diplomat Trott zu Solz bemühte sich jahrelang, britische und nordamerikanische Politiker für die deutsche Widerstandsbewegung zu gewinnen.

Im Mai 1942 nahm die deutsche Widerstandsbewegung über den britischen Bischof George Bell von Chichester (einer der wenigen unermüdlichen Helfer der demokratischen deutschen Widerstandsbewegung) geheime Verhandlungen mit der britischen Regierung auf und bat um Hilfe. Der britische Außenminister Eden antwortete dem Bischof schließlich am 17. Juli 1942 schriftlich, daß es nicht im Interesse der Nation liege, den Hitler-Gegnern auch nur eine Antwort zukommen zu lassen (x025/137).

Am 21. September 1943 lehnte es Premierminister Winston Churchill vor dem britischen Unterhaus entschieden ab, die Deutschen den Italienern – hinsichtlich Befreiung aus Erniedrigung und Knechtschaft - gleichzustellen. US-Präsident Roosevelt wollte vom deutschen Widerstand ebenfalls nichts hören und sehen. Jede Erwähnung der deutschen Widerstandsbewegung war ab 1942 im "Weißen Haus" in Washington offiziell "verboten" (x025/154).

Der deutsche Theologe Paul Tillich, der sich damals in Nordamerika aufhielt, versuchte im März 1944 eine deutsche Exilregierung zu bilden. Da die US-Regierung diesen Plan ablehnte sowie jegliche Unterstützung verweigerte und fast alle Exil-Deutschen, wie z.B. auch Thomas Mann, ihre Mitarbeit verweigerten, scheiterten Tillichs Bemühungen schließlich kläglich.

Am 17. August 1944 teilte der britische Außenminister Eden dem Bischof George Bell von Chichester schriftlich mit, daß man die deutsche Widerstandsbewegung auch weiterhin nicht unterstützen würde (x103/349).

Die demokratische deutsche Widerstandsbewegung konnte das NS-Terror-Regime zwar nicht beseitigen, aber sie leistete einen ungemein wichtigen Beitrag, um die erbärmlichste Epoche der deutschen Geschichte zu überwinden. Innerhalb der Widerstandsbewegung spielten besonders der Glaube und die Religion eine außerordentliche Bedeutung. Für die meisten deutschen "Patrioten" war es schließlich nur noch ein Bußgang für das mit Schande und Schuld besudelte Vaterland.

Hitlers Vernichtungsstrategie

Angesichts der hoffnungslosen militärischen Lage mußte spätestens seit Juli 1944 jedem Informierten klar sein, daß der Zusammenbruch der deutschen Ostfront nur noch eine Frage der

Zeit war. Anstatt alles zu tun, um das Leben und die Gesundheit der wehrlosen Zivilbevölkerung zu bewahren, unternahmen die maßgeblichen NS-Führer schlechthin nichts für die Rettung der ihnen anvertrauten Menschen. Niemand bemühte sich wirklich tatkräftig, die schutzlose Bevölkerung rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

Hitler, der vermutlich bereits im Jahre 1941 die Ermordung der europäischen Juden (sog. "Endlösung") angeordnet hatte und ab 1941/42 ca. 3,3 Millionen sowjetische Kriegsgefangene aus rassenideologischen Gründen umkommen ließ, verhinderte bewußt die mögliche Rettung der Ost- und Volksdeutschen (x041/112). Falls man auch diesen Krieg verlieren würde, sollte das Deutsche Reich vollständig untergehen und vernichtet werden.

Der schwermütige, unberechenbare "Führer", der infolge seiner chronischen Magenbeschwerden und psychischen Krankheiten fast ständig unter Aufputsch- und Beruhigungsmitteln stand, hatte in den letzten Kriegsmonaten jeglichen Realitätssinn verloren.

Hitler hoffte wahrscheinlich bis zum Schluß, Stalins Gewaltherrschaft vor der Weltöffentlichkeit zu enttarnen, um die Alliierten doch noch vorzeitig zu trennen. Die NS-Gauleiter sollten deshalb die Flucht der ostdeutschen Bevölkerung verhindern oder verzögern, um sie an die aufgeputzten, zügellosen Rotarmisten auszuliefern. Hitlers "genialer Schachzug" blieb jedoch völlig wirkungslos, denn die westlichen Alliierten hielten damals alle deutschen Pressemeldungen (z.B. über die sowjetischen Massaker in Nemmersdorf/Ostpreußen im Oktober 1944) für übertriebene Lügen- und Greuelgeschichten der NS-Propaganda.

Hitler beabsichtigte, sein eigenes Leben so teuer wie möglich zu verkaufen. Die Tatsache, daß der Preis zwangsläufig das Leben, die Gesundheit und die Ehre sowie das Vermögen des deutschen Volkes war, entsprach Hitlers Vernichtungsplänen (x054/230).

Albert Speer (vielleicht der einzige persönliche Freund, den Hitler in den letzten Tagen des NS-Regimes hatte) berichtete später, daß Hitlers Pläne plötzlich willkürlich und ziellos geworden wären und zwangsläufig zu weiteren katastrophalen Folgen führen mußten. Hitler hätte bewußt versucht, das Volk mit sich untergehen zu lassen. Der verzweifelte Führer hätte keine moralischen Grenzen mehr gekannt. Für Hitler bedeutete das Ende seines eigenen Lebens gleichzeitig auch die Vernichtung des deutschen Volkes (x066/101).

Die späteren Flucht- und Befreiungskatastrophen offenbarten eindrucksvoll die Unmenschlichkeit und Verantwortungslosigkeit des NS-Terrorregimes. Im Jahre 1938 hatte das "kinderfreundliche" NS-Regime z.B. erstmalig feierlich Mutterkreuze verliehen ("dem Führer ein Kind") und gleichzeitig alle kinderlosen Ehepaare mit Strafsteuern belegt. Im Jahre 1945 wurden schließlich Hunderttausende von wehrlosen Müttern und Kindern dem tödlichen Inferno überlassen. Dieser hinterhältige Verrat an den Ost- und Volksdeutschen bewies nachhaltig, daß Hitler die Masse des Volkes nur für den Krieg und "Heldentod" benötigt hatte.

Das Ende des NS-Regimes

Als Hitler während der täglichen Lagebesprechung am 30. April 1945 erfuhr, daß die sowjetischen Truppen bereits den Potsdamer Platz erreicht hatten und z.T. nur noch 300-400 m entfernt waren, ließ Hitler am Nachmittag seinen Wolfshund "Blondi" vergiften. Danach verabschiedeten sich Hitler und seine Frau, um Selbstmord zu begehen.

Hitler, der seit 1933 die "alleinige Führerverantwortung" verherrlichte, entzog sich erwartungsgemäß der Haftung und Verantwortung. Adolf Hitler, 1889 in Braunau/Österreich geboren, schoß sich am 30. April 1945 einige Minuten nach dem Tod seiner Ehefrau in die rechte Schläfe und zerbiß vermutlich gleichzeitig eine Blausäurekapsel (x044/82).

Großadmiral Dönitz (nach Hitlers Selbstmord amtierender "Reichspräsident") bevollmächtigte am 2. Mai 1945 erfahrene Wehrmachtsbefehlshaber, unverzüglich Teilkapitulations- und Übernahmeverhandlungen aufzunehmen. In erster Linie wollte man genügend Zeit gewinnen, um die Soldaten des Ostheeres und die Flüchtlingsmassen vor den Sowjets zu retten. Für die Rettung der etwa 3.000.000 Soldaten des deutschen Ostheeres und der Flüchtlinge benötigte

man mindestens 10 Tage.

Der britische Oberbefehlshaber Feldmarschall Montgomery akzeptierte am 4. Mai 1945 die deutsche Teilkapitulation, weil er weitere deutsch-britische Kämpfe vermeiden wollte (x023/-353). Im britischen Hauptquartier in der Lüneburger Heide unterzeichnete Generaladmiral von Friedeburg um 18.30 Uhr die Kapitulationsurkunde für alle deutschen Streitkräfte in den Niederlanden, Nordwestdeutschland, Dänemark und in Norwegen - ab 5.05.1945, 8.00 Uhr. Montgomery erteilte anschließend den Befehl, die Wehrmachtstruppen der Heeresgruppe Weichsel aus Mecklenburg in britische Kriegsgefangenschaft zu übernehmen.

Generaloberst Jodl flog am 6. Mai 1945 mit einer britischen Maschine nach Reims, um die schwierigen deutsch-amerikanischen Kapitulationsverhandlungen fortzusetzen, die auf der Gegenseite weiterhin von US-General Walter B. Smith geleitet wurden.

Da Eisenhowers Haltung unerbittlich blieb, unterzeichneten Generaloberst Alfred Jodl, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg, Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, und General Wilhelm Oxenius als Vertreter der Luftwaffe am 7. Mai 1945, um 2.41 Uhr, die "bedingungslose" deutsche Gesamtkapitulation.

Weil Stalin ausdrücklich die Wiederholung der deutschen Kapitulationserklärung verlangte, unterzeichneten Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generaladmiral von Friedeburg, der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine und Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff, der stellvertretende Oberbefehlshaber der Luftwaffe, am 9. Mai 1945, um 0.16 Uhr, die militärische Kapitulationsurkunde im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst.

Die deutsche Gesamtkapitulation trat unverändert am 9. Mai 1945 um 0.01 Uhr in Kraft. An allen deutschen Frontabschnitten - mit Ausnahme der Tschechoslowakei - ruhten die Waffen.

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Januar bis April 1933

Wer befehlen kann, findet die, welche gehorchen müssen.

<i>Friedrich Nietzsche (1844-1900, deutscher Philosoph und Dichter)</i>

Die politisch-satirische Zeitschrift "Simplicissimus" meldete am 1. Januar 1933 voreilig (x034/629): >>... Eins nur läßt sich sicher sagen, und das freut uns rundherum: Hitler geht es an den Kragen. Dieses "Führers" Zeit ist um!<<

Papen traf sich am 4. Januar 1933 mit Hitler im Haus des Bankiers Schröder in Köln, um den Sturz Schleichers und eine gemeinsame Kabinettsbildung (Kabinett der nationalen Konzentration: Vizekanzler von Papen) mit der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP = Interessenvertretung von Großgrundbesitz und Bürgertum) zu verabreden (x054/209).

Der Kölner Bankier Freiherr Kurt von Schroeder berichtete später über dieses Gespräch vom 4. Januar 1933 (x243/38-39): >>... Papen (führte) aus, daß er (es) für das beste halte, eine Regierung zu formen, bei der die konservativen und nationalen Elemente ... zusammen mit den Nazis vertreten seien. Er schlug vor, daß diese neue Regierung womöglich von Hitler und von Papen zusammen geführt werden sollte. ...

Hitler ... sagte, daß, wenn er zum Kanzler ernannt würde, Anhänger von Papen als Minister an seiner (Hitlers) Regierung teilnehmen könnten. ... Er skizzierte Änderungen, einschließlich der Entfernung aller Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden von führenden Stellungen in Deutschland. ...

Von Papen und Hitler erzielten keine prinzipielle Einigung. ...

Diese Zusammenkunft wurde von mir arrangiert, nachdem Papen mich ungefähr am 10. Dezember 1932 darum ersucht hatte. ... Bevor ich diesen Schritt unternahm, besprach ich mich mit einer Anzahl von Herren der Wirtschaft. ... Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der

Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange an der Macht bleiben würde. ...

Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, daß die Nationalsozialisten ... eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden. Ein weiteres gemeinsames Interesse war der Wunsch, Hitlers wirtschaftliches Programm in die Tat umzusetzen. ... Weiterhin erwartete man, daß eine (bessere) wirtschaftliche Konjunktur durch das Vergeben von größeren Staatsaufträgen ... (entstehen) würde. ...

Zu erwähnen (sind) eine von Hitler projektierte Erhöhung der deutschen Wehrmacht ... auf 300.000 Mann, das Bauen von Reichsautobahnen und die Kredite, die der öffentlichen Hand ... gegeben werden sollten. Aufträge zur Verbesserung der Reichsbahn, und Förderung (von) Automobil- und Flugzeugbau. ...

Es war allgemein bekannt, daß einer der wichtigsten Programmpunkte Hitlers die Abschaffung des Vertrages von Versailles darstellte und die Wiederherstellung eines sowohl in militärischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht starken Deutschlands. Es war klar, daß in einem starken Deutschland auch die Wirtschaft aufblühen werde. ... Das wirtschaftliche Programm Hitlers war der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt. ...<<

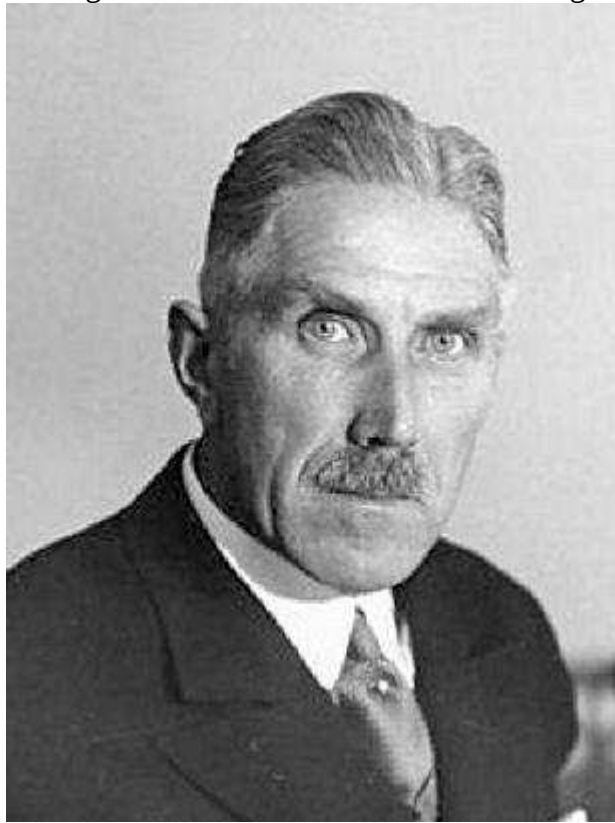


Abb. 63 (x017/2.859): Franz von Papen

Franz von Papen (1879-1969, 1920-1932 Abgeordneter der Zentrumspartei im preußischen Landtag, 1923-1938 päpstlicher Geheimkämmerer, von Juni bis November 1932 Reichskanzler, 1933-1934 Vizekanzler, 1939-1944 Botschafter in der Türkei, ebnete 1933 Hitler den Weg zur Machtübernahme, 1946 im Nürnberger Prozeß freigesprochen).

Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtete später über Franz von Papen (x1.001/7): >>... Tatsächlich übertrug der Nachfolger Pius' XII., Johannes XXIII. (1881-1963), am 24. Juli des Jahres 1959 seinem persönlichen Freund Franz von Papen (1879-1969) den Ehrentitel eines päpstlichen Geheimkämmerers (*Finanzbeamten*). Dieser Mann war während des ersten Weltkrieges Spion in den Vereinigten Staaten und einer

der Verantwortlichen für Hitlers Diktatur und den "Anschluß". Man muß unter einer seltsamen Art von Blindheit leiden um solche klaren Fakten nicht zu sehen. ...<<

Die "Frankfurter Zeitung" blickte Anfang Januar 1933 noch voller Optimismus in die Zukunft (x092/861): >>Auf allen Gebieten, in der Wirtschaft, in der Innenpolitik, in der Außenpolitik, und vor allem auch in der geistigen Gesamtlage der Nation lassen sich zum erstenmal gleichzeitig deutliche Symptome einer beginnenden Konsolidierung beobachten. ...

Die politische Grundtendenz wird durch die Tatsache der Entzauberung der NSDAP und durch die große politische Erkenntnis dieses Jahr bestimmt bleiben, daß es in Deutschland kein Diktieren gegen die öffentliche Meinung geben kann.<<

Carl von Ossietzky schrieb damals in der "Weltbühne" über die Krise der NSDAP (x092/861): >>Am Anfang des Jahres 32 stand die Nazidiktatur vor der Tür, war die Luft voll Blutgeruch. ... An seinem Ende wird die Hitlerpartei von einer heftigen Krise geschüttelt, sind die langen Messer still ins Futteral zurückgesteckt und öffentlich sichtbar nur die langen Ohren des Führers. Die deutsche Entwicklung geht nicht glatt aber rapid. ...<

Ossietzky schrieb am 10. Januar 1933 in der "Weltbühne" (x034/630): >>Deutschland nimmt die Diktatur als selbstverständlich hin, demokratische Prinzipien zählen nicht mehr.<<

Thomas Mann schrieb am 12. Januar 1933 an den preußischen Kultusminister Adolf Grimme (x034/631): >>... Das soziale und demokratische Deutschland, ich bin tief überzeugt davon, darf vertrauen, daß die gegenwärtige Konstellation vorübergehend ist und daß die Zukunft, trotz allem, ihm gehört. ...<<

Am 15. Januar 1933 waren im Deutschen Reich 5.966.000 Menschen arbeitslos.

Die SPD-Zeitung "Vorwärts" berichtete am 20. Januar 1933 über die zahllosen politischen Intrigen (x034/632): >>... Hitler bei Papen, Strasser bei Schleicher, Hugenberg bei Hitler, Papen bei Hugenberg, Hugenberg bei Hindenburg, Alvensleben schiebt vorne, Thyssen schiebt hinten ... Wer findet sich noch zurecht in der Geheimpolitik, die ohne das deutsche Volk getrieben wird? ...<<

Joseph Goebbels berichtete am 21. Januar 1933 in seinem Tagebuch (x034/632): >>Die Vorarbeiten für den Sturz Schleichers sind in vollem Gange.<<

Hitler führte am 22. Januar 1933 mit Franz von Papen und Oskar von Hindenburg wieder politische Sondierungsgespräche über die Regierungsbildung.

Reichskanzler Schleicher, der eine vorübergehende Militärdiktatur anstrebte, konnte die beantragte Auflösung des Reichstages nicht durchzusetzen, weil Reichspräsident Hindenburg am 23. Januar 1933 die erforderliche Zustimmung verweigerte.

Generaloberst Kurt von Hammerstein-Equord (1878-1943, seit 1930 Chef der deutschen Heeresleitung) forderte seinen Freund Reichskanzler Schleicher am 24. Januar 1933 zur gewaltsamen Machtübernahme auf, um Hitler mit Hilfe der Reichswehr zu stoppen.

Schleicher lehnte jedoch einen Militärputsch ab, da er seinen geleisteten Eid nicht brechen wollte. Er weigerte sich außerdem weiterhin starrsinnig, die verbrecherische "preußische Notverordnung" aufzuheben, so daß Hitlers Machtergreifung nicht mehr zu stoppen war.

Alfred Hugenberg (Unternehmer und Vorsitzender der DNVP) verharmloste am 26. Januar 1933 während einer Besprechung mit Franz von Papen die Gefährlichkeit Hitlers (x034/633): >>... Wir rahmen ... Hitler ein. ...<<

Der Reichswehroffizier Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord (1878-1944, General und Chef der Heeresleitung) warnte Hindenburg am 27. Januar 1933 nochmals vor Hitler.

Der Reichspräsident beruhigte damals den Chef der Heeresleitung mit folgenden Worten (x034/633): >>... Sie werden mir doch nicht zutrauen, daß ich diesen österreichischen Gefreiten zum Reichskanzler berufe. ...<<

Als die letzten Verhandlungen mit den demokratischen Parteien und den Gewerkschaften scheiterten, trat Reichskanzler Schleicher am 28. Januar 1933 verbittert zurück.

Der "letzte Reichskanzler" Kurt von Schleicher wurde später mit seiner Frau beim sogenannten "Röhm-Putsch" ermordet.

Im Abschlußbericht der zurückgetretenen Reichsregierung vom 28. Januar 1933 hieß es (x034/633-634): >>Reichskanzler von Schleicher erstattete heute dem Herrn Reichspräsidenten Bericht über die Lage und erklärte, daß die gegenwärtige Reichsregierung, ihrem Charakter als Präsidialregierung entsprechend, im Reichstag ihr Programm und ihre Auffassung nur dann zu vertreten in der Lage wäre, wenn der Herr Reichspräsident ihr die Auflösungsorder zur Verfügung stelle.

Reichspräsident von Hindenburg erklärte, diesem Vorschlag bei der zur Zeit gegebenen Lage nicht entsprechen zu können.

Reichskanzler von Schleicher erklärte hierauf den Gesamtrücktritt der Reichsregierung, den der Herr Reichspräsident unter Beauftragung des Kabinetts mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte entgegennahm.

Der Herr Reichspräsident sprach dem Reichskanzler wie den Mitgliedern der Reichsregierung seinen Dank für die dem Vaterlande in schwerer Zeit geleisteten treuen Dienste aus.<<

Die Gewerkschaften warnten Reichskanzler Hindenburg am 28. Januar 1933 telegrafisch, Hitler mit der Regierung zu betrauen (x034/634): >>... daß die Berufung einer sozialreaktionären und arbeiterfeindlichen Regierung von der gesamten deutschen Arbeiterschaft als eine Herausforderung empfunden werden müßte.<<

Joseph Goebbels berichtete am 28. Januar 1933 in seinem Tagebuch (x034/634): >>Schleicher ist endgültig erledigt. Jetzt bleibt nichts mehr übrig, als daß der Führer betraut wird. Wir sind alle noch sehr skeptisch und freuen uns nicht zu früh.<<

Von Papen, Oskar von Hindenburg (1883-1960, Sohn und persönlicher Mitarbeiter des Reichspräsidenten) und Staatssekretär Otto Meißner (1880-1953, Chef der Reichskanzlei) "bearbeiteten" am 29. Januar 1933 unentwegt den uralten Reichspräsidenten.

Papen, der ursprünglich nur durch Schleichers Fürsprache zum Reichskanzler ernannt wurde, war ein äußerst geltungsbedürftiger Mann. Er vertrat damals einflußreiche Unternehmer der Schwerindustrie, die nach Hitlers Machtübernahme kräftige Aufrüstungsmaßnahmen und "große Geschäfte" erwarteten. Obwohl von Papen Hitlers radikale Absichten längst kannte, machte er seinen großen Einfluß gegenüber Hindenburg geltend, um Hitlers Ernennung durchzusetzen.

Nach stundenlangen Gesprächen wurde der völlig erschöpfte Hindenburg schließlich am 29. Januar 1933 "überredet", Hitler zum Reichskanzler zu ernennen.

Franz von Papen erklärte damals (x243/44): >>Wir haben uns Herrn Hitler engagiert. ... Ich habe das Vertrauen Hindenburgs. In 2 Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, daß er quietscht. ...<<

Der "Völkische Beobachter" schrieb am 30. Januar 1933 vor dem angekündigten Treffen zwischen Reichspräsident Hindenburg und Hitler (x034/634): >>... Unsere Forderung nach Schleichers Sturz: Kanzlerschaft Hitlers.<<

Trotz aller Warnungen ernannte der altersschwache 85jährige Reichspräsident den angeblich "harmlosen" Hitler am 30. Januar 1933, kurz nach 11 Uhr, zum deutschen Reichskanzler (sogenannte nationalsozialistische "Machtergreifung").

Während der Vereidigung zum Reichskanzler gab sich der "Gefreite" noch als ergebener, unterwürfiger Diener aus. Hitler verneigte sich ehrfürchtig vor dem greisenhaften Staatsoberhaupt, gelobte feierlich die Verfassung zu achten und keine Diktatur anzustreben.

Für Hindenburg war Hitler, im Gegensatz zur drohenden Diktatur Papens bzw. Schleichers oder der "kommunistischen Gefahr", das "kleinere Übel". Der erfolgreichste deutsche Heerführer des Ersten Weltkrieges und "Volksheld" war fest davon überzeugt, daß man den "böhmischen Gefreiten" leicht zähmen könnte.

Der greise Volksheld Hindenburg leitete mit Hitlers Ernennung zum deutschen Reichskanzler politisch unbedrängt die größte Katastrophe der deutschen Geschichte ein. Schon einige Tage nach Hitlers Ernennung verlor das deutsche Volk fast alle Grundrechte und Freiheiten.

Hindenburg bekannte damals vor der Presse (x034/634): >>... Und nun, meine Herren, vorwärts mit Gott! Nun Sie sich einig geworden sind, geht es mir gut! ...<<

Goebbels jubelte nach Hitlers Ernennung (x034/634): >>Es ist fast wie ein Traum. die Wilhelmstraße gehört uns. ... Der Führer ist zum Kanzler berufen. ... Deutschland steht vor einer historischen Wende. ...<<

Als Hitler am 30. Januar 1933 erstmalig in der Berliner Reichskanzlei eintraf, erklärte er (x034/634): >>Keine Macht der Welt wird mich jemals lebend hier wieder herausbringen ...<<

Der "Vorwärts" schrieb am 30. Januar 1933 (x034/634): >>Hitler-Papen-Kabinett: "Feine Leute" und drei Nazis - Kabinett des Großkapitals: Der Reichspräsident hat mit der Ernennung dieser Regierung die furchtbarste Verantwortung übernommen, die jemals ein Staatsoberhaupt übernommen hat.<<

Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtete am 30. Januar 1933 (x032/9): >>... Berlin ist heute nacht in einer reinen Faschingsstimmung.<<

Der DDP-Politiker Theodor Heuss erklärte am 30. Januar 1933 (x032/9): >>... Das wird für euch Juden eine schlimme Zeit werden.<<

Richard Coudenhove-Kalergi (Begründer der Pan-Europabewegung) hielt am 30. Januar 1933 einen Vortrag über "Deutschlands europäische Sendung".

Goebbels kommentierte am Abend des 30. Januar 1933 den Berliner Fackelumzug der Nationalsozialisten im Rundfunk (x243/42): >>Das, was wir unten erleben, diese Tausende und Tausende und Zehntausende und Zehntausende von Menschen, die in einem sinnlosen Taumel von Jubel und Begeisterung der neuen Staatsführung entgegenrufen, das ist wirklich die Erfüllung unseres geheimsten Wunsches. Das ist die Krönung unserer Arbeit.

Man kann mit Fug und Recht sagen: Deutschland ist im Erwachen! ...<<

Eine Schülerin (später BDM-Führerin) schrieb über den Tag der "Machtergreifung" am 30. Januar 1933 (x073/138-139, x105/212-213): >>Am Abend des 30. Januar nahmen meine Eltern uns Kinder ... mit in das Stadtzentrum. Dort erlebten wir den Fackelzug, mit dem die Nationalsozialisten ihren Sieg feierten. Etwas Unheimliches ist mir von dieser Nacht her gegenwärtig geblieben. Das Hämmern der Schritte, die düstere Feierlichkeit roter und schwarzer Fahnen, zuckender Widerschein der Fackeln auf den Gesichtern und Lieder, deren Melodie aufpeitschend und sentimental zugleich klangen.

Stundenlang marschierten die Kolonnen vorüber, unter ihnen immer wieder Gruppen von Jungen und Mädchen, die kaum älter waren als wir. In ihren Gesichtern und in ihrer Haltung lag ein Ernst, der mich beschämte. Was war ich, die ich nur am Straßenrand stand und zusehen durfte, mit diesem Kältegefühl im Rücken, das von der Reserviertheit der Eltern ausgestrahlt wurde? Kaum mehr als ein zufälliger Zeuge, ein Kind, das noch Jungmädchenbücher zu Weihnachten geschenkt bekam. Und ich brannte doch darauf, mich in diesen Strom zu werfen, in ihm unterzugehen und mitgetragen zu werden. ...

Irgendwann sprang plötzlich jemand aus der Marschkolonne und schlug auf einen Mann ein, der nur wenige Schritte von uns entfernt gestanden hatte. Vielleicht hatte er eine feindselige Bemerkung gemacht. Ich sah ihn mit blutüberströmtem Gesicht zu Boden fallen. Eilig zogen uns die Eltern fort aus dem Getümmel, aber sie hatten nicht verhindern können, daß wir den Blutenden sahen. Sein Bild verfolgte mich tagelang. In dem Grauen, das es mir einflößte, war eine winzige Zutat von berauscher Lust:

"Für die Fahne wollen wir sterben", hatten die Fackelträger gesungen. Es ging um Leben und Tod. Nicht um Kleider oder Essen oder Schulaufsätze, sondern um Tod und Leben, Für wen?

Auch für mich? Ich weiß nicht, ob ich mir diese Frage damals gestellt habe, aber ich weiß, daß mich ein brennendes Verlangen erfüllte, zu denen zu gehören, für die es um Leben und Tod ging. ...<<

>>... Wenn ich den Gründen nachforsche, die es mir verlockend machten, in die Hitler-Jugend einzutreten, so stoße ich auf diesen: Ich wollte aus meinem kindlichen, engen Leben heraus und wollte mich an etwas binden, das groß und wesentlich war. Dieses Verlangen teilte ich mit unzähligen Altersgenossen.

Ich glaubte den Versprechungen der Nationalsozialisten, daß sie die Arbeitslosigkeit und damit die Not von 6 Millionen Menschen beseitigen würden. Ich glaubte ihnen, daß sie das deutsche Volk aus der Zersplitterung von mehr als 40 politischen Parteien zu einer Einheit zusammenführen und daß sie die Folgen des Versailler Diktates überwinden würden. ...

Die im Bürgertum heranwachsende Generation, die bei der Machtergreifung Hitlers auf der Schwelle zwischen Kindheit und Jugend stand, war in einer verhängnisvollen Weise darauf vorbereitet, ein Opfer seiner "Ideen" zu werden; auch wenn die Eltern dieser Generation dem Nationalsozialismus feindlich gesonnen waren.<<

Werner Finck (1902-1978, Schauspieler, Kabarettist und Autor) schrieb später über die NS-Massenaufmärsche in Berlin (x115/239): >>Dann aber kam auf den Straßen diese Unruhe. Es wurde doch sehr massiv in Berlin. Große Gruppen von Menschen lärmten auf den Straßen. Sie haben die Arme ausgestreckt und "Heil" gerufen. Immer so in Dreier-Reihen "Heil-Heil-Heil", daß es knallte. Welch eine Ironie des Schicksals: Gerade in dem Land, wo am meisten "Heil" gerufen wurde, ist am wenigsten Heil geblieben.

Ich kann sagen, ich habe gezittert, mir war es furchtbar unangenehm. Ich habe richtige Angst gehabt. Ich dachte, um Gottes willen, wie wird das enden. Wenn ich natürlich damals schon gewußt hätte, was man heute weiß, - daß das alles nur Mitläufer waren, dann hätte man doch nicht gezittert. Aber das ahnte man noch nicht. Das hat doch kein Mensch damals gesagt. ...<<

Max Liebermann (1847-1935, Maler und Graphiker) meinte beim Betrachten des Fackelzuges am 30. Januar 1933 (x844/...): >>Ich kann nicht so viel fressen, wie ich kotzen möchte.<<

Der Untergang der Weimarer Republik

Als Reichspräsident Hindenburg den NSDAP-Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, leitete er gleichzeitig das Ende der deutschen Demokratie ein. Der Niedergang der Weimarer Republik, die das deutsche Volk sicherlich in eine glückliche und würdige Zukunft geführt hätte, entwickelte sich für die Deutschen zur nationalen Tragödie und endete schließlich mit der gigantischen internationalen Katastrophe des Zweiten Weltkrieges.

Nach ungemein schweren Jahren (1919-33), in denen 20 deutsche Regierungen aufgerieben wurden und scheiterten, wurde das Schicksal der "Weimarer Republik" am 30. Januar 1933 entschieden (x051/627). Die aufopferungsvolle, harte Arbeit der deutschen Politiker wurde nicht belohnt, denn gerade als man die große Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Reparationen und die jahrelange Besetzung des Rheinlandes endlich überwunden hatte, zerstörte tragischerweise Hindenburgs verhängnisvolle Fehlentscheidung die gesamte Aufbauarbeit und Friedenspolitik der ersten deutschen Republik.

Aufgrund der rücksichtslosen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Siegermächte besaß die Weimarer Republik nach dem Ende des Ersten Weltkrieges eigentlich nie eine realistische Überlebenschance. Der Untergang der Weimarer Republik wurde durch den aggressiven Rechts- und Linksradikalismus (NSDAP und KPD) beschleunigt, denn die radikalen Parteien nutzten in den Jahren 1919 bis 1933 alle politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten gewissenlos aus, um die erste deutsche Republik zu vernichten.

Die Weimarer Republik scheiterte aber auch, weil es nach Stresemanns Tod keine überragenden deutschen Staatsmänner mehr gab, die in der Lage waren, die dringend erforderlichen

Entscheidungen jener Zeit durchzusetzen.

Im Verlauf der "Großen Depression" wurden die Positionen der deutschen Regierungen nahezu aussichtslos, denn im Gegensatz zu den französischen Regierungen (von 1919-30 scheiterten z.B. auch 18 französische Regierungen) fehlten den deutschen Regierungen nach dem Ersten Weltkrieg schließlich die entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Grundlagen, um die katastrophalen Folgen der Weltwirtschaftskrise zu überwinden. Angesichts der riesigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der fehlenden politischen Führungspersönlichkeiten mußten die gemäßigten Parteien der Weimarer Republik zwangsläufig scheitern.

Hitlers verhängnisvolle "Machtübernahme" begann im Grunde bereits 1919, denn nach dem Friedensvertrag von Versailles waren die Positionen der demokratischen Regierungen nahezu aussichtslos.

"Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk IV" berichtete über den langsamen Aufstieg der NSDAP (x069/159-160): >>... Bei den Reichstagswahlen vom Mai 1924 erreicht sie (die NSDAP) ... fast 2 Millionen Stimmen. Es zeigt sich damals, wie radikal viele Wähler infolge des Ruhrkampfes (1923) geworden sind. Doch in demselben Jahr sinkt die Stimmenzahl wieder auf 900.000 ab. ...

Bei den Reichstagswahlen von 1928 erhält ... (Hitlers) Bewegung noch weniger Stimmen als Ende 1924. ... Erst als die Weltwirtschaftskrise über Deutschland hereinbricht, steigen die Mitgliedsziffern sprunghaft an und noch stärker die Wählerziffern. ...

Zulauf findet Hitler vor allem beim Kleinbürgertum, das seit der Inflation erbittert beiseite steht und nun wieder schwer um seine Existenz ringt, aber auch in der Landbevölkerung, die großenteils vor dem Ruin steht, und in dem Millionheer der Arbeitslosen. In ihrer Hoffnungslosigkeit stoßen viele zu Hitler, noch mehr allerdings zur KPD.

Aber auch der größte Teil der Jungwähler schließt sich ihm an; das fällt ins Gewicht, weil in den kritischen Jahren von 1928 bis 1933 über 6 Millionen junge Menschen das Wahlrecht erlangen. Hitler versteht es, sie an ihrem Idealismus zu packen, und in ihrer Unerfahrenheit schenken sie ihm Vertrauen. Mancher allerdings, ob jung oder alt, der die NSDAP wählt, tut es nur mit halbem Herzen, aus Angst vor dem Anwachsen des Kommunismus. ...<<

Theodor Heuss berichtete später über die Probleme der Weimarer Republik (x024/20): >>Das Jahr 1918, daß die Demokratie brachte, war nicht ein Jahr, in dem um freiheitliche Dinge gekämpft wurde. Die Demokratie kam nun als Musterbuch von Möglichkeiten, auf die das Volk innerlich nicht vorbereitet war und mit denen es dann auch, weiß Gott, nicht geschickt umzugehen verstand ... So konnte es nicht fehlen, daß wir das Opfer eines totalitären Gewalt- und Versorgungsstaates geworden sind.<<

Der deutsche Historiker Arthur Rosenberg (1889-1943, 1924-28 Mitglied des Reichstages) berichtete später über das Ende der Weimarer Republik (x058/333-334): >>... Die ruhige, nüchterne Vernunft der sozialistischen Arbeiter mitten im Sturm der politischen Erregung ist gewiß achtbar. Das sind die Männer, die auch später unter der Herrschaft der Gegenrevolution nicht wankten. Aber es gibt Situationen in der Geschichte der Völker und Klassen, in denen die tägliche nüchterne Klugheit nicht ausreicht.

Die sozialistischen Funktionäre sahen tatsächlich von 1929 bis 1933 vor lauter Bäumen den Wald nicht. Sie verstanden wohl alle Schwierigkeiten und Nöte des Augenblicks, aber sie übersahen die mächtige revolutionäre Welle, die damals durchs Land ging. Hinter all dem lauten Schimpfen auf das "System" steckte ein echter Volkshaß auf den kapitalistischen Staat. Nur weil die Sozialisten nicht fähig waren, sich an die Spitze der verzweifelnden Massen zu stellen, konnte die Gegenrevolution diese Bewegung ausnützen.

Die Arbeitslosen, die trotz allem der SPD treu blieben - und nach den Wahlergebnissen dieser Jahre war es eine erhebliche Menge - und ebenso die radikal gestimmten sozialistischen Arbeiter im Betrieb folgten im allgemeinen den Lösungen des linken Parteiflügels.

Die sozialdemokratischen Betriebsarbeiter jedoch, die mit der offiziellen Parteimeinung übereinstimmten, befanden sich tatsächlich isoliert auf einer Insel, die umspült war von den Wellen der Revolution und Gegenrevolution. Denn die hungernden Massen zur Linken wollte eine Revolution, und die Kapitalisten zur Rechten wollten die Gegenrevolution. Alle Teile des Volkes wurden mehr oder minder von einer der beiden Bewegungen erfaßt.

Nur die gemäßigt sozialistischen Arbeiter zusammen mit ihren Führern standen auf der Insel der Weimarer Demokratie und mußten zusehen, wie sämtliche Wellen vor rechts und links gerade auf sie einströmten.

Vor allen Dingen hätte die SPD diese Unglücksinsel verlassen müssen. Der Austritt aus der Reichsregierung im Frühjahr 1930 allein genügte nicht. Solange die sozialdemokratischen Länderminister, Bürgermeister und Polizeipräsidenten weiter amtierten, hielt die Mehrheit des deutschen Volkes die SPD für die Partei, die in erster Linie die Verantwortung für die Weimarer Republik trug. Zugleich mit dem Rücktritt der sozialistischen Reichsminister hätte die SPD auch demonstrativ die Regierung Preußens und der übrigen Länder verlassen, und alle Parteimitglieder hätten aus den hochbezahlten Länder und Gemeindestellen abberufen werden müssen.

Zugleich hätten sich die freien Gewerkschaften auf den Generalstreik vorbereiten müssen. Aber es ist doch zweifelhaft, ob die SPD nach ihrer zwölfjährigen Verbundenheit mit dem legalen republikanischen Staatsapparat zu solchen verzweifelten Mitteln fähig gewesen wäre. Da die Partei nicht imstande war, ihre Verbindung mit dem Staat zu zerschneiden, konnte sie auch nicht die Führerin der unterirdischen revolutionären Bewegung werden. ...

Die deutschen Kapitalisten und Großgrundbesitzer hatten seit 1929 wieder den demokratischen Mantel abgelegt, den ihnen Stresemann aufgedrängt hatte, und sie bekannten sich unbedingt zur Diktatur. Man könnte fragen, warum die herrschende Klasse Deutschlands denn diese Abscheu vor den demokratischen Formen hatte. Wie die Dinge lagen, hatten die SPD und KPD keine Aussicht eine Mehrheit im Reichstag zu erhalten.

Warum schlossen sich die bürgerlichen Parteien nicht zu einem festen gegenrevolutionären Block zusammen? Da konnten sie doch auch erreichen, was sie wollten, und man sparte sich die Unannehmlichkeiten des Verfassungsbruchs und der Gewalttätigkeit. Die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den verschiedensten bürgerlichen Gruppen und Tendenzen bestanden, hätten sich beilegen lassen, wenn der Reichsverband der Industrie ernstlich die Einigung gewollt hätte. Dennoch wollte die Kapitalistenklasse unbedingt die Diktatur.

In einem Lande wie Deutschland, in dem fast drei Viertel aller Wähler zu den Arbeitnehmern gehören, ist eine bürgerliche Parlamentsmehrheit nur möglich, wenn die kapitalistischen Parteien volkstümlich auftreten und den armen Massen alle möglichen Versprechungen machen. Hätte man im Reichstag, mit den Mitteln der legalen Demokratie, eine extrem kapitalistische Gesetzgebung durchführen wollen, dann hätte die Regierung nicht nur die Opposition der SPD und KPD gegen sich gehabt:

Auch viele Abgeordnete aus den bürgerlichen Parteien hätten Bedenken getragen, eine offen volksfeindliche Gesetzgebung vor den Wählern zu vertreten. Die Diktatur war in Deutschland notwendig, nicht nur wegen der SPD und KPD, sondern mindestens ebenso sehr wegen der linken Nationalsozialisten und wegen der christlichen Arbeiter.

Wenn die Diktatur die Marxisten ausschaltete, so befreite sie damit die kapitalistischen Herren auch von jeder Rücksicht auf die volkstümlichen Strömungen in den eigenen Parteien. Die christlichen Gewerkschaften und linken Nationalsozialisten, ja sogar die völkischen Freikorpsleute haben später am eigenen Leibe erfahren, daß ihre Macht in dem Moment aufhörte, in dem die deutschen Kapitalisten vom Gegengewicht der sogenannten Marxisten befreit waren.<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über das Ende der Weimarer Repu-

blik (x057/229-230): >>... Amerikanische Anleihen sollten die Anlaufzeit überbrücken. Aber die Hoffnung, daß Deutschland seine Zahlungen aus den Überschüssen der Ausfuhr decken könne, erfüllte sich nicht.

Daher entwarf eine neue Kommission unter dem Amerikaner Young den Young-Plan (1929), der die Gesamtreparationsschuld auf 121 Milliarden Mark festsetzte, die in 59 Jahresraten abbezahlt werden sollte.

Aber auch dieser Plan erwies sich als undurchführbar, da inzwischen die Weltwirtschaftskrise auch in Deutschland der kurzen wirtschaftlichen Scheinblüte, hervorgerufen durch Dollarkredite an Reich, Länder, Gemeinden und Private, ein Ende bereitete.

Das Aufhören der ausländischen Kredite hatte im Frühjahr 1931 zum Zusammenbruch der Österreichischen Kreditbank geführt. Die Krise griff rasch auch auf das Reich über, daß mit radikalen Maßnahmen durch die neue Regierung Brüning vergebens versuchte, durch eine Reihe von Notverordnungen der Finanzkrise Herr zu werden (Verminderung der öffentlichen Ausgaben, Steuererhöhungen, Gehaltskürzungen usw.). Schon hatte Brüning unter der USA-Präsidentschaft Hoovers im sog. Hoover-Moratorium einen Aufschub der Schulden- und Reparationszahlungen erreicht, sogar die Streichung aller Reparationen und Kriegsschulden stand bevor.

Da trat durch seinen Sturz eine innenpolitische Wandlung ein, die der deutschen Republik den Todesstoß versetzen sollte. Die soziale und wirtschaftliche Notlage (6 Millionen Arbeitslose) hatte die Massen immer mehr dem bestehenden Staat entfremdet und in die Hände der radikalen Parteien (Nationalisten und Kommunisten) getrieben. Vor allem die "Nationale Opposition" unter Hitler und Hugenberg entfaltete eine rege Tätigkeit. ...

Aus den Reichstagswahlen 1930 und 1932 gingen die Nationalsozialisten schließlich als stärkste Partei hervor, schlossen mit den Deutsch-Nationalen die Harzburger Front und wandten sich in einem Volksbegehren gegen die "Versklavung" durch den Young-Plan. Nun versuchte Hindenburg nach seiner Wiederwahl (1932, von den Linksparteien und der Mitte gewählt) durch Notverordnungen der wirtschaftlichen, sozialen und innenpolitischen Krisen Herr zu werden.

Nach dem Sturz Brünings berief er dessen Zentrumskollegen von Papen zum Reichskanzler. Unter ihm erfolgte die Einstellung der Reparationszahlungen. Aber er wurde mit der inneren Krise ebenso wenig fertig wie sein Nachfolger General von Schleicher, so daß sich Hindenburg zu dem folgenschweren Schritt entschloß, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. Dieser bildete zunächst ein Kabinett von Fachministern, Deutschnationalen und nur zwei Nationalsozialisten (Hitler und Göring). Aber es sollte das Ende der Weimarer Republik bedeuten, und eine erneute schicksalsschwere Wandlung der deutschen Geschichte, die zum Untergang des Reiches führte, nahm ihren Anfang.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über den Untergang der Weimarer Republik (x063/573-574): >>Die Republik, die ... zu Grabe getragen wurde, nimmt in der Geschichte einen ehrenvollen Platz ein. Mag man ihr nachsagen (wenn das ein Vorwurf ist), sie sei zu demokratisch gewesen und habe zu kritiklos vertraut, daß das Trachten des Menschen von Anbeginn gut sei. Aber sie hat das Reich gerettet, nicht nur 1918; das vorbildliche Werk ihrer sozialen Gesetzgebung legte im Volke die Grundlagen, die noch beim zweiten Sturz 1945 der erneuten Versuchung des Kommunismus widerstanden.

Die Tragik des Geschehens ist um so sinnfälliger, als der Höhepunkt der Staatskrise fast überschritten war, als der Reichspräsident die Republik ihren Feinden auslieferte. Die Wirtschaft hatte das ärgste überstanden, die Arbeitslosigkeit nahm nicht mehr zu, und Verzweiflung und Abenteurertum begannen, einer ruhigeren Stimmung zu weichen.

Die Reparationen waren praktisch beseitigt, das Rheinland geräumt, die Rückkehr der Saar gesichert, der Widerstand gegen einen engeren Zusammenschluß mit Österreich hatte seit der

Wirtschaftskrise nachgelassen, über Eupen und Malmédy konnte man verhandeln, und selbst eine friedliche Revision der unvernünftigen Ostgrenzen schien nicht für immer aussichtslos; man hätte Polen statt des Korridors durch eine exterritoriale Straßen- und Bahnverbindung den freien Zugang zum Meer vermitteln können.

Die Ernte der Republik, der Stresemannschen Politik der Völkerversöhnung fiel Hitler in den Schoß, aber er wußte sie nicht zu nutzen. Was friedliche Verhandlungen zu bleibendem Erfolg geführt hätten, verdarb seine Methode der Gewalt. Nichts, was Hitler durch Macht erreichte, hat den Zusammenbruch seiner Macht überdauert.

Daß Versailles liquidiert würde, war nicht nur ein deutsches, sondern ein europäisches Anliegen. Daß es der Deutschen Republik versagt blieb, dieses Ziel zu erreichen, deutete eine Entwicklung an, die nunmehr von Versailles über den Untergang der deutschen Demokratie, zum Zweiten Weltkrieg führte. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über das Ende der Weimarer Republik (x051/628-629):
>>(Weimarer Republik) ... Als am 27.3.30 die von H. Müller (SPD) geführte Koalitionsregierung über Fragen der Arbeitslosenversicherung zerbrach, bedeutete das das Ende des parlamentarischen Regierungssystems; die am 30.3. unter Brüning (Zentrum) gebildete Minderheitsregierung war ein Präsidialkabinett.

Nach Auflösung des Reichstages am 18.7.30 brachten die Neuwahlen am 14.9. einen sprunghaften Anstieg der NSDAP von einer unbedeutenden Splitterpartei zur zweitstärksten deutschen Partei: Sie erhielt 18,3 % und 107 Sitze (von 577).

Dem Wahlerfolg der NSDAP war das (mit 4,1 Millionen Stimmen knapp erfolgreiche) Volksbegehren gegen den Youngplan vorausgegangen, das die NSDAP und deren Führer Hitler erstmals einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht hatte.

Am 11.10.31 schlossen sich NSDAP, DNVP und Stahlhelm in der Harzburger Front zum Kampf gegen die Republik zusammen; zu deren Verteidigung bildeten SPD, Gewerkschaften und der Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold am 16.12.31 die Eiserne Front.

Brüning, der Reichskanzler blieb, versuchte durch eine deflationistische Wirtschaftspolitik die Krise zu meistern, letztlich ohne Erfolg; sein Minderheitskabinett wurde dabei zunächst von der SPD toleriert.

Am 10.4.32 wurde Hindenburg (19,4 Millionen Stimmen), diesmal als Kandidat der republikanischen Parteien, gegen Hitler (13,4 Millionen) zum Reichspräsidenten wiedergewählt. Kurz danach entzog er unter dem intriganten Einfluß seiner Umgebung Brüning das Vertrauen. Dieser trat am 30.5.32 zurück.

Neuer Reichskanzler wurde am 1.6. Papen (bis zum 3.6. Mitglied des Zentrums, dann parteilos). Da Papens konservatives "Kabinett der Barone" und seine offen antirepublikanische, auf die Restauration der Monarchie oder die Errichtung eines autoritären Systems abzielende Politik im Reichstag nur von der DNVP unterstützt wurde, löste er diesen am 4.6. auf. Um die NSDAP zur Tolerierung seiner Politik zu gewinnen, hob er am 14.6. das am 13.4. von der Regierung Brüning ausgesprochene Verbot von SA und SS auf.

Am 20.7. enthob Papen die (geschäftsführende) preußische Regierung unter O. Braun (SPD) ihres Amtes (Preußenschlag) und beseitigte mit der demokratischen Regierung im größten deutschen Land eines der letzten und wichtigsten Bollwerke der Republik.

In den Reichstagswahlen am 31.7. konnte die NSDAP ihren Stimmenanteil mit 37,4 verdoppeln; mit 230 (von 608) Sitzen im Reichstag war sie nunmehr die mit Abstand stärkste deutsche Partei. Nach neuem Konflikt ließ Papen den Reichstag am 12. 9. erneut auflösen. Zwar verlor die NSDAP bei den Reichstagswahlen am 6.11. erstmals an Stimmen ("nur" noch 33,1 % und 196 Mandate); da aber gleichzeitig DNVP (8,9 % und KPD 16,9 %) Gewinne erzielten, änderte dies weder etwas an der klaren antirepublikanischen Mehrheit des Reichstages noch verschaffte es der Regierung Papen eine Mehrheit; die DNVP (52 Sitze) blieb weiterhin

deren einzige parlamentarische Stütze. Papen trat deshalb am 17.11. zurück.

Sein Nachfolger wurde am 3.12. Schleicher. Seine Konzeption, die NSDAP zu spalten und zur Stützung seiner Regierung eine "Gewerkschaftsachse" aus dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und dem linken, von G. Strasser repräsentierten Flügel der NSDAP zu bilden, scheiterte sowohl an der Schwäche Strassers als auch am Widerstand des ADGB und der SPD. Nachdem Hindenburg Schleichers Plan, als letzte Möglichkeit zur Verhinderung einer Regierung Hitler den Staatsnotstand zu erklären, abgelehnt hatte, trat Schleicher am 28.1.33 zurück.

Am 30.1. ernannte der Reichspräsident Hitler zum Reichskanzler. Diese nationalsozialistische Machtergreifung brachte das Ende der Weimarer Republik.

Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik waren: die fehlende demokratische Tradition in Deutschland (die sich im Kaiserreich kaum hatte entfalten können), der Makel der Entstehung der Republik als Folge der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg, ihre Belastungen durch die politischen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges, insbesondere durch den Versailler Vertrag, die Mängel der Weimarer Verfassung; das Fehlen fähiger und zugleich populärer demokratischer Führungspersönlichkeiten (das spätestens 1925 bei der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten offenkundig wurde), die mangelnde Bereitschaft und/oder Fähigkeit der republikanischen Parteien und Parteiführer zum Kompromiß (wie sie in den zahlreichen Regierungswechseln und -stürzen, insbesondere beim Rücktritt der Regierung Müller 1930 deutlich wurde) und das Versagen, die Fehler und Fehleinschätzung der Personen an der Spitze der Republik zwischen 1930 und 33 (insbesondere Hindenburgs, Papens und Schleichers).

Entscheidend aber war, daß der Weimarer Staat eine "Republik ohne Republikaner" darstellte: Die Beamten- und Richterschaft blieb, ebenso wie das Offizierkorps, zum Großteil noch immer monarchistisch und autoritär gesonnen, die Mehrheit der Bevölkerung, besonders des Bürgertums, stand der Republik von Anfang an ablehnend gegenüber und ging unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise ab 1930 offen zu den antirepublikanischen Parteien über: das Bürgertum vor allem zur NSDAP, deren demagogische Propaganda die demokratischen Parteien nichts Gleichwertiges entgegensetzen konnten oder wollten, die Arbeiterschaft, ohnehin enttäuscht über das Ausbleiben einer wirklichen sozialen und wirtschaftlichen Revolution nach 1918, teilweise zur KPD.<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über Hitlers Machtübernahme (x057/230-231): >>Die Umwandlung des Deutschen Reiches von einer demokratischen Republik zu einer Diktatur war das Werk des Führers ... Adolf Hitler (1889-1945). Er stammte aus Österreich, begann nach dem ersten Weltkrieg seine politische Laufbahn, die ihn im Verlauf von 14 Jahren durch Willenskraft, Fanatismus und eine nie gekannte Propaganda an die Spitze der Reichsregierung brachte.

In seinem Parteiprogramm und seinem Buch "Mein Kampf" hatte er die Grundfragen einer neuen politischen Idee, einer "nationalsozialistischen Weltanschauung", zu prägen versucht und sie als mitreißender Volksredner (Trommler) zuerst in seine Partei hineingetragen. Diese war in straffer Disziplin organisiert mit den Kampfformationen Sturmabteilungen (SA) und Schutzstaffeln (SS). Eine arische Rassenlehre mit dem Symbol des Hakenkreuzes sollte eine Vereinigung von Nationalsozialismus und Sozialismus verkörpern mit einer mystischen Heldenverehrung seiner Person und einer bedingungslosen Gefolgschaftstreue.

Enttäuscht von der inneren und äußeren Lage Deutschlands strömten ihm im Laufe der dreißiger Jahre eine Unzahl von verbitterten oder hoffnungsvollen Menschen zu, um der neuen Bewegung zur Herrschaft im Staate zu verhelfen. Die Parolen wie "Brechung der Zinsknechtschaft", "Gemeinnutz vor Eigennutz", "Positives Christentum", "Führerprinzip", "Nationaler Sozialismus", "ein Volk, ein Reich" usw. wurden von der Masse oft mißverstanden oder so

ausgelegt, wie man es selber wünschte.

Nach dem Willen des "Führers" sollte ein "Germanischer Staat deutscher Nation" geschaffen werden. Vieles war dem Ausland und anderen autoritären Organisationen nachgeahmt und fand nur schwer Eingang in die deutschen Volkskreise. Nur wenige ahnten die tragische Entwicklung des deutschen Volkes und Reiches, aber niemand, weder vom Ausland noch vom Inland, hatte etwas Entscheidendes gegen die Machtübernahme unternommen. So gelang es Hitler, als Reichskanzler einer Koalitionsregierung in der Weimarer Republik beginnend, allmählich eine Diktatur aufzurichten, wobei er mit wechselnden Mitteln, der Entfaltung mitreißender Begeisterung oder einer rücksichtslosen Gewalt vorging.<<

Der deutsche Historiker Golo Mann schrieb über Hitlers Machtergreifung am 30. Januar 1933 (x058/343-344): >>... Hitler wußte, was er brauchte, um Teilmacht zur totalen zu machen; den Reichskanzlerposten, die Innenministerien im Reich und in Preußen; das hätte ihm etwas früher genügt, wie es ihm etwas später genügte.

So wird man auch das Verhalten der Sozialdemokraten im Januar 1933, ihre Weigerung, sich mit Schleicher zu verbünden, kaum noch als entscheidend ansehen können. Die Linke war damals verbraucht, war besiegt seit dem preußischen Staatsstreich ... Der Streit über die Frage, ob Hitler durch wenige Intriganten an die Macht gebracht worden sei oder durch das Volk, ist darum eigentlich gegenstandslos ...

Die Deutschen waren seit den 1890er Jahren ein Volk von Arbeitern und Angestellten. Alles andere war zahlenmäßig Minderheit, insbesondere die sogenannten "besitzenden Klassen" ...

Indem die Sozialdemokraten den Weimarer Staat nicht gestalteten, gestaltete ihn überhaupt niemand. Er wurde von Leuten regiert, die ihn nie gewünscht hatten, die nicht an ihn glaubten und auch, wenn sie wohl oder übel im Sattel saßen, nach anderen, vielleicht doch besseren Pferden hinüberschielten.

Man ist versucht zu sagen: das, was sich seit 1930 allmählich, dann, 1933, in wenigen Wochen auflöste, die "Republik", hat es überhaupt nicht gegeben. Merkwürdig ist nicht so sehr der Prozeß der Auflösung wie die Tatsache, daß so viele so lange nicht an ihn glauben konnten. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Dietrich Bracher schrieb später über Hitlers Machtübernahme (x058/334-335, 345-347): >>Wohl war es keine Volksbewegung, die Hitler in den Sattel setzte. Es war wiederum ein ganz kleiner Kreis geschäftiger Anwälte, wie im Monat Mai 1932. Aber dieses Mal ohne Schleicher und mit Hitler.

Denn auch dies ist deutlich: Hindenburg hatte im Verlauf des Jahres 1932 noch mehr denn zuvor in seinem langen Leben das Bedürfnis gezeigt, sich an seine "Ratgeber" zu klammern, wenn immer seinen unerhört gewachsenen Machtfunktionen eine echte Entscheidung auferlegt war. Zuerst Schleicher, dann Brüning, dann wieder Schleicher, dann Papen - Schleicher - Papen, und immer Meißner und Oskar von Hindenburg. Auf das Drängen der drei letzten hin hat er schließlich den oft erwogenen, aber immer wieder verworfenen Schritt getan.

Es kann nicht der geringste Zweifel bestehen, daß Papen den letzten Anstoß gegeben und durch ein ausgeklügeltes, aber politisch wirkungsloses System der "Einrahmung", unterstützt von Meißner und Oskar von Hindenburg, den bis zuletzt schwankenden Greis beruhigt und für seine Scheinlösung gewonnen hat.

Hindenburg ist auf solche Weise "zum tragischen Platzhalter zwischen Wilhelm II. und Hitler geworden". Es war weder sein Entschluß noch das Votum des Volkes, das sich am 30. Januar 1933 vollzog. Strukturfehler der Republik, Wirtschaftskrise, politische Radikalisierung und geschickte Demagogie, vor allem die Schwäche des freiheitlich-demokratischen Staatsbewußtseins in Deutschland hatten die Voraussetzungen geschaffen.

Eine zwielichtige, längst nicht mehr demokratisch kontrollierte Machtstellung der Reichswehr hatte die Auflösung der Weimarer Republik wenn nicht beschleunigt, so doch nicht zu ver-

hindern vermocht. Die geschichtliche Entscheidung jedoch fiel in einem Augenblick und unter Bedingungen, die keine einfache "Notwendigkeit" begründeten. Sie wurde durch eine Einzelaktion ausgelöst, die auf einer Fehlkalkulation grandiosen Stils beruhte. Es war eine leichtfertige Pervertierung des Zähmungskonzepts, die Hitler an die Macht brachte. ...

Auch heute noch geistert durch die Apologien (Verteidigungsreden) trotziger oder enttäuschter Beteiligter die Behauptung, Hitler sei am 30. Januar 1933 "legal" nach den Grundsätzen der parlamentarischen Republik zur Macht gekommen: der Republik also, auf die er seinen dann tausendfach gebrochenen Eid geschworen hat. Die Berufung auf den formalen Vorgang verfälscht den wahren Charakter dieses Regierungswechsels. Es waren durchaus unverantwortliche, außerverfassungsmäßige Exponenten politischer und wirtschaftspolitischer Bestrebungen und Illusionen, die Hitler die Macht in die Hände spielten.

Die rechtmäßig politisch verantwortlichen Instanzen dagegen, vor allem die Parteien, der Reichstag und der Reichspräsident ließen sich von diesen Vorgängen ausschalten oder irreführen. Der Geist dieses Regierungswechsels war dem Sinne der Verfassung gänzlich zuwider. Man war sich gerade auf nationalsozialistischer Seite jetzt und in der Folgezeit mit zynischer Offenheit klar, daß die Legalität "nur die äußere Ordnungsmäßigkeit der Ereignisse" betreffe und "ihren wahrhaft revolutionären Charakter nicht in Frage" stelle.

Denn Hitlers Ernennung war selbstverständlich "legal" im Sinne der äußeren Buchstabentreue, aber niemand wird behaupten, daß es dem inneren Sinn der Weimarer Verfassung entsprochen hätte, daß hier ein geschworener Feind an die Spitze des Reiches gestellt würde. ...<<

>>... Die Demokratie von 1918 wurde für die Erbschaft des verlorenen Krieges verantwortlich gemacht, die sie dem Kaiserreich verdankte. Sie erschien als willkommener Sündenbock und Haßobjekt sowohl für die restaurativen und reaktionären Kräfte in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft wie für die in militanten Freikorps, völkisch-antisemitischen Sekten und paramilitärischen Gruppen formierten revolutionären Diktaturbewegungen.

Das "rote Gespenst" eines bolschewistischen Umsturzes tat ein übriges, um Armee und Bürokratie, Bürgertum und Wirtschaft anfällig für solche Bestrebungen zu machen. Die demokratischen Kräfte ließen ihre Gegner mit der Toleranz des liberalen Rechtsstaates gewähren. Sie mußten überdies mit einem vom obrigkeitlichen Verwaltungsstaat geprägten Autoritätsbedürfnis rechnen, das sich in schweren Strukturproblemen der Republik manifestierte. ...

Vor diesem Hintergrund vollzog sich die Entfaltung des Nationalsozialismus in Gestalt einer Integrationspartei neuen Stils. Es war als spezifisch deutsche Ausprägung des europäischen Antidemokratismus ganz auf Deutschland bezogen, noch weniger denn der italienische Faschismus als Exportartikel konzipiert. Der Nationalsozialismus war wie Hitler ein direktes Produkt des Ersten Weltkrieges, aber er gewann sein Wesen und seine Wirkung aus jenen Grundproblemen der neueren deutschen Geschichte, die den Leidensweg der demokratischen Bewegung bestimmt haben. Dazu gehören:

die Schwäche demokratischer Tradition und die machtvolle Fortdauer obrigkeitlicher Staats- und Gesellschaftsstrukturen vor und nach 1848;

die aus der späten und nur unvollständigen Verwirklichung eines deutschen Nationalstaates rührende Anfälligkeit für nationalistisch-imperialistische Ideologien;

die Problematik einer unerwarteten Niederlage mit dem Resultat einer Dolchstoßlegende und des allgemeinen Protestes gegen den Frieden von Versailles;

die Dauerkrise der von der Bevölkerungsmehrheit nie voll akzeptierten Republik;

speziell dann die sprengende Wirkung, die die Weltwirtschaftskrise auf diesen hochindustrialisierten, sozial und konfessionell zerspalteten, mit feudalistisch-traditionalistischen Residuen (Überresten) belasteten Staat ausübte;

und nicht zuletzt die Furcht des Kleinbürgertums vor einem Absinken ins Proletariat, die Furcht vor dem Kommunismus, die sich mit den Ressentiments und der Panik einer vom In-

dustriezeitalter bedrohten Agrarbevölkerung verband; zuerst in Bayern, dann im agrarischen Schleswig-Holstein und Niedersachsen hat der Nationalsozialismus dann auch seine größten Wahlerfolge erzielt.

Zu den besonderen Voraussetzungen gehört freilich auch die entscheidende Rolle, die der spektakuläre Aufstieg und die pseudoreligiöse Verherrlichung eines "Führers" gespielt haben. Struktur und Wirkung dieser Bewegung neuen Stils waren ganz auf das Führerprinzip abgestellt. In ihrem Mittelpunkt stand die Gestalt Adolf Hitlers.

Er repräsentierte sozialpsychologisch gesehen den deklassierten Kleinbürger, der mit Kriegsbegeisterung und politischem Radikalismus seine Minderwertigkeitsgefühle zu kompensieren suchte. Seine österreichische Herkunft, die verwirrenden Erfahrungen in der Vielvölkerstadt Wien, sein Scheitern in Ausbildung und Beruf, schließlich das erlösende Erlebnis der Weltkriegs-Männergemeinschaft haben ihn geprägt. Sie haben auch der Ideologie des Nationalsozialismus ihre wesentlichen Züge aufgeprägt. ...

Die Begründung des Dritten Reiches stützte sich auf eine Reihe wirkungsvoller Täuschungsmanöver, ohne die Hitler wohl nicht zur Macht gekommen wäre. Sie proklamierte sich als eine "legale Revolution". Indem sie diese beiden so gegensätzlichen Begriffe verknüpfte, haben die Nationalsozialisten sowohl dem Legalitätsbedürfnis der Bevölkerung wie dem Wunsch nach Änderung aller Dinge in der Krisensituation der Wirtschaftsdepression Rechnung getragen.

Hitler hat konsequent die pseudolegale Taktik verfolgt, nachdem sein Putschversuch von 1923, wie schon der reaktionäre Kapp-Putsch von 1920 an der Abneigung gescheitert war, die gerade auch das obrigkeitgläubige Bürger- und Beamtentum gegen offenen Staatsstreich und Revolution hegte.

Statt eines Putsches gegen die Republik nutzte Hitler die Möglichkeiten, die der Notstandsartikel der Weimarer Verfassung zur Beseitigung eben dieser Verfassung bot.

Der Weg über eine Präsidialdiktatur ist stets von konservativen Gegnern der parlamentarischen Demokratie propagiert und seit 1930 von dem autoritär-monarchistisch gesinnten Reichspräsidenten Feldmarschall Hindenburg gedeckt und gefördert worden.

Er befreite schließlich die NSDAP aus dem Dilemma einer Minderheitspartei, die in freien Wahlen nie viel mehr als ein Drittel der Bevölkerung gewinnen konnte. Die Verkoppelung der Ausnahme Gewalt mit dem Recht zur Auflösung des Reichstages und zur Ernennung des Reichskanzlers ermöglichte eine legale Diktatur des Reichspräsidenten; mit ihrer Hilfe und nicht als Führer einer Mehrheitsregierung ist Hitler an die Macht gelangt.<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Machtergreifung" (x051/367-368): >>Machtergreifung, im engeren Sinne die Übernahme der Regierungsgewalt im Deutschen Reich durch die NSDAP am 30.1.33, als deren Führer Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde; im weiteren, eigentlichen Sinne der Prozeß der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur und der Zerstörung der Demokratie in Deutschland 1933/34.

Der Machtergreifung vorausgegangen war die Auflösung der Weimarer Republik 1929-33: zunächst der Übergang vom parlamentarischen System zum Präsidialkabinett unter Brüning (Kanzler 30.3.30-30.5.32), dann der offen antidemokratische, auf die Errichtung eines autoritären Regimes zielende Kurs Papens (Kanzler 1.6.-17.11.32) und seine Politik der "Vorleistungen" für Hitler und die NSDAP (14.6. Aufhebung des Verbots von SA und SS, 20.7. Preußenschlag); der gleichzeitige Aufstieg der NSDAP von einer unbedeutenden Splitterpartei (1928: zwölf Reichstagsmandate) zur stärksten politischen Kraft (Juli 32: 230 von 608 Reichstagsmandaten); schließlich am 3.12.32 die Ernennung des Generals Schleicher zum Reichskanzler.

Anders als Papen hatte Schleicher einen Plan zur Verhinderung einer Machtergreifung Hitlers, nämlich die Spaltung der NSDAP und die Bildung einer "Gewerkschaftsachse" aus dem All-

gemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem linken, von Gregor Strasser repräsentierten Flügel der NSDAP, die nach Stimmenverlusten bei den Wahlen vom 6.11. (nur noch 196 von 584 Sitzen) und durch hohe Schulden in eine Krise geraten war.

Doch es gelang Hitler, Strasser in der Parteiführung zu isolieren: Am 7.12. erklärte dieser seinen Rücktritt von sämtlichen Parteiämtern. An der Schwäche Strassers, aber auch am Widerstand von SPD und Gewerkschaften scheiterte Schleichers Plan.

Bei einem von Papen vermittelten Treffen Hitlers mit deutschen Industriellen im Haus des Bankiers K. von Schröder in Köln am 4.1.33 sicherten ihm diese vermutlich weitere finanzielle Unterstützung zu; hier wurden wohl auch schon Vereinbarungen über die Bildung einer Regierung Hitler/Papen getroffen.

Als letzte Möglichkeit der Verhinderung einer solchen Regierung schlug Schleicher am 23.1. dem Reichspräsidenten vor, den Reichstag erneut aufzulösen, seine Neuwahl auf unbestimmte Zeit zu verschieben, den Staatsnotstand zu erklären und NSDAP wie KPD zu verbieten. Hindenburg lehnte diesen "Diktaturplan" – wie schon einen ähnlichen Vorschlag Papens – ab; Schleicher trat daraufhin am 28.1. zurück.

Am 30.1. ernannte der bis zuletzt widerstrebende Hindenburg, gedrängt von Papen und seiner Umgebung, Hitler zum Reichskanzler einer Koalition aus NSDAP und DNVP. Papen wurde Vizekanzler, Hugenberg, der Vorsitzende der DNVP, Wirtschaftsminister.

Zwar hatten in diesem "Kabinett der nationalen Konzentration", in dem die Harzburger Front wiederaufzuleben schien, die bürgerlichen Minister die Mehrheit – die NSDAP war außer mit Hitler nur durch Frick (Innenminister) und Göring (Minister ohne Geschäftsbereich) vertreten –, doch hatten Frick und Göring (zugleich kommissarischer preußischer Innenminister) innenpolitische Schlüsselstellungen inne.

Die Überzeugung der bürgerlichen "nationalen" Rechten, in der neuen Reichsregierung die Nationalsozialisten "gezähmt" und sie für eigene politische Ziele "engagiert" zu haben (Papen), erwies sich schon bald als Fiktion. ...<<

US-Präsident Hoover kritisierte damals das ungewöhnlich nachgiebige Verhalten der französischen Regierung nach Hitlers Machtübernahme (x069/165): >>Kaum war Hitler an die Macht gekommen, so nahm die französische Regierung eine völlig veränderte Haltung ein und machte eine Reihe von Vorschlägen, die, solange Brüning an der Macht war, mehr als ausreichend gewesen wären. Immer größere Zugeständnisse wurden von Frankreich angeboten und von Hitler zurückgewiesen.

Sogar in Frankreich hatte man in weiten Kreisen das Gefühl, daß Hitler nie die Regierung in seine Hand gebracht hätte, wenn man dem Reichskanzler Brüning in vernünftiger Weise entgegengekommen wäre und ihm geholfen hätte, das Gefühl des Unrechts und der Demütigung zu zerstreuen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 26.01.2008) über die "Machtergreifung" der Nationalsozialisten (x887/...): >>**Wie Adolf Hitler Reichskanzler wurde**

Vor 75 Jahren fand in Deutschland die "Machtergreifung" der Nationalsozialisten statt

Es sind 75 Jahre her, daß Reichspräsident von Hindenburg Adolf Hitler mit dem Amt des deutschen Reichskanzlers betraute, das einst Bismarck geschaffen hatte, ein Datum, das der Historiker Friedrich Meinecke einen "Unglückstag erster Ordnung für Deutschland" genannt hat.

Handelt es sich, wie Ernst Nolte gesagt hat, um eine "Vergangenheit, die nicht vergehen will"? Sie wird heute leicht von Politik und Medienwelt in geschichtspolitischer Absicht immer wieder zum Leben erweckt, um die Deutschen an ihrem Schuldpfahl festzuhalten und den dunklen Hintergrund zur Abwehr aller Kritik an der Gegenwart zu gebrauchen. Das ist dann die "Bewältigung der Vergangenheit", die uns etwa Guido Knopp vorführt.

Freilich: Das Datum des 30. Januar 1933 ist mit seinen tiefen Folgewirkungen noch immer Gegenwart. Es stellt uns immer wieder vor die Aufgabe des Nachdenkens, wie das alles möglich war, uns über die Gründe und Abgründe der Geschichte, über die vielfältigen Netze der Bedingungen und Vorbedingungen eines solchen Ereignisses Rechenschaft zu geben.

Mit Recht hat Richard von Weizsäcker 1995 gesagt, das Katastrophendatum von 1945 sei ohne 1933 nicht zu verstehen. Aber: 1933 ist seinerseits nicht zu begreifen ohne 1914 und 1918, ohne den Ausbruch und das Ergebnis des Ersten Weltkriegs, ohne Versailles, ohne die Inflation und die von ihr verursachte Verarmung der Mittelschichten sowie ohne die 1929/30 einbrechende Wirtschaftskrise.

Tatsächlich begann Hitlers Aufstieg exakt mit jenem Datum; die Kurven der Massenarbeitslosigkeit und die des Aufstiegs der Hitler-Bewegung liefen deutlich parallel. Hitler wußte seine Stunde zu nutzen, der Heimatlose und Sohn des Krieges, der Demagoge und Volksverführer, der narzißtische Egomane, wie ihn sein jüngster Biograph Jan Kershaw zu Recht zeichnet. Wie sein Gegenpart Lenin beschritt auch er seinen Weg zur Macht mit der Parole "Je schlechter (die Verhältnisse) desto besser (für mich)", mit einer Spekulation à la baisse. Er ging diesen Weg mit "nachtwandlerischer Sicherheit", wie er sagte.

Er hatte mit dem grenzenlosen Selbstgefühl des Aufsteigers ein untrügliches Gespür für die Schwächen seiner Gegner. Er war, wie er selbst bekannte, ein großer Schauspieler. So verstand er es, der politischen Welt im In- und Ausland immer wieder ein trügerisches Gesicht zu zeigen. In seinen Massenkundgebungen, in denen er auf die Überwältigung seiner Zuhörer setzte, zeigte er ein anderes als etwa vor Kontrahenten. Auch das des vernünftigen und gemäßigten Politikers und Staatsmanns konnte er zeigen. Der Mann, so auch die Berichte aus seiner näheren Umgebung, zerfiel gleichsam in viele Personen, und er wußte um seine magnetisierende, diabolische Wirkung.

Und nicht zuletzt: Die Traumata von Versailles, der Inflation, der Wirtschaftskrise hatten in Deutschland bei den Massen eine Stimmung aufkommen lassen, die auf einen großen Retter und Erlöser hoffte. Ich erinnere mich noch recht plastisch einer Szene, wohl aus dem Januar 1933, als eine Nachbarin der Großmutter in der hohenlohischen Provinz dem noch nicht Sechsjährigen zum ersten Mal einen Farbdruck Hitlers zeigte mit der von mir nicht mehr vergessenen Bemerkung: "Der wird uns retten!"

Der Ehemann der Frau war ein ärmlich bezahlter Postbus-Fahrer, die beiden Söhne, wohl zwischen 16 und 18 Jahren, waren arbeitslos - es war das charakteristische Milieu der Wähler und Anhänger Hitlers in diesen Jahren.

Der Erdrutsch von Hitlers "Stimmzettelrevolution" setzte seit dem Jahreswechsel 1929/30 ein. Über die beiden Etappen der Reichstagswahlen am 14. September 1930 - bei denen die Nationalsozialisten zweitstärkste Partei wurden mit 107 Abgeordneten im Reichstag - und am 31. Juli 1932 mit dem Triumph der NSDAP, die stärkste Partei geworden zu sein mit 230 Abgeordneten, bahnte sich Hitler den Weg zu seiner "Machtergreifung".

Vergebens versuchte die Präsidialregierung Heinrich Brünings sich den Folgen der Wirtschaftskrise entgegenzustellen und durch außenpolitische Erfolge wie die Beendigung der Versailler Reparationslasten und die Wiedergewinnung der militärischen Gleichberechtigung der Hitler-Bewegung das Wasser abzugraben. Gab es nicht die Möglichkeit, diese so heterogene Bewegung durch die Hereinnahme in die Regierungsverantwortung zu disziplinieren, zu zähmen, vielleicht sogar zu spalten? Die Regierung Brüning-Groener ging davon aus, durchzuhalten bis sich die dunklen Wolken der Krise verzogen.

Die nächsten regulären Reichstagswahlen mußten erst im September 1934 stattfinden, und es war zu erwarten, daß mit dem neuen Wirtschaftsaufschwung Hitlers Wählermassen sich ebenso schnell wieder verlaufen würden, wie sie sich zusammengefunden hatten. Aber die Geduld der arbeitslosen, vielfach verelendeten Massen war erschöpft, sie setzten auf den vermeintli-

chen Retter Hitler und seine Versprechen von "Arbeit und Brot" und neuer deutscher Größe statt der glanzlosen Weimarer Republik.

Als der Reichspräsident unter dem Einfluß seiner Berater am 31. Mai 1932 die Regierung Brüning-Groener entließ, fiel die letzte Schutzwehr gegen Hitler. Integration und Zähmung der ungebärdigen, aber doch vielleicht patriotischen Anhängerschaft Hitlers wurde zur Parole der alten Führungsschichten, vor allem von Brünings Nachfolger Franz von Papen, der durch die leichtfertige abermalige Auflösung des Reichstags keine zwei Jahre nach den letzten Wahlen Hitler die Chance gab, bei den Neuwahlen am 31. Juli 1932 seinen politischen Durchbruchssieg zu erreichen.

Von da an war kein Halten mehr, auch als Hitler am 6. November bei abermaligen Wahlen einen Rückschlag erlitt. Hindenburgs Berater empfahlen nun die Abkehr von der bisherigen Notverordnungs politik und die Bildung einer normalen Koalitionsregierung, in der die Nationalsozialisten von Deutschnationalen und bürgerlichen Konservativen eingerahmt und gezähmt werden sollten.

Wie schon Hitlers Kampf um die Macht von einer (nach heutigen Begriffen) populistischen Massenbewegung getragen wurde, so waren es nun - paradox genug - demokratische und parlamentarische Argumente, die Hindenburg von der Notwendigkeit einer rechtsgerichteten Koalitionsregierung mit anscheinend ausreichenden Sicherungen gegen eine nationalsozialistische Alleinherrschaft überzeugten. Doch jetzt, mit Hitler im Besitz der Regierungsgewalt, verband sich die nationalsozialistische "Revolution" und ihr Straßenterror mit dem Opportunismus und der Angst auch vieler bisheriger Gegner auf dem kurzen Weg zur eigentlichen "Machtübernahme".

Was vielen noch am 30. Januar als normaler Regierungswechsel erschienen sein mochte, in dem die neuen Herren bald abgewirtschaftet haben würden, zeigte sich nun als eine Revolution neuer Art mit ihrer seltsamen Mischung aus Legalität, Terror und Erneuerungspathos. Unversehens war schon bis zum Sommer 1933 aus einem republikanischen Mehrparteienstaat eine totalitäre Einpartei- und Führerdiktatur geworden, der das "Ermächtigungsgesetz" des Reichstags vom 24. März den pseudoparlamentarischen Weg geöffnet hatte und dann das "Gesetz über die Einheit von Partei und Staat" vom 1. Dezember 1933 nur noch das pseudolegale Siegel verlieh. Kaum einer der damals Handelnden und der berauschten Massen konnte ahnen, was die Folgen sein würden.<<

Erich Ludendorff, ein berühmter und berüchtigter deutscher General des Ersten Weltkrieges (sowie aktiver "Hitlerputsch-Teilnehmer) schrieb am 31. Januar 1933 an den Ex-General und amtierenden Reichspräsidenten Hindenburg (x034/635): >>... Ich prophezeie ihnen feierlich, daß dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stürzen und unsere Nation in unfaßbares Elend bringen wird. Kommende Geschlechter werden sie wegen dieser Handlung in Ihrem Grabe verfluchen.<<

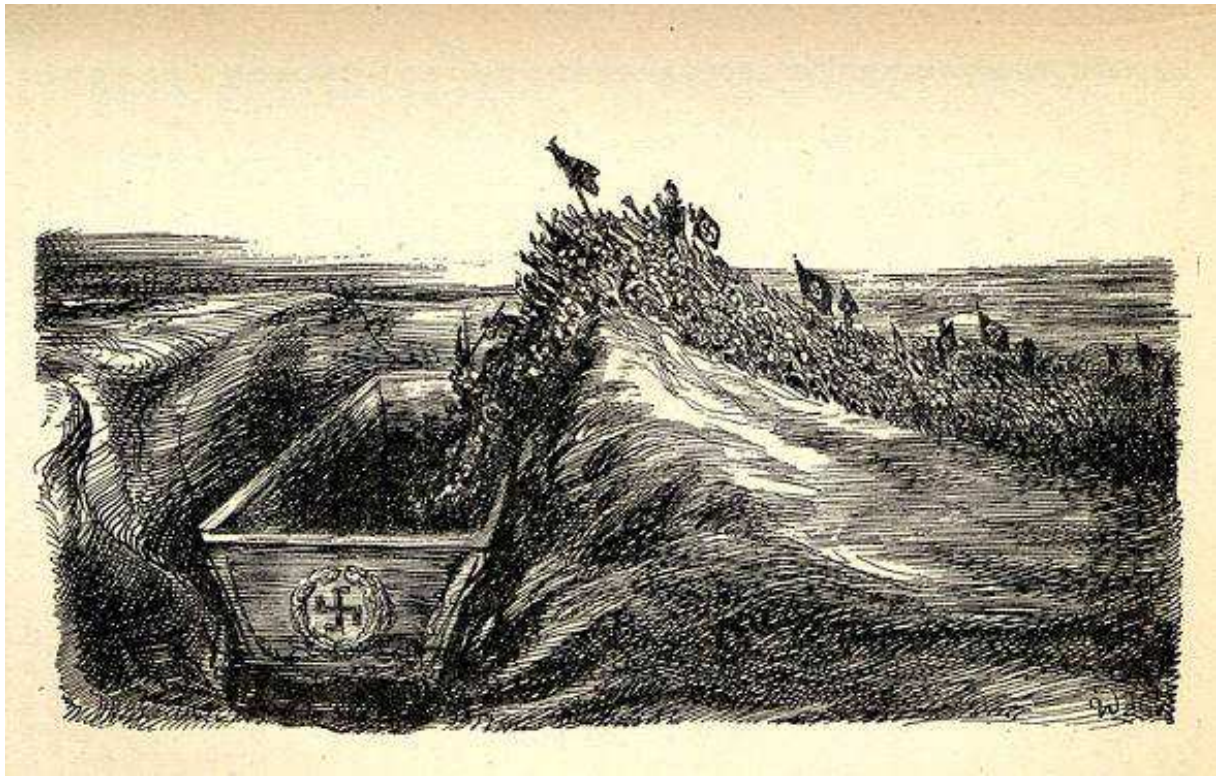


Abb. 64 (x062/461): "Hitler, ein deutsches Verhängnis", Paul Weber im Januar 1933.

Der SPD-Politiker Rudolf Breitscheid (1874-1944, ab 1920 Mitglied des Reichstages, emigrierte 1933 nach Frankreich, seit 1941 im KZ Sachsenhausen interniert) erklärte am 31. Januar 1933 (x243/44, x032/10): >>Die Reaktion hat ihre letzte Karte ausgespielt, die Söldnerscharen des Faschismus eingesetzt. Wenn sie nicht sticht, und sie wird nicht stechen, dann ist die Stunde gekommen, in der die Arbeiterschaft das entscheidende Wort spricht. ... Für diese Entscheidungsstunde gilt es alle Kräfte zu sammeln, um sie entschlossen einzusetzen. ...<<
>>... Die Arbeiterschaft steht bereit, um den Abwehrkampf gegen alle reaktionären Bestrebungen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu führen. Unsere Opposition gegen das neue Kabinett ist eine Selbstverständlichkeit ... Der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Faschismus ist in einen neuen Abschnitt getreten. ...<<

Hitler erklärte während der ersten Kabinettsitzung am 31. Januar 1933 (x245/363-365): >>... Das Erbe, das wir übernehmen ist ein furchtbares.

Die Aufgabe, die wir lösen müssen, ist die schwerste, die seit Menschengedenken deutschen Staatsmännern gestellt wurde. Das Vertrauen in uns allen aber ist unbegrenzt, denn wir glauben an unser Volk und seine unvergänglichen Werte. Bauern, Arbeiter und Bürger, sie müssen gemeinsam die Bausteine liefern zum neuen Reich.

So wird es die nationale Regierung als ihre oberste und erste Aufgabe ansehen, die geistige und willensmäßige Einheit unseres Volkes wieder herzustellen.

Sie wird die Fundamente wahren und verteidigen, auf denen die Kraft unserer Nation beruht.

Sie wird das Christentum als Basis unserer gesamten Moral, die Familie als Keimzelle unseres Volks- und Staatskörpers in ihren festen Schutz nehmen.

Sie wird über Stände und Klassen hinweg unser Volk wieder zum Bewußtsein seiner volklichen und politischen Einheit und der daraus entspringenden Pflichten bringen.

Sie will die Ehrfurcht vor unserer großen Vergangenheit, den Stolz auf unsere alten Traditionen zur Grundlage machen für die Erziehung der deutschen Jugend.

Sie wird damit der geistigen, politischen und kulturellen Nihilisierung (völlige Verneinung aller Normen und Werte) einen unbarmherzigen Krieg ansagen.

Deutschland darf und wird nicht im anarchistischen Kommunismus versinken.
 Sie wird anstelle turbulenter Instinkte wieder die nationale Disziplin zum Regenten unseres Lebens erheben.
 Sie wird dabei all der Einrichtungen in höchster Sorgfalt gedenken, die die wahren Bürger der Kraft und Stärke unserer Nation sind. ...
 Die Regierung der nationalen Erhebung will arbeiten, und sie wird arbeiten.
 Sie hat nicht 14 Jahre lang die deutsche Nation zugrunde gerichtet, sondern will sie wieder nach oben führen.
 Sie ist entschlossen, in 4 Jahren die Schuld von 14 Jahren wieder gutzumachen.
 Allein sie kann nicht die Arbeit des Wiederaufbaues der Genehmigung derer unterstellen, die den Zusammenbruch verschuldeten.
 Die Parteien des Marxismus und seiner Mitläufer haben 14 Jahre lang Zeit gehabt, ihr Können zu beweisen.
 Das Ergebnis ist ein Trümmerfeld.
 Nun deutsches Volk, gib uns die Zeit von 4 Jahren, und dann urteile und richte uns!
 Getreu dem Befehl des Generalfeldmarschalls wollen wir beginnen.
 Möge der allmächtige Gott unsere Arbeit in seine Gnade nehmen, unseren Willen recht gestalten, unsere Einsicht segnen und uns mit dem Vertrauen unseres Volkes beglücken.
 Denn wir wollen nicht kämpfen für uns, sondern für Deutschland! ...<<
 KPD und SPD beschlossenen am 31. Januar 1933, Mißtrauensanträge gegen die neue Reichsregierung zu stellen.
Der Bundesausschuß der deutschen Gewerkschaften forderte am 31. Januar 1933 (x032/10):
 >>Organisation - nicht Demonstration.<<
Joseph Goebbels berichtete am 31. Januar 1933 in seinem Tagebuch (x032/10): >>Nun wird reiner Tisch gemacht.<<
Die "Frankfurter Zeitung" berichtete am 31. Januar 1933 (x034/635): >>Diese Regierung ist die kurioseste Regierung, die Deutschland je hatte. ... Es ist uns unmöglich, jenes Telegramm zu vergessen, mit dem Herr Hitler sich mit den Mördern von Potempa solidarisch erklärt hat.<<
Die "Kreuzzeitung" berichtete am 31. Januar 1933 (x034/635): >>Welch bessere Regierung hätte ein Volk in unserer Lage sich wünschen und finden können?<<
Alfred Rosenberg schrieb am 31. Januar 1933 im "Völkischen Beobachter" (x034/635):
 >>Der 30. Januar 1933 wird einmal eingehen in die Geschichtsschreibung als ein Tag, der einen historischen Umschwung der deutschen Entwicklung darstellt, an dem Ströme deutscher Sehnsüchte zusammenliefen, weit aus vergangenen Jahrhunderten.<<
Das Berliner Tageblatt berichtete am 31. Januar 1933 (x034/635): >>Ja, man hat an einem Tag viel erreicht, man wird gewiß noch mehr erreichen, aber man wird nicht verhindern, daß in einem großen Volke seelischer und geistiger Widerstand wächst und wartet, seinem eigenen Tage entgegenschwebt.<<
 Im Reich gab es damals über 6,0 Millionen Arbeitslose (19 % aller Berufstätigen) und ca. 1,8 Millionen "unsichtbare Arbeitslose" (x051/35).
 Für die meisten ausländischen Staaten war Hitlers Regierungsübernahme vorerst nur "ein Sieg der nationalen Opposition".
Andre Francois-Poncet (1887-1978, 1931-38 französischer Botschafter in Berlin) berichtete damals in seinem Tagebuch über die chaotischen Verhältnisse im Deutschen Reich (x069/58):
 >>Das Reich scheint in das Chaos der Jahre 1918/19 und 1923 zurückzufallen und nochmals, ja noch ernsthafter von Anarchie bedroht zu werden.
 Man muß sich dieses Bild Deutschlands vor Augen halten, als die Straßen auf dem Land und in den Städten von rivalisierenden Umzügen des Stahlhelms, der Rotfront (KPD), der SA und

SS durchschritten werden. Die Schlagzeilen der Zeitungen berichten täglich von neuen Unruhen, neuen Opfern.

Man muß sich jenes Deutschland vor Augen halten, in dem Unsicherheit und Unordnung herrschen und die Sorge um die nächste Zukunft und die Furcht vor einer bolschewistischen Revolution die Gemüter bedrücken, um zu begreifen, daß die nationalistischen Leidenschaften aufgepeitscht werden konnten mit der Behauptung, das Ausland sei an diesem ganzen Unglück schuld, um zu verstehen, mit welchen Gefühlen 1933 die Machtübernahme durch jenen Mann mit der eisernen Faust aufgenommen wurde, einen Mann, der so tapfer den Roten die Stirne bietet und sich anheischig macht, im Innern Ordnung und Freiheit, nach Außen Macht und Größe des Reiches wieder herzustellen.<<

Nach der Machtübernahme gab Hitler am 1. Februar 1933 in seiner ersten Proklamation einige politische Ziele bekannt (x149/71): >>Die nationale Regierung wird mit eiserner Entschlossenheit und zähester Ausdauer folgenden Plan verwirklichen: Binnen 4 Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein. ...

Die Parteien des Marxismus und seiner Mitläufer haben 14 Jahre lang Zeit gehabt, ihr Können zu beweisen. Das Ergebnis ist ein Trümmerfeld.

Nun, deutsches Volk, gib uns die Zeit von 4 Jahren, und dann urteile und richte uns! ...<<

In einer geheimen Besprechung erklärte Hitler am 3. Februar 1933 vor Befehlshabern der Reichswehr (x058/347-348):

>>... 1. Im Innern. ... Keine Duldung und Betätigung irgendeiner Gesinnung, die dem Ziel entgegen steht (Pazifismus!). Wer sich nicht bekehren läßt, muß gebeugt werden. Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel. Einstellung der Jugend und des ganzen Volkes auf den Gedanken, daß nur der Kampf uns retten kann und diesem Gedanken gegenüber alles zurückzutreten hat. Ertüchtigung der Jugend und Stärkung des Wehrwillens mit allen Mitteln. Todesstrafe für Landes- und Volksverrat. Straffste autoritäre Staatsführung. Beseitigung des Krebschadens der Demokratie.

2. Nach außen. Kampf gegen Versailles. ...

3. Wirtschaft. Der Bauer muß gerettet werden! ...

4. Aufbau der Wehrmacht ... Allgemeine Wehrmacht muß wieder kommen. ...

Wie soll politische Macht, wenn sie gewonnen ist, gebraucht werden? ... Vielleicht Eröffnung neuer Exportmöglichkeiten, vielleicht - und wohl besser - Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung. ... Wehrmacht wichtigste und sozialistischste Einrichtung des Staates. Sie soll unpolitisch und überparteilich bleiben. Der Kampf im Innern nicht ihre Sache, sondern der Nazi-Organisationen. Anders wie in Italien keine Verquickung von Heer und SA beabsichtigt.

Gefährlichste Zeit ist die des Aufbaus der Wehrmacht. Da wird sich zeigen ob Frankreich Staatsmänner hat; wenn ja, wird es uns nicht Zeit lassen, sondern über uns herfallen (vermutlich mit Osttrabanten).<<

Die "Tägliche Rundschau" fragte am 4. Februar 1933 (x032/13): >>Ist das also ein Sieg Adolf Hitlers? Sieht so die Frucht aus, die ihm nach zwölfjährigem Ringen reif in den Schoß fällt?<<

Joseph Goebbels berichtete am 4. Februar 1933 (x032/13): >>Jetzt geht's aufs Ganze, und wir dürfen keine Rücksicht mehr kennen.<<

Der Linzer Bischof Gföllner schrieb am 5. Februar 1933 in einem Hirtenbrief (x032/14): >>... Es ist frivoler Rassenwahn, die Blutreinheit des Ariers auf gleiche Stufe mit der Paradiesunschuld unserer Stammeseltern zu stellen, den Sündenfall aber in Vergleich zu bringen mit Rassenmischung, die Sünde wider Blut und Rasse als die Erbsünde dieser Welt zu bezeichnen.<<

Carl von Ossietzky schrieb am 7. Februar 1933 in der "Weltbühne" (x032/14): >>... Die Re-

publik hat die Bataille verloren, ... weil es ihr an dem notwendigen Lebenswillen fehlte, über den die Rechte in hohem Maße verfügt. ...

Die Propaganda war immer die schwache Stelle der Weimarer Kabinette. Die NSDAP macht ihre agitatorische Sprache unbedenklich zum amtlichen Stil.<<

Der SPD-Parteivorsitzende Otto Wels erklärte am 7. Februar 1933 während einer Massenversammlung der Eisernen Front in Berlin (x032/14): >>... Ein Stacheldraht von Verboten, Strafandrohungen umgibt uns, wohin wir blicken. Die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte, Freiheit des Wortes und der Schrift, sind in einer nie dagewesenen Weise eingeengt. Wir erinnern an das alte Wort: Gestrenge Herren regieren nicht lange!<<

Wilhelm Röpke (1899-1966, Professor der Nationalökonomie) erklärte am 8. Februar 1933 in Marburg während seines Vortrages "Wo stehen wir? Wohin treiben wir?" (x032/15): >>... Angesichts der Ereignisse der letzten Jahre bedarf es in der Tat einer starken philosophischen Unerschütterlichkeit, wenn man sich der Suggestivkraft des Schlagworts von der, "Epochenwende" entziehen will ...

Nichts Geringeres geht vor sich, als daß ein Massenaufstand gegen die letzten Grundlagen alles dessen ausgebrochen ist, was wir Kultur nennen: ein Massenaufstand gegen Vernunft, Freiheit, Humanität und gegen jene geschriebenen und ungeschriebenen Normen, die in Jahrtausenden entstanden sind, um eine hochdifferenzierte menschliche Gemeinschaft zu ermöglichen, ohne die Menschen zu Staatssklaven zu erniedrigen ...

Es gehört zur Definition des Massenmenschen, daß er intolerant und nicht geneigt ist, in Diskussionen einzutreten, daß er mehr dem Gefühl als dem Verstand folgt und für den Gedanken der Humanität nur ein geringfügiges Lächeln hat. Und dieser Massenmensch ... steht im Begriff, die Herrschaft an sich zu reißen.<<

Hitler erklärte am 8. Februar 1933 vor leitenden Vertretern der deutschen Presse (x032/15): >>... In 10 Jahren wird es in Deutschland keinen Marxismus mehr geben.<<

Hitlers erste Rede als Reichskanzler im Berliner Sportpalast wurde am 10. Februar 1933 im Rundfunk übertragen (x243/44): >>... Deutsches Volk, gib uns 4 Jahre Zeit. Dann richte und urteile über uns! ... Und ich schöre dir, so wie ... ich in dieses Amt eintrat, so will ich dann gehen. ...

Ich kann mich nicht lösen von dem Glauben an mein Volk, ... von der Überzeugung, daß diese Nation wieder einst auferstehen wird, kann mich nicht entfernen von der Liebe zu diesem meinem Volk und hege felsenfest die Überzeugung, daß eben doch einmal die Stunde kommt, in der die Millionen, die uns heute hassen, ... mit uns dann begrüßen werden das gemeinsam geschaffene, mühsam erkämpfte, bitter erworbene neue deutsche Reich der Größe und Ehre und der Kraft und der Herrlichkeit und der Gerechtigkeit.

Amen.<<

Joseph Goebbels berichtete damals über Hitlers Rede im Berliner Sportpalast (x032/16): >>Die Massen im Sportpalast geraten in einen sinnlosen Taumel. Nun erst beginnt die deutsche Revolution aufzubrechen. ...<<

Der niederländische Anarchist Marinus van der Lubbe setzte am 27. Februar 1933 das Berliner Reichstagsgebäude in Brand.

Hitler nutzte den Reichstagsbrand sofort als Vorwand, um die gefährlichsten "Staatsfeinde" auszuschalten (angebliche "kommunistische Rebellion"). In der Nacht des Brandes und am nächsten Tag wurden ca. 4.000 kommunistische Funktionäre verhaftet und die KPD indirekt verboten.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Reichstagsbrand" (x051/485-486): >>Reichstagsbrand, Vernichtung großer Teile, insbesondere des Plenarsaals, des Reichstagsgebäudes in Berlin durch Feuer am Abend des 27.2.33.

Der niederländische Anarchist van der Lubbe war kurz nach 21 Uhr ins Parlamentsgebäude

eingedrungen und hatte mit Kohlenanzündern mehrere Brände gelegt, die er mit Stoffackeln weitertrug. Als er um 21.27 Uhr gestellt werden konnte, ließ sich der Plenarsaal trotz massiven Feuerwehreinsatzes nicht mehr retten, da die Kuppel geborsten war und ein sogenannter Schlot-Effekt entstand.

Hitler und die nationalsozialistische Führung, die unmittelbar danach am Tatort erschienen, bezeichneten den Reichstagsbrand sofort als "kommunistisches Fanal" für einen Aufstand gegen die neue Regierung der "nationalen Erhebung" und nutzten die Gelegenheit zu einer schlagartigen Massenverhaftung (ca. 4.000) kommunistischer und auch einiger SPD-Funktionäre nach vorbereiteten Listen. Am Tag darauf setzte die Reichstagsbrandverordnung wesentliche Grundrechte außer Kraft, der kommunistische Wahlkampf für die Reichstagswahl am 5.3.33 wurde unterbunden, der sozialdemokratische schwer behindert (Zeitungs-, Versammlungsverbote u.a.).

Nach der klassischen Frage "cui bono", wem der Reichstagsbrand genutzt habe, entstand unmittelbar nach dieser planvollen Reaktion der Regierung der Verdacht, der Brand sei von den Nationalsozialisten gelegt worden. Dazu trug bei, daß vom Palais des Reichstagspräsidenten Göring ein unterirdischer Gang in das Reichstagsgebäude führte, der ein idealer Fluchtweg für die Brandstifter hätte sein können, die Lubbe nur mißbraucht hätten. Zudem schien es schwer vorstellbar, daß ein Einzelner das Riesenbauwerk in Flammen gesetzt hatte.

Doch weder die Kommunisten mit ihrem Braunbuch noch die Nationalsozialisten, die außer Lubbe noch den KPD-Fraktionsführer Torgler, der am Abend als Letzter den Reichstag verlassen hatte, sowie die in Berlin weilenden Komintern-Funktionäre Dimitrow, Popoff und Tanneff im Reichstagsbrandprozeß anklagen ließen, konnten ihre Version beweisen.

Auch eine Historiker-Kommission nach dem Krieg unter Leitung des Schweizer Professors Walter Hofer vermochte Lubbes hartnäckige Behauptung von seiner Alleintäterschaft nicht zu erschüttern.<<

Joseph Goebbels berichtete am 27. Februar 1933 in seinem Tagebuch (x191/57): >>Nun ist der entscheidende Augenblick gekommen. Göring ganz groß in Fahrt. Der Führer verliert nicht einen Augenblick seine Ruhe. ...

Sofort verbietet Göring die gesamte kommunistische und sozialdemokratische Presse. Die kommunistischen Funktionäre werden in der Nacht dingfest gemacht. Die SA wird alarmiert.

...

Mitten in der Nacht noch erscheint Oberregierungsrat Diels vom preußischen Innenministerium und gibt mir eingehend Bericht über die bisherigen Maßnahmen. Die Verhaftungen sind reibungslos verlaufen. ...

Wenn Widerstand geleistet wird, dann Straße frei für die SA. ...<<

Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtete am 27. Februar 1933 über den Reichstagsbrand (x032/22): >>Ein historischer Tag ersten Ranges. Das geplante Attentat hat heute stattgefunden, aber nicht auf Hitler, sondern auf das Reichstagsgebäude.<<

An der Brandstiftung war vermutlich auch der damalige preußische "Innenminister" Hermann Göring beteiligt.

Im Jahre 1946 erklärte Generaloberst Halder z.B. unter Eid (x059/73): >>Anlässlich eines Mittagessens beim Führer im Jahre 1942 kam das Gespräch auch auf das Reichstagsgebäude ... Ich habe mit eigenen Ohren gehört, wie Göring in das Gespräch hineinrief: "Der einzige, der den Reichstag wirklich kennt, bin ich. Ich habe ihn ja angezündet."<<

Am 28. Februar 1933 genehmigte Reichspräsident von Hindenburg auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 eine ihm vorgelegte Notverordnung (sogenannte "Reichstagsbrandverordnung" bzw. Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat).

In dieser völlig ungerechtfertigten "Reichstagsbrandverordnung" zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte hieß es (x058/348): >>Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2

der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte verordnet:

§ 1 Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnis, Anordnungen zu Haussuchungen (Unverletzlichkeit der Wohnung) und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen sind zulässig.

§ 2 Werden in einem Lande die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen nicht getroffen, so kann die Reichsregierung insoweit die Befugnisse der Landesbehörde vorübergehend wahrnehmen. ...<<

Diese scheinbar "legale Notverordnung" setzte wesentliche demokratische Grundrechte der Weimarer Verfassung (wie z.B. freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Brief- und Fernsprecheheimnis, persönliche Freiheiten) außer Kraft.

Mit Hilfe der "Reichstagsbrandverordnung" konnte das NS-Regime die Weimarer Republik zwar vermeintlich "legal" liquidieren, aber diese "Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat" war nicht durch Artikel 48 gedeckt und deshalb ungesetzlich, weil sie nicht vorübergehend erlassen wurde. Die "Reichstagsbrandverordnung" (Abschaffung des demokratischen Verfassungs- und Rechtsstaates bzw. Legalisierung der NS-Diktatur) wurde zunächst auf 4 Jahre begrenzt und danach dreimal durch das NS-Regime verlängert, so daß sie schließlich bis zum Zusammenbruch des NS-Staates in Kraft blieb.

Mit Hilfe dieser "legalen Notverordnung" verhängte Hitler am 28. Februar 1933 den Ausnahmezustand im Deutschen Reich, schaltete bereits indirekt das Parlament aus und übernahm im Rahmen der "Nationalen Revolution" wesentliche Machtpositionen des Landes. Zahlreiche wichtige Ämter der Behörden, Polizei, Presse, des Rundfunks und sonstige wichtige Posten wurden unverzüglich durch die NSDAP besetzt.

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Reichstagsbrandverordnung" (x051/486):
>>Reichstagsbrandverordnung, am 28.2.33 unter der Bezeichnung "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" erlassene Notverordnung.

Vorausgegangen war ihr der Reichstagsbrand am 27.2., der von den Nationalsozialisten den Kommunisten zur Last gelegt wurde.

"Zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte" (so die Präambel) setzte die Reichstagsbrandverordnung die in Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Weimarer Verfassung verbrieften Grundrechte der persönlichen Freiheit, der Unverletzlichkeit der Wohnung und des Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnisses, der Meinungsfreiheit, der Versammlungs- und der Vereinigungsfreiheit und der Garantie des Privateigentums außer Kraft, gab der Reichsregierung das Recht, "zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" in den Ländern die Befugnisse der Landesregierung "vorübergehend wahrzunehmen", und verschärfte die Strafandrohungen für bestimmte Delikte, führte u.a. für Hochverrat und Brandstiftung die Todesstrafe ein.

Die Reichstagsbrandverordnung gab der von Hitler geführten Regierung eine scheinbar legale Grundlage zur Gleichschaltung der Länder und zur Verfolgung von tatsächlichen oder angeblichen Gegnern des Nationalsozialismus; allein 1933 kam es aufgrund der Reichstagsbrandverordnung zu 3.584 Strafverfahren mit 3.133 Verurteilungen. V.a. aber beseitigte die Reichstagsbrandverordnung wesentliche Elemente des Rechtsstaates und bildete so zusammen mit dem Ermächtigungsgesetz vom 24.3.33 die gesetzliche Grundlage der nationalsozialistischen Diktatur.<<

Die amtliche Mitteilung des preußischen Pressedienstes vom 28. Februar 1933 über den Reichstagsbrand lautete (x191/58): >>Diese Brandstiftung ist der bisher ungeheuerlichste Terrorakt des Bolschewismus in Deutschland.

Unter den Hunderten von Zentnern Zersetzungsmaterial, das die Polizei bei der Durchsuchung des Karl-Liebknecht-Hauses (der KPD) entdeckt hat, fanden sich die Anweisungen zur Durchführung des kommunistischen Terrors nach bolschewistischem Muster. Hiernach sollen Regierungsgebäude, Museen, Schlösser und lebenswichtige Betriebe in Brand gesteckt werden. ... Der Brand des Reichstages (sollte) das Fanal zum blutigen Aufruhr und zum Bürgerkrieg sein.<<

Goebbels berichtete am 28. Februar 1933 in seinem Tagebuch (x191/57): >>... Es erfolgen Verhaftungen über Verhaftungen. Nun wird die rote Pest mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Widerstand zeigt sich nirgendwo. Das gegnerische Lager scheint durch unser plötzliches und scharfes Durchgreifen so verblüfft zu sein, daß es sich gar nicht mehr zu wehren wagt.<<

Die SPD-Zeitung "Vorwärts" wurde am 28. Februar 1933 durch das NS-Regime verboten.

Die deutsche Historikerin Sibylle Obenaus schrieb später über die SPD-Zeitung "Vorwärts" (x051/614-615): >>Vorwärts (Untertitel: "Berliner Volksblatt, Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands"), 1891 in Berlin gegründete Zeitung, Herausgeber bis 1900 Wilhelm Liebknecht, dann ein Kollektivgremium; erschien ab 1902 im gleichnamigen Verlag; Auflage 1914: 154.000.

Nach der 1916 erfolgten Spaltung der SPD war Stampfer mit kurzer Unterbrechung 1919 bis 33 Chefredakteur des "Vorwärts". Ab 1.10.22 trug der "Vorwärts" eine Zeitlang den Untertitel: "Zentrales Organ der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands", ab 29.6.32 das Emblem der Eisernen Front (drei schwarze Pfeile auf weißem Grund) im Titelpopf. Auflage Ende 1918: 400.000, 1933: 100.000.

Der "Vorwärts" wurde durch die Reichstagsbrandverordnung zunächst auf vier Wochen verboten, dann endgültig unterdrückt. Letzte gedruckte, nicht mehr ausgelieferte Nummer in Preußen: 28.3.33.

Als Exilzeitung der SPD erschien ab 18.6.33 in Prag der "Neue Vorwärts". Chefredakteur war wieder Stampfer, 1935-40 Curt Geyer zusammen mit Stampfer und Hilferding als führende regelmäßige Mitarbeiter; Auflage 1935: 10.000. Die vom 29.10.33 bis März 38 erscheinende illegale Verbreitung in Deutschland erhielt den Titel: "Sozialistische Aktion". Chefredakteur war Paul Hertz, Auflage 1934/35: 10.000-25.000. Ab 1938 erschien der "Neue Vorwärts" vierzehntägig in Paris, Auflage: ca. 5.000. Nach der deutschen Besetzung mußte er 1940 sein Erscheinen einstellen. Letzte Nummer: 12.5.40.<<

Carl von Ossietzky, der Redakteur der "Weltbühne", der sich stets weigerte, vor den Nazis zu fliehen, wurde nach dem Reichstagsbrand im Februar 1933 verhaftet und bis zu seinem Tod als "Staatsfeind" interniert. Als von Ossietzky später den Friedensnobelpreis erhielt, durfte er die Auszeichnung nicht annehmen.

Die NS-Ortsgruppe Thalburg rief am 3. und 4. März 1933 in den "Thalburger Neusten Nachrichten" zur Wahl der NSDAP auf (x023/129): >>Einwohner von Thalburg. Ihr wollt in Ruhe und Frieden Eurer Arbeit nachgehen! Ihr habt das freche Auftreten des SPD- und KPD-Gesindels satt! Die roten Senatoren, Bürgermeister und Reichsbannergeneräle mit ihrem bewaffneten Klüngel wünscht ihr zum Teufel!

Denkt an das schandbare Auftreten dieser Horden vor einem Jahre! Die roten Herren ... machten in Bürgerkrieg. ... In den Baracken warteten vertierte Kommunisten mit Militärgewehren bewaffnet ... auf die Blutarbeit in den Straßen Thalburgs. Thalburg sollte in Blut und Grauen versinken.

Hitler war Euer Retter! Die NSDAP, die SA, die SS kämpfen auch hier in Thalburg für Euch! Morgen ist der Tag der erwachenden Nation! Das deutsche Volk dankt an der Wahlurne dem

großen Führer für seine Rettung in letzter Stunde! Es wird ein Brausen durch Deutschland gehen! Deutschland wählt Liste 1.

Heil Hitler! Ortsgruppe Thalburg der NSDAP.<<

Der "März-Wahlkampf" im Jahre 1933 stand bereits eindeutig im Zeichen des NS-Terrors. Zahlreiche politische Gegner wurden gewaltsam durch die Sturmabteilung (SA) unterdrückt, verhaftet oder mißhandelt. Der Rundfunk sendete fortwährend Hitler-Reden und NS-Propaganda. In manchen Landesteilen wurden Zeitungen und Versammlungen der NS-Gegner verboten.

Der damalige preußische Innenminister Hermann Göring drohte damals in einer Wahlrede (x059/75): >>... Ich habe keine Gerechtigkeit auszuüben, sondern nur zu vernichten und auszurotten. Ich werde die Macht des Staates bis zum äußersten gebrauchen, meine lieben Kommunisten! ...<<

Der "Daily Express" berichtete am 3. März 1933 (x023/71): >>Wenn die kommunistische Gefahr beseitigt ist, wird die normale Ordnung der Dinge zurückkehren.<<

Bei der letzten "freien Reichstagswahl" am 5. März 1933 erhielt die NSDAP trotz großer Massenarbeitslosigkeit (fast 6,0 Millionen Arbeitslose und mehrere Millionen Kurzarbeiter) "nur" 43,9 % aller Wählerstimmen bzw. 288 Mandate, so daß Hitler nur mit Hilfe von radikalen Bundesgenossen "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" (DNVP = 8,0 %) die "einfache Mehrheit" von 51,9 % erreichte.

Da spätestens seit dem 28. Februar 1933 diktatorische Machtverhältnisse herrschten (Einschränkung der Grundrechte, Ausnahmezustand, Parteienverbot, SA- Straßenterror etc.), zählte die Wahl vom 5. März 1933 bereits nicht mehr zu den demokratischen und freien Wahlen.

Die deutschen Reichstagswahlen von 1928-33 (x089/413):

Parteien	Mandate 1928	%	Mandate 1930	%	Mandate Juli 1932	%	Mandate November 1932	%	Mandate März 1933	%
NSDAP	12	2,6	107	18,3	230	37,3	196	33,1	288	43,9
DNVP	73	14,2	41	7,0	37	5,9	52	8,3	52	8,0
SPD	153	29,8	143	24,5	133	21,6	121	20,4	120	18,3
Zentrum	62	12,1	68	11,8	75	12,5	70	11,9	74	11,2
DVP (Liberales)	45	8,7	30	4,5	7	1,2	11	1,9	2	1,1
KPD	54	10,6	77	13,1	89	14,3	100	11,9	81	12,3
Sonstige	<u>92</u>	22,0	<u>111</u>	20,8	<u>37</u>	7,2	<u>34</u>	7,5	<u>30</u>	5,2
Gesamt	<u>491</u>		<u>577</u>		<u>608</u>		<u>584</u>		<u>647</u>	

Joseph Goebbels berichtete am 5. März 1933 (x032/25): >>Wir sind die Herren im Reich und in Preußen; alle anderen sind geschlagen zu Boden gesunken. Eine lange Arbeit wird mit letztem Erfolg gekrönt. Deutschland ist erwacht.<<

Die "Bergwerkszeitung" berichtete am 5. März 1933 über den Reichstagsbrand (x032/25): >>Der Bau ist nicht mehr zu retten, aber der Geist, der ihn zerstört hat, kann noch ausgerottet werden, ehe es zu spät ist und ganz Deutschland ein Opfer blindwütiger Verneinung fanatischer Hirngespinnste wird.<<

Der ehemalige preußische Ministerpräsident Otto Braun floh bereits am 5. März 1933 ins Exil in die Schweiz.

Der SPD-Parteivorstand erklärte am 6. März 1933 nach der verlorenen Reichstagswahl (x032/25): >>... Unerschüttert, kampferprobt, gerüstet steht die Partei. Neue große Anforderungen wird die nächste Zeit an die SPD stellen. Wir sind ihnen gewachsen. Der Kampf um die Wiedereroberung der Bewegungsfreiheit der Arbeiterschaft, um ihr politisches Recht geht

weiter.

Haltet der Partei die Treue!<<

Reichsinnenminister Göring erklärte am 11. März 1933 während einer Rede in Essen (x129/-33-34): >>Ich habe erst angefangen zu säubern, es ist noch längst nicht fertig. Für uns gibt es zwei Teile des Volkes; einen, der sich zum Volk bekennt, ein anderer Teil, der zersetzen und zerstören will.

Ich danke meinem Schöpfer, daß ich nicht weiß, was objektiv ist. Ich bin subjektiv. Ich stehe einzig und allein zu meinem Volke, alles andere lehne ich ab.

Wenn sie sagen, die Bevölkerung ist in furchtbarer Erregung, weil jüdische Warenhäuser vorübergehend geschlossen waren, so frage ich: Ist es nicht natürlich, wenn wir Deutsche endlich erklären: Kauft nicht beim Juden, sondern beim deutschen Volk.

Ich werde die Polizei rücksichtslos einsetzen, wo man das deutsche Volk zu schädigen weiß. Aber ich lehne es ab, daß die Polizei eine Schutztruppe jüdischer Warenhäuser ist. Es muß endlich einmal der Unfug aufhören, daß jeder Gauner nach der Polizei schreit. Die Polizei ist nicht dazu da, die Gauner, Strolche, Wucherer und Verräter zu schützen.

Wenn sie sagen, da und dort sei einer abgeholt und mißhandelt worden, so kann man nur erwidern: Wo gehobelt wird, fallen Späne.

Wir haben jahrelang die Abrechnung mit den Verrätern angekündigt. Ruft nicht soviel nach Gerechtigkeit, es könnte sonst eine Gerechtigkeit geben, die in den Sternen steht und nicht in euren Paragraphen! Und wenn diese Gerechtigkeit leuchtet, ist euer Ende gekommen.

Man klagt über die Unterdrückung von Zeitungen. Wundert euch das? Mich wundert, daß sie noch existieren. Ich würde pflichtwidrig handeln, wenn ich länger dieses Gift ins Volk hineinträufeln ließe.

Wenn wir auch vieles falsch machen, wir werden jedenfalls handeln und die Nerven behalten. Lieber schieße ich ein paarmal zu kurz oder zu weit, aber ich schieße wenigstens.<<

Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtete am 11. März 1933 (x243/47): >>Flaggenhissung auf dem Rathaus ... unter Führung von (SA-)Sturmabteilführer Sch. ...

Da, wo am 9. November 1918 die roten Fahnen hingen, (wurde) die Hakenkreuzfahne gehißt.

...

Einziehung von 50 Mann Hilfspolizei, die sich aus SA, SS und Stahlhelm rekrutieren. ...<<

Seit dem 13. März 1933 kontrollierte, "säuberte" und dirigierte Josef Goebbels, NS-Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, sämtliche Informationsmedien (Presse, Buchwesen, Rundfunk, Film) und andere kulturelle Einrichtungen.

NS-Propaganda

Die NS-Propaganda richtete sich konsequent nach Hitlers Grundsätzen, die er in seinem Buch "Mein Kampf" festgelegt hatte. Da die Aufnahmefähigkeit der großen Masse nur sehr beschränkt, das Verständnis klein, dafür die Vergeßlichkeit jedoch groß wäre, sollte sich die NS-Propaganda nur auf wenige Punkte beschränken und diese ständig schlagwortartig wiederholen, um die entsprechenden Propagandaziele wirkungsvoll zu erreichen.

Die allgegenwärtige Propaganda verbreitete danach während der NS-Diktatur unaufhörlich ihre unkontrollierbaren NS-Thesen, die aus Lügen, Halbwahrheiten und Tatsachen bestanden. Da Goebbels erstmalig den Rundfunk einsetzen wollte, erhielten die deutschen Volksgenossen zunächst preiswerte Radios. Bereits 1933/34 verkaufte das NS-Regime mehr als 1,0 Millionen "Volksempfänger" zum Stückpreis von 76 RM. Die NS-Kommunikationsmedien bedienten in erster Linie den ordinären Pöbelgeschmack sowie die einfache Mittelmäßigkeit und verherrlichten unentwegt die primitivsten Instinkte der Menschen.

Der "Kulturdiktator" Goebbels (1897 in Rheydt geboren, sollte ursprünglich katholischer Priester werden) war ein begabter Propagandaexperte, der den "führerlosen" Massen ein jahrzehntelang entbehrtes Zusammengehörigkeitsgefühl vermittelte. Die NS-Propaganda war insge-

samt eine unwürdige Form der systematischen Volksverdummung, die aber damals durch die völlige Knebelung der Gedankenfreiheit (Bücherverbrennungen usw.) und wegen fehlender Vergleichsmöglichkeiten äußerst erfolgreich eingesetzt werden konnte.

Das NS-Regime verbreitete unentwegt Antithesen: "Rassemenschen", "Untermenschen", "Stimme des Blutes", "Tatmensch", "Führertum", "diktatorischer Wille".

Jeder Unsinn durfte ungestraft behauptet werden, wenn er nur die sogenannte "NS-Rassenpolitik" unterstützte. Die NS-Weltanschauung wurde andauernd durch gewaltige Großkundgebungen, endlose Massenaufmärsche, Fackelzüge und dauernde Parteiveranstaltungen werbewirksam verbreitet und fand überall viele begeisterte Anhänger.

Ein Gegner des NS-Regimes berichtete später (x191/188): >>Den Untertanen wurde, damit sie bequem zu erreichen waren, der Volksempfänger aufgeschwätzt; Gemeinschaftsempfänge wurden veranstaltet, denen kein Beamter, Angestellter und Arbeiter fernbleiben konnte; auf öffentlichen Plätzen wurden Lautsprecher angebracht; in den Arbeitssälen der Betriebe kamen sie nicht zum Schweigen. Wer seinen eigenen Apparat nicht aufdrehte, vernahm aus der Wohnung des Nachbarn oder von der Straße her das Geplärr. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Volksempfänger" (x051/610): >>Volksempfänger, offizielle Bezeichnung für ein technisch einfaches, durch Verzicht auf Zierrat schlicht gestaltetes Rundfunkgerät, das 1933 auf Veranlassung des Propagandaministeriums entworfen und gebaut wurde.

Durch Standardisierung und Großserienfertigung konnte der damals übliche Preis von RM 200 bis 400 für ein Radio auf RM 76 (einschließlich Antenne) gesenkt werden. Der Volksempfänger besaß nur einen Mittelwellenteil, so daß ausländische Sender kaum zu empfangen waren, durch den niedrigen Preis war er jedoch für die meisten deutschen Haushaltungen erschwinglich (die Ausstattung mit Rundfunkgeräten erhöhte sich von 25 % 1933 auf 65 % 1941).

Hinter der Förderung des Volksempfängers stand die Ansicht des Propagandaministers Goebbels, der den Rundfunk für das "allerwichtigste Massenbeeinflussungsinstrument" hielt.<<

Goebbels schrieb später über die Aufgaben seines Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda (x149/77): >>Es genügt nicht, die Menschen mit unserem Regiment mehr oder weniger auszusöhnen, sie zu bewegen, uns neutral gegenüber zu stehen, sondern wir wollen die Menschen so lange bearbeiten, bis sie uns verfallen sind. ...

Im Laufe der Zeit haben sich auf allen Gebieten, namentlich der Technik, revolutionäre Umwälzungen vollzogen. wir leben heute im Zeitalter des Rundfunks, der großen Massendemonstrationen; Massenaufmärsche von hundert-, zweihundert- oder dreihunderttausend Menschen sind für uns nichts Unerreichbares mehr. ...

Wir leben nun einmal in dem Zeitalter, wo Massen hinter einer Politik stehen müssen. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über das "Propagandaministerium" des NS-Regimes (x051/457): >>Propagandaministerium, übliche Kurzbezeichnung für das am 13.3.33 unter Goebbels gebildete Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (Promi).

Das Propagandaministerium bezog seine Kompetenzen aus verschiedenen Ressorts und sollte Hitlers Vorstellungen von wirkungsvoller Propaganda, wie er sie in "Mein Kampf" beschrieben hatte, umsetzen. Dazu gehörten zunächst einmal die Gleichschaltung aller Meinungsproduzenten (Presse, Rundfunk, Film) und die Monopolisierung des Kulturbetriebs (Literatur, Theater, Kunst, Musik). Hebel dazu wurde das Gesetz vom 22.9.33 über die Zusammenfassung aller "Kulturschaffenden" in Körperschaften öffentlichen Rechts unter dem Dach einer Reichskulturkammer, deren Präsident Goebbels wurde.

Über Berufsverbote und Zensur leistete sie defensive Propaganda durch Filterung; der offensiven Darstellung des Regimes z.B. in den Massenmedien dienten die verschiedenen Formen

von Presseanweisungen, die über die Landesstellen des Propagandaministeriums (ab 1937 Reichspropagandaämter) bis in alle Winkel des Reiches durchgesetzt wurden. Hinzu kamen die pompösen Inszenierungen bei Reichsparteitagen oder anlässlich der nationalsozialistischen Feiern und die Ausgestaltung des Führerkultes.

Zwar gelang es Goebbels nie ganz, konkurrierende Instanzen (Auswärtiges Amt, Wehrmacht u.a.) auszuschalten, doch sorgte sein hoher Rang in der nationalsozialistischen Hierarchie für Mitsprache des Propagandaministeriums in allen Fragen der Meinungslenkung. Das monolithische Bild des Dritten Reiches, das bis in die Gegenwart nachwirkt, ist sein Werk.<<

Die deutsche Historikerin Sibylle Obenaus schrieb später über die "Propaganda" des NS-Regimes (x051/458-460): >>Propaganda. Zur Sicherung und Behauptung nationalsozialistischer Herrschaft spielte die Propaganda eine zentrale Rolle. Sie galt innenpolitisch als wichtigstes Mittel, die Machtansprüche der NSDAP sowie ihre ideologischen und politischen Vorstellungen bei der gesamten Bevölkerung durchzusetzen, sie zu indoktrinieren, total zu erfassen und im Sinne des Regimes zu manipulieren.

Dabei gelang es teilweise, möglichen Widerstand zu vermeiden, da auf bereits vorhandene autoritäre Einstellungen und auf Aversionen breiter Bevölkerungsschichten gegen Minoritäten, z.B. auf einen latenten Antisemitismus, zurückgegriffen werden konnte, doch war auch "das Element des Zwanges" bis hin zum Terror notwendiger Bestandteil der nationalsozialistischen Propaganda (J. Hagemann): galt es doch, die Alleinherrschaft pseudodemokratisch und pseudoplebiszitär zu legitimieren und alle abweichenden Meinungen und Haltungen an ihrer öffentlichen und privaten Artikulation und Repräsentation zu hindern bzw. sie zu eliminieren. Alle "Volksgenossen" und "Volksgenossinnen" hatten als "Volksgemeinschaft" sich der sogenannten Meinungsführung bedingungslos zu unterwerfen.

Propaganda war aber nicht nur innenpolitisches Führungsinstrument des Regimes, sondern zugleich – besonders im Krieg – außenpolitisches Machtmittel der Staatsführung. So hatte, nach einer Goebbels'schen Tagebuchformulierung vom 10.5.42, Nachrichtenpolitik im Krieg der Kriegführung, nicht der Information zu dienen.

Die Maxime des Handelns nach der Machtergreifung ergab sich aus Hitlers Feststellung in "Mein Kampf": "Der Sieg einer Idee wird um so eher möglich sein, je umfassender die Propaganda die Menschen in ihrer Gesamtheit bearbeitet und je ausschließlicher, straffer und fester die Organisation ist, die den Kampf schließlich durchführt."

Mit Goebbels' schon am 13.3.33 durch Reichspräsidentenerlaß gegründetem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda nebst seinen Landesstellen in den Gauen (seit 1937 Reichspropagandaämtern) wurde zunächst die "Allgegenwart der Beeinflussung organisatorisch sichergestellt", wie es Reichssendeleiter Hadamovsky später formulierte.

Bei den leitenden Beamten aller Instanzen war dabei die Kombination von staatlichen und parteiamtlichen Kompetenzen Prinzip, um ein Höchstmaß an totaler Erfassung zu gewährleisten, so wie auch Minister Goebbels selbst als Präsident der Reichskulturkammer und als Reichspropagandaleiter der NSDAP Staats- und Parteifunktionen in sich vereinigte.

Die Propaganda mußte nach Goebbels' Vorstellungen "Innen-, Kultur-, Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik umfassen", d.h. auch bisherige Aufgabenbereiche anderer Ministerien. Nähere Feststellungen darüber traf eine Verordnung Hitlers vom 30.6.33.

Es ist Goebbels nur teilweise gelungen, sich in ständigem Konkurrenzkampf auch tatsächlich in allen geforderten Bereichen durchzusetzen. Zwar blieb er die Zentralfigur der nationalsozialistischen Propagandamaschinerie, die mittels der Reichskulturkammer das gesamte nationale Kulturleben kontrollierte, wichtige Kompetenzen aber beanspruchten und erhielten auch andere Partei- und Staatsstellen.

So wurde Rusts Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung die Kontrolle der Lehrer und Fakultäten der Kunstakademien entzogen (15.5.35), es gelang Goebbels jedoch

nicht, die Aufsicht über die Universitäten in seine Hand zu bekommen.

Langwierige Machtkämpfe gab es mit Rosenbergs Amt für Schrifttumspflege beim Beauftragen des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP und ebenso Funktionsüberschneidungen mit Bouhlers Parteiamtlicher Prüfungskommission.

Zu Dauerkonflikten kam es schließlich mit dem Auswärtigen Amt, dem Reichskriegsministerium und der Wehrmacht. Die Verordnung vom 30.6.33 über die Aufgaben des Propagandaministers legte ausdrücklich fest, daß aus dem Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes "Nachrichtenwesen und Aufklärung im Auslande, Kunst, Kunstaustellungen, Film- und Sportwesen im Auslande" auf das Propagandaministerium überzugehen habe.

Auf dem Pressesektor konnte sich aber das Auswärtige Amt mit seiner "Diplomatischen Korrespondenz", Nachrichtenmaterial, das Goebbels über sein Deutsches Nachrichtenbüro verbreiten mußte, und mit seiner Pressekonferenz für die Auslandskorrespondenten erfolgreich behaupten, während Goebbels sich als allein zuständige Behörde für den Auslandsrundfunk durchsetzte.

Eine schwere Niederlage für den Propagandaminister war dann der Führererlaß vom 8.9.39, der dem Auswärtigen Amt unter Ribbentrop nach Kriegsausbruch die verantwortliche Führung der Auslandspropaganda übertrug. Das Propagandaministerium hatte nur den vorhandenen Apparat zur Verfügung zu stellen, die Propagandaeinrichtungen des Auswärtigen Amtes sollten nicht mehr ausgebaut werden. Dennoch dauerten die Rivalitäten weiter an, beide Ministerien versuchten außerdem gegenseitig, sich aus dem Auslandsrundfunk herauszudrängen. Die Propaganda für die besetzten Ostgebiete fiel schließlich an Rosenbergs Ministerium.

Zwischen Propagandaministerium und Kriegsministerium und Wehrmacht ging es um den Einfluß bei den ab 1936 aufgebauten Propagandakompanien und um "die Durchführung der Propaganda im Kriege". Man einigte sich in einem Abkommen 1938, daß "der Propagandakrieg ... als ... dem Waffenkrieg gleichrangiges Kriegsmittel" anzusehen sei und vom Propagandaministerium eigenverantwortlich in der Heimat, im Frontbereich aber abgestimmt mit dem OKW geführt werden sollte.

Die Wehrmacht erhielt das Monopol der militärischen Berichterstattung bis kurz vor Kriegsende, das Propagandaministerium stellte einen Teil der Fachleute. Die ersten Propagandakompanien wurden am 1.4.39 unter dem Befehl der neu geschaffenen Abteilung Wehrmachtpropaganda zusammengefaßt und dem Wehrmachtführungsamt (ab 8.8.40 Wehrmachtführungsstab) angegliedert.

Hier entstand u.a. auch der tägliche Wehrmachtbericht, von dessen Abfassung Goebbels ausgeschlossen war. Er konnte allenfalls Richtlinien für die Behandlung in den Medien erteilen. Noch im September 43 versuchte er vergeblich, bei Hitler die Übertragung der Wehrmachtpropaganda auf sein Ministerium zu erreichen.

Kompetenzstreitigkeiten, Machtkämpfe und Überorganisation erschwerten zwar in der Praxis ein einheitliches propagandistisches Vorgehen und konnten von Gegnern ausgenutzt werden, im Wesentlichen aber gelang es v.a. Goebbels durchaus, die Propaganda "zu einer der tragenden Säulen nationalsozialistischer Herrschaft und Machtausweitung" zu machen (Boelcke).

Neben den umfassenden Kontroll- und Lenkungsapparaten spielten dabei Inhalte und nach massenpsychologischen Erkenntnissen entwickelte Methoden der Propaganda eine wichtige Rolle.

Die nationalsozialistische Propaganda bediente sich primitivster Klischees, suggestiver Schlagworte und Parolen ("Ein Volk, ein Reich, ein Führer", "Die Juden sind unser Unglück") und folgte dem Prinzip der ständigen Wiederholung einfachster Gedankengänge und Sachverhalte, die sich im behaupteten beschränkten Verständnis der Massen einprägen sollten. Es wurde an Massen- und Klasseninstinkte, weniger an den Intellekt appelliert.

Die Propaganda baute unter Rückgriff auf bereits vorhandene Vorurteile der Bevölkerung Feindbilder auf und hämmerte sie in das Bewußtsein, so den "Popanz der jüdisch-plutokratisch-bolschewistischen Weltverschwörung" (J. Hagemann), mit dem sämtliche innen- und außenpolitische Gegner je nach Bedarf identifiziert werden konnten.

Maßgebend beteiligt war sie an der Herstellung des Führermythos und sie schuf in der Gestalt von Horst Wessel ein Symbol der Bewegung, das "zu einem wesentlichen Bestandteil der Zukunftsvisionen des Nationalsozialismus wurde" (Bramsted).

Geschichtliche Parallelen wurden bemüht und zur Indoktrinierung herangezogen und innen- und außenpolitische Vorgänge verschwiegen oder verschleiert, wenn sie das propagandistische Konzept störten.

Alle Propagandainstrumente wurden möglichst überall und gleichzeitig eingesetzt, um auf das Publikum einzuwirken: Rede, Tagespresse, Bücher, Film und Rundfunk, wobei ihre Bedeutung an dem Grad des jeweils mit ihnen zu erreichenden Einflusses gemessen wurde. Das gesprochene Wort wog höher als das geschriebene, der direkte Kontakt mit den Massen sollte hergestellt werden. Folgerichtig wurden so auch die modernen Massenmedien Rundfunk und Film neben der Presse zu "publizistischen Führungsmitteln im Dienste der Volksführung" erklärt.

Die Deutsche Wochenschau, die der persönlichen Kontrolle Goebbels' und zeitweise sogar Hitlers unterstellt war, wurde z.B. "der gegebene Ort propagandistischer Einwirkung, um die Welt des Führers allen Volksgenossen nahe zu bringen und sein Wesen als Verkörperung des gesamtdeutschen Seins fühlbar werden zu lassen" (Ludwig Heyde).

Neben der sozusagen selbstverständlichen alltäglichen Allgegenwart der nationalsozialistischen Propaganda, neben den obligatorischen Aufmärschen, den alljährlichen Führergeburtstags-, Sonnwend- und 9.-November-Feiern, ... den Erntedankfesten und Winterhilfswerk-Eröffnungen gab es für aktuelle politische Ziele und Zwecke inszenierte Propagandaaktionen und Propagandafeldzüge, die erst in wenigen Fällen genauer analysiert worden sind.

So waren im Bereich des katholischen Kirchenkampfes die 1936/37 gegen katholische Geistliche und Laienbrüder geführten rund 250 Sittlichkeitsprozesse vorgeschobener Anlaß und Objekt eines "ebenso gewaltigen und spektakulären wie riskanten Propagandafeldzuges" (Hockerts) mit dem Ziel, den Zusammenhalt von Kirchengemeinde und Amtskirche zu erschüttern. 1938 ging es um die innen- und außenpolitische propagandistische Vorbereitung, Unterstützung und Begleitung der sogenannten Sudetenkrise.

Die sich mehrere Monate lang hinziehenden konzertierten Aktionen des Propagandaministeriums nach der Kristallnacht schließlich hatten nur vordergründig die Aufgabe, der ausländischen Kritik entgegenzutreten und die getroffenen antisemitischen Maßnahmen zu rechtfertigen; sie dienten ebenso der Verschleierung der tatsächlichen Geschehnisse: Arisierungen kamen nicht an die breite Öffentlichkeit, Auswanderungszahlen wurden nicht genannt, die Verschleppung in die Konzentrationslager verschwiegen.

Es verstand sich von selbst, daß über die Inszenierung solcher Aktionen sowie über die angewandten Techniken und Praktiken der Propaganda möglichst nichts an die Öffentlichkeit dringen durfte, um ihre Wirksamkeit nicht zu gefährden und Desillusionierungen zu vermeiden.

Erfolgreiche Propagandaarbeit aber setzte auch Kenntnisse über Stimmungen und Haltungen der Bevölkerung oder von Bevölkerungsgruppen voraus, die man gezielt ansprechen und beeinflussen wollte. Hier orientierten sich Goebbels und andere an geheimen Lageberichten aus den verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens, wie sie von Staats- und Parteistellen, ab 1935 vor allem vom SD, angefertigt wurden. ...<<

Goebbels berichtete am 15. März 1933 in seinem Tagebuch (x191/188): >>Ich spreche zum ersten Mal vor der Pressekonferenz. Entwickle die Richtlinien einer neuen, modernen Zei-

tungspolitik. Auch hier muß gründlich aufgeräumt werden. Viele von denen, die hier sitzen, um öffentliche Meinung zu machen, sind dazu gänzlich ungeeignet. Ich werde sie bald ausmerzen.<<

Die deutsche Historikerin Sibylle Obenaus schrieb später über die "Presse" während des NS-Regimes (x051/454-455): >>Presse, im Dritten Reich Herrschaftsmittel und Indoktrinationsinstrument der Staatsführung zur Verwirklichung ihrer politischen Ziele und Interessen, nicht mehr freier Träger öffentlicher Meinung.

Pressefreiheit wurde als liberalistische Verirrung diffamiert, Journalisten (Schriftleiter-)tätigkeit als Aufgabe im Dienst von Volk und Staat definiert, die Ausübung des Verlegerberufs an Zuverlässigkeit und Eignung im Sinne des Nationalsozialismus geknüpft.

Ziel der nationalsozialistischen Pressepolitik war es, sämtliche publizistische Produkte und ihre Produzenten politisch und möglichst auch ökonomisch in die zentrale Abhängigkeit des Staates zu bringen und so die Öffentlichkeit zu beherrschen. Nach der endgültigen Suspendierung des in der Endphase der Weimarer Republik schon durch Notverordnungen eingeschränkten Grundrechts der Pressefreiheit durch die Reichstagsbrandverordnung und Unterdrückung der Links-Presse wurden Presselenkung und -kontrolle von der Presseabteilung im Propagandaministerium organisiert und koordiniert.

Unter Staatssekretär Funk, 1938 unter dessen Nachfolger O. Dietrich, beide in Personalunion zugleich Pressechefs der Reichsregierung, Dietrich auch Reichspressechef der NSDAP, wurde sie seit 29.5.33 - März 36 von Kurt Jahncke, 1936 - November 38 von Alfred-Ingemar Berndt, dann von Fritzsche und von November 42 an von Erich Fischer geleitet.

Nachrichtenmaterial mußte vom Deutschen Nachrichtenbüro (DNB) und der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz (NSK) bezogen werden. Mündlich instruiert wurden die großen deutschen Tageszeitungen auf der Berliner Pressekonferenz, Presseanweisungen an die Provinzblätter erfolgten über die Reichspropaganda-Ämter.

Außerdem gab es Zeitschriftenkonferenzen, Kultur- und Wirtschaftspressekonferenzen und Sonderkonferenzen bei besonderen Anlässen; unverkennbar ist bereits vor dem Krieg die Entwicklung zu einer immer mehr ins Einzelne gehenden Reglementierung. Für die Anweisung von Zeitschriften wurde 1939 der Zeitschriftendienst organisiert. Mit dem 26.8.39 kam die Einführung der militärischen Zensur.

Das Schriftleitergesetz band die leitenden Redakteure an die staatlich verfügte Pressepolitik. Die berufsständische Zwangsorganisation von Journalisten und Verlegern war innerhalb der Reichskulturkammer die Reichspressekammer. Im ökonomischen Bereich wurde schrittweise die Konzentration fast aller Presseverlage in der Hand der NSDAP erreicht.

Entschädigungslos zu Gunsten der Parteipresse enteignet wurden die Presseunternehmungen von SPD, KPD und Gewerkschaften, die bürgerlichen aber anfangs noch in gewissem Umfang toleriert, da die von radikalen Parteigruppen geforderte sofortige Ablösung durch die Parteipresse noch nicht zu leisten war und außen- wie innenpolitische Rücksichten, z.B. auf die deutsch-nationalen Interessen, mitspielten. Es folgten die Sanierung und Reorganisation der Parteipresse und 1935 die Errichtung der Reichspresseschule in Berlin zur Ausbildung des journalistischen Nachwuchses.

Mittel zur systematischen Liquidierung noch konkurrierender Privatverlage der katholischen Presse und der Provinzpresse sowie der Konzerne der Generalanzeiger-Presse wie Huck, Girardet und Leonhardt waren dann die Amann-Verordnungen vom 24.4.35. Sie ermöglichten Zwangsschließungen und kaschierten Aufkäufe über scheinbar neutrale Holding- und Finanzierungsgesellschaften, die Amanns Stabsleiter R. Rienhardt und M. Winkler organisierten. Nur Teile des Hugenberg-Konzerns blieben bis 1944 bestehen.

Drei teils politische, teils kriegsbedingte Zeitungsstillegungsaktionen (Mai 41, Februar/April 43, Juli/August 44) reduzierten schließlich den Anteil privateigener Zeitungen an der

Reichsaufgabe Oktober 44 auf 17,5 %. Auch die wenigen Wochenzeitungen und Illustrierten, die es 1944 noch gab, befanden sich sämtlich in Parteibesitz. Die Zeitschriften wurden bis auf einen geringen Rest eliminiert (Oktober 44 auf 10 % des Bestands von 1939).

Schwächen der Presselenkung waren begründet im charakteristischen Strukturprinzip des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, Funktionen bis zur Unüberschaubarkeit aufzusplitteln und auf allen Ebenen die Personalunion von Partei- und Staatsfunktionären herzustellen. Die Folge waren Kompetenzüberschneidungen und Rivalitäten, so v.a. zwischen Goebbels, Amann und Dietrich oder zwischen Propagandaministerium und Auswärtigem Amt. Im Wesentlichen aber wurde das Ziel einer gleichgeschalteten Öffentlichkeit ungeachtet des Widerstands kleiner Gruppen auf dem Pressesektor erreicht.

Das Ergebnis war eine schon früh von Goebbels selbst beklagte Uniformität der Presse in Aussage und Aufmachung, die vor 1939 zur Leserflucht aus den reglementierten Presseorganen führte; erst das erhöhte Informationsbedürfnis im Krieg ergab wieder Auflagensteigerungen.

Um einzelne Bevölkerungsgruppen und das Ausland zu gewinnen, wurde deshalb in streng fixierten Grenzen offiziell zum Zweck der Manipulation ein gewisser "Meinungspluralismus" geduldet. Differenziertere Äußerungsweisen der Presse zu aktuellen Fragen und politischen Situationen sind in diesem Zusammenhang zu sehen: Ein Spiel mit verteilten Rollen wurde inszeniert, in dem noch verbliebene bürgerliche Presseorgane wie die "Frankfurter Zeitung" oder nationalsozialistische Neugründungen wie "Das Reich" ebenso eingeplant waren wie "Der Stürmer" und "Das Schwarze Korps".<<

Hitler ließ am 17. März 1933 zu seinem persönlichen Schutz die Leibstandarte SS Adolf Hitler (LAH) in Berlin aufstellen.

Es handelte sich bei dieser bewaffneten Leibwache Hitlers um eine militärische Elitetruppe.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Leibstandarte-SS Adolf Hitler" (x051/349): >>Leibstandarte-SS Adolf Hitler (LAH), am 17.3.33 aus 120 Mann der ehemaligen Münchener Leibwache Hitlers gebildete bewaffnete SS-Truppe, zunächst unter der Bezeichnung SS-Stabswache Berlin, dann Wachbataillon Berlin und ab September 33 Leibstandarte-SS "Adolf Hitler", kaserniert in der ehemaligen Hauptkadettenanstalt Berlin-Lichterfelde.

In erster Linie für den persönlichen Schutz Hitlers zuständig, übernahm die LAH unter ihrem Kommandeur Josef ("Sepp") Dietrich (bis Juli 43) auch Sicherungsaufgaben und diente als Repräsentationsgarde des Dritten Reiches (u.a. Innendienst in der Reichskanzlei). Sie wurde am 9.11.33 auf Hitler persönlich vereidigt und so gegen die Verfassungsbestimmungen Privatarmee des Reichskanzlers.

Mit Unterstützung der Reichswehr übernahm sie in der Röhm-Affäre die Hauptaufgaben bei der Verhaftung und Liquidierung der SA-Führer in Bayern und Berlin. Ihr "Erfolg" bei dieser polizeistaatlichen Aktion führte zum Zusammenschluß mit den Politischen Bereitschaften zur SS-Verfügungstruppe, in deren Rahmen die LAH bis 1938 auf die Stärke eines motorisierten Infanterieregiments gebracht wurde.

Nach dem Polenfeldzug in die Waffen-SS eingegliedert, wurde die LAH 1940 Brigade und 1941 Division (9.9.42 SS-Panzer Grenadierdivision, Februar 44 1. SS-Panzerdivision). Sie galt in der Waffen-SS als Elitetruppe und machte durch oft überharte Kampfführung auf allen Kriegsschauplätzen von sich reden. Ihr Ende kam im April 45 in Österreich.<<

Goebbels erläuterte am 18. März 1933 die künftigen Aufgaben der Presse (x239/56): >>Meine Herren!

Sie werden auch einen Idealzustand darin sehen, daß die Presse so fein organisiert ist, daß sie in der Hand der Regierung sozusagen ein Klavier ist, auf dem die Regierung spielen kann, daß sie ein ungeheuer wichtiges und bedeutsames Massenbeeinflussungsinstrument ist, dessen

sich die Regierung bedienen kann. ...<<

Die deutsche Historikerin Sibylle Obenaus schrieb später über die "Presseanweisungen" des NS-Regimes (x051/455): >>Presseanweisungen, verbindliche, streng vertrauliche, staatliche Direktiven und Sprachregelungen, die der deutschen Tagespresse für die Aufnahme, Gestaltung und Platzierung von Nachrichten und Kommentaren ab Juli 33 täglich auf der Berliner Pressekonferenz von der Presseabteilung des Propagandaministeriums übermittelt wurden.

Sie stellten die Zusammenfassung der in Vorkonferenzen ermittelten sachlichen und politischen Forderungen betroffener Behördenstellen dar. Anweisungen an Provinzpresse und Zeitschriften erfolgten fernschriftlich über die Landesstellen des Propagandaministeriums (ab 1937 Reichspropagandaämter), für Zeitschriften auch auf Reichszeitschriftenkonferenzen und ab 9.5.39 durch den Zeitschriftendienst. Unbedingt zu übernehmende Themen wurden hier doppelt umrandet, zu übernehmende Texte erhielten das Kennwort "Ausrichtung".

Anstelle der Einzelanweisungen wurde ab November 40 für die Tagespresse die "Tagesparole des Reichspressechefs" diktiert und durch mündliche Informationen und weitere Sprachregelungen ergänzt.<<

Am 20. März 1933 ließ Himmler in der Nähe von Dachau das erste Konzentrationslager in Süddeutschland errichten.

Am 21. März 1933, 62 Jahre nach der Eröffnung des ersten Reichstages des "Zweiten Deutschen Reiches" im Jahre 1871, eröffnete das NS-Regime mit einem Staatsakt in der Potsdamer Garnisonkirche den ersten Reichstag des "Dritten Deutschen Reiches".



Abb. 65 (x296/129): Hitler begrüßt Hindenburg am 21.03.1933 bei einem Staatsakt in Potsdam.

Adolf Hitler (1889-1945, lebte bis 1912 als Gelegenheitsarbeiter und Zeichner in Wien, nahm als Gefreiter im deutschen Heer am Ersten Weltkrieg teil, nach dem gescheiterten Putsch in München vom 8./9.11.1923 zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt, bereits im Dezember 1924 aus der Haft entlassen, erhielt erst am 25. Februar 1932 nach mehreren vergeblichen Versuchen die deutsche Staatsbürgerschaft, wurde am 30.1.1933 von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt).

Hitler, der nachweislich jahrelang durch zahlreiche ausländische Förderer, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., und durch zahlreiche US-Großindustrielle finanziell unterstützt wurde, enttäuschte seine NWO-Geldgeber nicht. Die riskanten Revisionen Hit-

lers, um nicht haltbare, vorsätzliche Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages zu beseitigen, führten zwangsläufig zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bzw. zur Fortsetzung des 2. Dreißigjährigen Krieges.

Reichskanzler Hitler sagte während seiner Regierungserklärung am 21. März 1933, die vom Rundfunk übertragen wurde (x032/33): >>... Am 5. März hat sich das deutsche Volk entschieden und in seiner Mehrheit die nationale Regierung bestätigt, in einer einzigartigen Bewegung hat es in wenigen Wochen die nationale Ehre wieder hergestellt und Dank Ihrem Verstehen, Herr Reichspräsident, die Vermählung vollzogen zwischen den Zeichen der alten Größe und der jungen Kraft.

Indem nun aber die nationale Regierung in dieser feierlichen Stunde zum ersten Male vor den neuen Reichstag hintritt, bekundet sie zugleich ihren unerschütterlichen Willen, das große Reformwerk des Umbaus des deutschen Volkes und des Reiches in Angriff zu nehmen und entschlossen durchzuführen.

Wir wollen wieder herstellen die Einheit der deutschen Nation. Wir wollen wahren unser Volkstum, die Grundlagen unseres Lebens. Wir wollen die große Vergangenheit unseres Volkes pflegen als unversiegbare Quelle einer wirklichen inneren Stärke ...

Aufbauen wollen wir eine wahre Gemeinschaft aus den deutschen Stämmen, aus den Ständen, Berufen und den bisherigen Klassen. Aus Bauern, Bürgern und Arbeitern muß wieder werden ein deutsches Volk. Es soll dann für ewige Zeiten in seine eigene treue Verwahrung nehmen unseren Glauben und unsere Kultur, unsere Ehre und unsere Freiheit. ...

Möge uns ... auch die Vorsehung verleihen jenen Mut und jene Beharrlichkeit, die wir in diesem für jeden Deutschen geheiligten Raum um uns spüren als für unseres Volkes Freiheit und Größe ringende Menschen zu Füßen der Bahre seines größten Königs.<<

Ein Zeitzeuge aus Leipzig berichtete später über den NS-Reichstag von Potsdam (x245/369-370): >>**Der "Tag von Potsdam"!**

Ein Flaggenmeer in allen Straßen (in Leipzig).

Auch wir konnten uns nicht ausschließen. Ich holte also die alte schwarz-weiß-rote Fahne aus dem Weltkrieg vom Boden herunter und hisse sie. Die schwarz-rot-goldene, das gute, geschändete, verratene und niemals genug geschätzte Stück wanderte dafür auf den Boden.

Am Vormittag Übertragung der Feiern in Potsdam über den Rundfunk. Alles geschickt, eindrucksvoll, ja hinreißend, jedenfalls für die Massen.

Aber auch wir können und dürfen die Augen nicht verschließen vor dem, was hier geschieht. Heute und hier gelang die Vermählung, wenn nicht für ewig, so doch auf Zeit, zwischen den von Hitler geführten Massen und dem "Geist von Potsdam", dem Preußentum, repräsentiert durch Hindenburg.

Welche großartige Inszenierung durch den Meisterregisseur Goebbels!

Die Fahrt Hindenburgs, der Regierung und der Abgeordneten geht von Berlin bis Potsdam durch ein einziges geschlossenes Spalier jubelnder Millionen. Ganz Berlin scheint auf der Straße zu sein.

Regierung und Abgeordnete gehen von der Nikolai- zur Garnisonskirche zu Fuß. Glockenläuten und Kanonenschießen. Hindenburg betritt mit Hitler zusammen die Garnisonskirche. Der Rundfunksprecher weint fast vor Rührung.

Dann verliest Hindenburg seine Botschaft. Einfach stark, aus schlichtem Herzen kommend und deshalb wohl zu schlichten Herzen sprechend.

Allein die Tatsache, daß ein Mann dasteht, der Generationen deutscher Geschichte vereinigt, der 66 mitkämpfte, 71 bei der Kaiserkrönung in Versailles dabei war. 14 bis 18 zum Nationalhelden emporwuchs, dem keine verlorene Schlacht und kein verlorener Weltkrieg bei unserem merkwürdigen Volk etwas an Popularität nehmen konnten, den im Gegenteil erst die Niederlage zu mythischer Verklärung erhob, der dann als Greis noch einmal und schließlich ein

zweites Mal die Führung des Reiches übernahm, nicht aus Eitelkeit oder Machtsucht, sondern zweifellos aus preußischem Pflichtgefühl – er vollzieht nun, kurz vor dem Grab, die Vermählung seiner Welt mit der neu aufgestiegenen, die der österreichische Gefreite Hitler repräsentiert.

Dann spricht Hitler. Es ist nicht zu leugnen: er ist gewachsen. Aus dem Demagogen und Parteiführer, dem Fanatiker und Hetzer scheint sich – für seine Gegner überraschend genug – der wirkliche Staatsmann zu entwickeln. also doch ein Genie, in dessen rätselhafter Seele ungeahnte und unerhörte Möglichkeiten liegen?

Die Regierungserklärung zeichnet sich durch auffallende Mäßigkeit aus. Kein Wort des Hasses auf die Gegner, kein Wort von Rassenideologie, keine Drohung nach innen oder außen. Nur was sie wollen, davon spricht Hitler.

Erhaltung der großen Tradition unseres Volkes, Festigkeit der Regierung statt ewigen Schwankens, Berücksichtigung aller Erfahrungen im Einzel- und Gemeinschaftsleben, die sich in Jahrhunderten als nützlich für die Wohlfahrt der Menschen erwiesen haben.

Hindenburg legt an den Gräbern der preußischen Könige Kranze nieder. Der greise Feldmarschall reicht seinem Gefreiten aus dem Weltkrieg die Hand. Der Gefreite neigt sich tief über die Hand des Feldmarschalls. Kanonen donnern über Potsdam – über Deutschland.

Niemand kann sich der Erschütterung entziehen. Auch Vater ist tief beeindruckt. Mutter stehen die Tränen in den Augen. Ich gehe schweigend aus dem Zimmer, aus dem Haus, hinaus in den Wald. Ich muß allein sein.

Am Abend eine stille Stunde mit M. Er ist völlig unberührt von den Geschehnissen des Tages, wie wenn ihn eine dichte Schutzhaut umgäbe. Er hält alles nur für abgekartetes Theater, wird keinen Augenblick schwankend in seiner instinktiven Abneigung.

"Ihr werdet's schon noch erleben!" sagt der 21jährige. Ich schweige beschämt und zerrissen. ...<<

Joseph Goebbels berichtete am 21. März 1933 über den Tag von Potsdam (x032/34): >>Der große Tag von Potsdam wird unvergeßlich sein in seiner historischen Bedeutsamkeit.<<

Der ehemalige Reichskanzler Heinrich Brüning berichtete später über die Potsdamer Feier (x032/34): >>Sie war für mich das Niederdrückendste seit dem Einmarsch nach Deutschland 1918. Das Volk war in einem Rausch, die Abgeordneten ebenfalls, der Reichspräsident wachsbleich.<<

In den Volksschulen in Sachsen hieß es später im Unterricht über den "Tag von Potsdam" (x032/34): >>Die Arbeit beginnt im Aufblick zu Gott. Der große Führer des Volkes zeigt Ziel und Weg. Die Kranzniederlegung am Sarge Friedrichs des Großen mahnt an die quellende Kraft in den großen Männern der deutschen Geschichte. Die Parade, ein Ausfluß wehrdeutschen Heldengeistes. Die Begeisterungsfähigkeit des deutschen Volkes. Gott, Führertum, Wehrkraft, begeisterungsfähiges Volkstum, die leuchtenden Fackeln zum Aufstieg Deutschlands ...

Der Geist von Weimar ... ist der Geist der Feigheit, der Gottlosigkeit, der Gleichgültigkeit gegen das Vaterland, der Herabsetzung der Arbeitsfreudigkeit, der Zersetzung und der Ichsucht. ...

Nur in der Gefolgschaft unseres großen Führers ist Dein wahres Glück. Folge auch Du ihm und hilf mit bauen an seinem Werk, das heißt Deutschland! ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den Tag von Potsdam (x051/-452): >>Potsdam, Tag von, die preußische Residenzstadt vor den Toren Berlins wurde von Hitler und Goebbels zum Schauplatz für die feierliche Eröffnung des am 5.3.33 gewählten Reichstages ausersehen; als Termin setzten sie den 21.3. fest, das gleiche Datum, an dem 62 Jahre zuvor Bismarck den ersten Reichstag des "Zweiten Reiches" eröffnet hatte.

Die vom Rundfunk in voller Länge übertragene Inszenierung, bei der nur KPD und SPD fehl-

ten, zielte darauf ab, das Dritte Reich als legitimen Erben des Kaiserreiches zu inthronisieren und Bedenken wegen der revolutionären Begleiterscheinungen der Machtergreifung zu zerstreuen.

Der "Tag von Potsdam" wurde eingeleitet mit Gottesdiensten für die evangelischen Abgeordneten (darunter Göring u.a.) in der Nicolaikirche (Predigt Dibelius) und für die katholischen in der Pfarrkirche. Hitler und Goebbels blieben dem Hochamt fern und brandmarkten so den deutschen Episkopat als Saboteur an der "nationalen Erhebung", weil er am Bann gegen die Nationalsozialisten festhalte.

Es folgte ein Staatsakt in der Garnisonkirche mit Ansprachen des Reichspräsidenten und Hitlers, der anders als seine uniformierten Parteigänger im Cut erschienen war. Ein feierlicher Händedruck zwischen Präsident und Kanzler besiegelte die "Vermählung von alter Größe und neuer Kraft".

Hindenburg legte am Sarg Friedrichs des Großen einen Kranz nieder, während 21 Salutschüsse abgefeuert wurden, und nahm dann mit Hitler die Parade von Reichswehr, Polizei, SA, SS und Stahlhelm ab.

Der Tag endete mit Rückfahrt der Abgeordneten und Konstituierung des Reichstages in der Krolloper, der sich zwei Tage danach mit Annahme des Ermächtigungsgesetzes selbst entmachtete.

In Potsdam war die Grundlage zu diesem Sieg Hitlers gelegt worden, in Potsdam sollte zwölf Jahre später auch seine Niederlage besiegelt werden mit dem Potsdamer Abkommen.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über das Dritte Reich (x051/134-135): >>Drittes Reich, anfängliche Eigenbezeichnung des nationalsozialistischen Staates, die als Epochenbegriff für die deutsche Geschichte 1933-45 in den allgemeinen Sprachgebrauch eingegangen ist.

Die Nationalsozialisten entlehnten das Schlagwort in den 20er Jahren einem Buchtitel von Moeller van den Bruck und meinten damit zunächst nur die Fortzählung Erstes Reich = Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation (962-1806), Zweites Reich = Hohenzollernreich (1871-1918), Drittes Reich = kommende Herrschaft Hitlers (Weimar galt als Zwischenreich). Gleichzeitig aber knüpften sie an christliche Heilserwartungen des Mittelalters an, das nach dem ersten Reich des Vaters und dem zweiten des Sohnes ein drittes Reich des Heiligen Geistes als Vollendung der Welt- und Menschheitsgeschichte ersehnte. Es sollte die Epoche der Versöhnung von Ideen und Wirklichkeit werden.

Dieser prophetische Entwurf ist vielfach abgewandelt worden, etwa im Werk des norwegischen Dichters Ibsen in der Verschmelzung von Antike und Christentum. Ewigkeitshoffnung (Tausendjähriges Reich) verband sich damit und der Ruf nach dem Messias, als der Hitler von der nationalsozialistischen Propaganda stilisiert wurde.

Doch so nützlich das Schlagwort Drittes Reich in der Phase des Machterwerbs war, so rasch nutzte es sich ab an der Wirklichkeit des real existierenden Nationalsozialismus und reizte zum Spott.

Am 10.7.39 verbot das Propagandaministerium der deutschen Presse die Benutzung des Begriffs und am 21.3.42 hieß es, wie die Briten mit dem Wort "Empire" müsse man künftig "mit dem Begriff 'Das Reich' das neue Deutschland in all seinen Besitzungen vor der Weltöffentlichkeit als geschlossene staatliche Einheit" aufzeigen. Mit dem imperialen Selbstverständnis des Nationalsozialismus als Vollender der deutschen Geschichte vertrug sich ein nummeriertes Reich nicht mehr.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über das Tausendjährige Reich (x051/574): >>Tausendjähriges Reich, in der christlichen mittelalterlichen Geschichtsphilosophie Herrschaft Christi nach der ersten "Auferstehung der Gerechten", erwartet als Drittes Reich des Heiligen Geistes.

Die nationalsozialistische Propaganda münzte den Begriff um zum Schlagwort für die angebliche Vollendung der deutschen Geschichte durch den Nationalsozialismus (Drittes Reich). Hitler lehnte den Ausdruck ab, verkündete aber selbst auf dem Reichsparteitag 1934, es werde "in den nächsten tausend Jahren keine Revolution mehr in Deutschland" geben, und sagte z.B. bei Beginn des Westfeldzuges (10.5.40), dieser werde das deutsche Schicksal "für die nächsten tausend Jahre" bestimmen.

Trotz der Gewöhnung an inflationären Gebrauch großer Worte wurde der Begriff Tausendjähriges Reich in der Öffentlichkeit vielfach eher als lächerlich empfunden und bespöttelt.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 22.03.2008) über das Dritte Reich (x887/...): >>**Wann war das Dritte Reich?**

... Von wann bis wann existierte das Dritte Reich. Von 1933 bis 1945, werden viele sagen und vielleicht ergänzen, von der Machtergreifung am 30. Januar 1933 bis zur Kapitulation am 9. Mai 1945. Leider unrichtig, wie zu zeigen ist. Außerdem ist Hitlers Bestellung zum Reichskanzler nicht "die Machtergreifung", denn die war ein Vorgang, der lange vor 1933 begonnen hatte und sich danach noch fortsetzte. Bis alle gleichgeschaltet oder ausgeschaltet waren.

Begonnen haben kann das Dritte Reich erst nach dem Ende des Zweiten Reiches - doch wann war das? Ebenfalls eine schwierige Frage. Der Anfang hingegen ist eindeutig: Das Zweite Reich, das "Wilhelminische Deutschland", begann am 18. Januar 1871, als König Wilhelm I. von Preußen zum Deutschen Kaiser ausgerufen wurde.

Ebenso eindeutig sind die Eckdaten beim "Ersten Reich", auch "Altes Reich" genannt. Es begann am 2. Februar 962, als der zum deutschen König gewählte Sachsenherzog Otto I. von Papst Johannes XII. in Rom zum Kaiser gekrönt wurde.

Dieses Reich ist später als "Sacrum Imperium" belegt, dann als "Sacrum Romanum Imperium" - Heiliges Römisches Reich - und am Beginn der Neuzeit wurde "deutscher Nation" hinzugefügt. Es endete am 6. August 1806, als Kaiser Franz II. die Reichskrone niederlegte. Er hatte bereits 1804 das Erzherzogtum Österreich zum Kaisertum gemacht und war Kaiser Franz I. von Österreich geworden. Aber durfte der Kaiser das Reich beenden? Ob er durfte oder nicht - er mußte, auf Druck Napoleons.

Das Alte Reich war kein Nationalstaat, nicht einmal ein Staat im modernen Sinn - und schon lange vor Napoleon nur mehr eine Fiktion. Goethe läßt in Auerbachs Keller den einen Saufkumpan ein Spottlied auf dieses Reich anstimmen. Ein anderer bringt ihn zum Schweigen: "Ein garstig Lied! Pfui! Ein politisch Lied." Aber das wahrhaft Garstige war der dynastische Egoismus deutscher Fürsten, der das Reich in den Untergang trieb und die Anrainer zum Raub von Reichsgebiet einlud.

Das Erste Reich nannte sich nie "Erstes Reich", denn kein Reich nimmt an, daß danach noch eines kommt. Auch das Zweite Reich nannte sich nicht "Zweites Reich", denn für die allermeisten war es keine Wiedergeburt des Ersten Reiches. Es war ein weltliches Reich, keines "von Gottes Gnaden", und es verkörperte nur die "kleindeutsche Lösung", war also eher ein "großpreußisches Reich".

Woher stammen dann die Ausdrücke "Erstes Reich", "Zweites Reich", "Drittes Reich" und "Tausendjähriges Reich"? Sie kommen allesamt aus der Religion. Sie hängen zusammen mit dem "Millenarismus" (lateinisch) oder "Chiliasmus" (griechisch), mit dem Glauben an die Wiederkunft des Messias. Für "Drittes Reich" steht auch "Tausendjähriges Reich" - wobei "tausendjährig" nach Ablauf des ersten Jahrtausends nicht mehr wörtlich genommen wurde, sondern soviel wie "ewig" bedeuten sollte.

Erstmals in politischem Sinn verwendete diese Ausdrücke der deutsche Kulturhistoriker und Politiktheoretiker Arthur Moeller van den Bruck in seinem Buch "Das dritte Reich" (1923). "Parteigenosse" war er keiner und er starb schon 1925. Ob man ihn als "Wegbereiter" bezeichnen kann, ist Geschmackssache, aber sicher erleichterte er die Arbeit nationalsozialisti-

scher Ideologen.

"Drittes Reich" und "Tausendjähriges Reich" paßten trefflich in das mythisch-mystische Gedankengebäude, das der religionsartigen Überhöhung einer durchaus weltlichen Politik diene. "Drittes Reich" wird heute zwar pauschal für die NS-Zeit verwendet, war aber nicht mehr als ein Schlagwort der Propaganda. Es hatte nie ein Territorium und war nie ein Völkerrechtssubjekt.

Eines ist noch offen: Wann endete das Zweite Reich? Sicher nicht 1918, wie das die Nationalsozialisten sahen. Denn 1918 wie 1933/34 änderte sich jeweils nur die Regierungsform. 1938 entstand ein "Großdeutsches Reich", das beinahe den großdeutschen Vorstellungen des 19. Jahrhunderts entsprach. Aber auch wenn im "Anschluß-Gesetz" (RGBl Nr. 28 vom 18.3.1938) "Großdeutsches Volksreich" steht - völkerrechtlich blieb es wie 1918 das "Deutsche Reich".

Der Ausdruck "Drittes Reich" war jetzt nicht mehr erwünscht und ab 10. Juli 1939 auf Weisung von Goebbels den Medien sogar untersagt. "Großdeutsches Reich" findet sich im Gesetz zur Einverleibung der Rest-Tschechoslowakei (RGBl Nr. 47 vom 16.3.1939) und in anderen amtlichen Texten. Jener Erlaß der Reichskanzlei, der das Deutsche Reich auch formell in "Großdeutsches Reich" umbenannte (RK 7669 E vom 26. Juni 1943), wurde aber nicht mehr publiziert. "Großdeutsches Reich" stand nur auf den Briefmarken.

Anders als das Heilige Römische Reich Deutscher Nation wurde das Deutsche Reich nie durch irgendeinen Formalakt für beendet erklärt - nicht durch die Kapitulation, nicht durch die Besatzungsmächte, nicht durch Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, ja nicht einmal durch den "Zwei-Plus-Vier-Vertrag".

So wurde die Bundesrepublik zwar Rechtsnachfolgerin des nie für tot erklärten Reiches - mit allen daraus erwachsenen Nachteilen. Friedensvertrag gibt es aber keinen. Und auch Österreich hat nur einen "Staatsvertrag" mit Einschränkungen der Souveränität, darunter das "Anschlußverbot".<<

Am Nachmittag des 21. März 1933 eröffnete Reichspräsident Hermann Göring in der Berliner Krolloper den neuen Reichstag (x032/33): >>... Weimar ist überwunden, der Geist von Potsdam ... wird auch in dieser Stunde dem neuen Reichstag die Kraft geben, das Reich wieder aufzubauen, in alter Größe, in alter Würde, Ehre und Freiheit. ...

Wir geloben Ihnen (zum Reichskanzler Hitler gewandt) in dieser Stunde: Der Reichstag der nationalen Erhebung wird hinter Sie treten.<<

Der US-Botschafter Alan Sackett schrieb am 21. März 1933 an US-Außenminister Cordell Hull über das Nachgeben der SPD (x092/866): >>Das Ausbleiben eines energischen Widerstandes der preußischen Minister bei ihrer Kapitulation vor der "Machtpolitik" der Reichsregierung hat zu einem außerordentlich Prestigeverlust der Sozialdemokraten geführt.

Die Resignation, mit der der preußische Ministerpräsident Otto Braun ... die jüngsten Entwicklungen in Preußen hinnahm, vor allem seine Abreise in die Schweiz (ins Exil) und seine Weigerung, einen Abgeordnetensitz im Reichstag und im preußischen Landtag anzunehmen, haben der Partei einen sehr schweren Schlag versetzt.<<

Der "Völkische Beobachter" berichtete am 21. März 1933 über Errichtung des ersten Konzentrationslagers in der Nähe von Dachau (x128/160): >>Hier werden die gesamten kommunistischen und soweit dies notwendig ist Reichsbanner und (die) sozialdemokratischen Funktionäre zusammengezogen, da es auf die Dauer nicht möglich ist und den Staatsapparat zu sehr belastet, diese Funktionäre in den Gerichtsgefängnissen unterzubringen. Es hat sich gezeigt, daß es nicht angängig ist, diese Leute in die Freiheit zu entlassen, da sie weiter hetzen und Unruhe stiften. ...<<

Am 21. März 1933 waren 1,5 Millionen Deutsche Mitglieder der NSDAP (x032/34).

Während der zweiten Sitzung des neuen Reichstages legte Reichskanzler Hitler am 23. März das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" (sog. "Ermächtigungsgesetz") zur

Abstimmung vor.

Da das NS-Regime wegen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit keine legale Verfassungsänderung durchsetzen konnte, ließ Hitler zahlreiche politische Gegner vorher gewaltsam ausschalten.

Nachdem man die meisten kommunistischen Abgeordneten bereits während und nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 inhaftiert hatte (x063/579), ließ Hitler vor der entscheidenden Abstimmung über die Annahme des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich (sogenanntes "Ermächtigungsgesetz") die restlichen KPD-Abgeordneten festnehmen und außerdem noch kurzerhand 26 der 120 SPD-Reichstagsabgeordneten verhaften oder aussperren, um die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Annahme des Ermächtigungsgesetzes zu erhalten.

Am 23. März 1933 stimmten die verbliebenen 94 SPD-Abgeordneten gegen die Annahme des verfassungswidrigen "Ermächtigungsgesetzes", obgleich der Berliner Reichstag von schwerbewaffneten SA- und SS-Wachen umstellt war und man die anwesenden Abgeordneten der Opposition während der Abstimmung unentwegt einschüchterte und massiv bedrohte.

Vor dem Berliner Reichstag schrien am 23. März 1933 die SA- und SS-Wachen (x059/76):

>>Wir wollen das Gesetz - sonst (gibt es) Mord und Totschlag. ...<<

Hitler erklärte am 23. März 1933 bei der Vorlage des Ermächtigungsgesetzes im Deutschen Reichstag (x243/44): >>... Es würde dem Sinn der nationalen Erhebung widersprechen, ... wollte die Regierung sich für ihre Maßnahmen von Fall zu Fall die Genehmigung des Reichstages erhandeln. ...

Die Regierung wird dabei nicht von der Absicht getrieben, den Reichstag ... aufzuheben; ... sie behält sich vor, ... wenn zweckmäßig, seine Zustimmung einzuholen. ...

Weder die Existenz des Reichstages noch des Reichsrates soll dadurch bedroht sein. Die Stellung und Rechte des Herrn Reichspräsidenten bleiben unberührt. ... Der Bestand der Länder wird nicht beseitigt, die Rechte der Kirchen werden nicht geschmälert, ihre Stellung zum Staate nicht geändert.

Da die Regierung an sich über eine klare Mehrheit verfügt, ist die Zahl der Fälle, in denen eine innere Notwendigkeit vorliegt, zu einem solchen Gesetz Zuflucht zu nehmen, an sich eine begrenzte. Um so mehr besteht die Regierung der nationalen Erhebung auf der Verabschiedung dieses Gesetzes. ...

Sie bietet den Parteien des Reichstages die Möglichkeit einer ... Verständigung; sie ist aber ebenso entschlossen und bereit, die Bekundung der Ablehnung und damit die Ansage des Widerstandes entgegenzunehmen.

Mögen Sie, meine Herren, nunmehr selbst die Entscheidung treffen über Frieden oder Krieg. ...<<

Der SPD-Parteivorsitzende Otto Wels ist zwar kein mitreißender Redner und unerschrockener Kämpfer, wie es z.B. die Politiker Rathenau und Stresemann waren, aber er hielt am 23. März 1933 trotz der massiven persönlichen Bedrohung die letzte "freie Rede" im Deutschen Reichstag (x105/214-215): >>Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten)

Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, daß sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt.

Kritik ist heilsam und notwendig. Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht und wie es durch das Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung muß sich um so schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt.

Die Herren von der Nationalsozialistischen Partei nennen die von ihnen entfesselte Bewegung eine nationale Revolution, nicht eine nationalsozialistische. Das Verhältnis ihrer Revolution zum Sozialismus beschränkt sich bisher auf den Versuch, die sozialdemokratische Bewegung zu vernichten, die seit mehr als 2 Menschenaltern die Trägerin sozialistischen Gedankengutes gewesen ist

(Lachen bei den Nationalsozialisten)

und auch bleiben wird. Wollten die Herren von der Nationalsozialistischen Partei sozialistische Taten verrichten, sie brauchten kein Ermächtigungsgesetz. ...

Vergeblich wird der Versuch bleiben, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Wir Sozialdemokraten wissen, daß man machtpolitische Tatsachen durch bloße Rechtsverwahrung nicht beseitigen kann. Wir sehen die machtpolitische Tatsache Ihrer augenblicklichen Herrschaft. Aber auch das Rechtsbewußtsein des Volkes ist eine politische Macht, und wir werden nicht aufhören, an dieses Rechtsbewußtsein zu appellieren.

Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechtes, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten)

Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. ...

Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten - Lachen bei den Nationalsozialisten).<<

Im Verlauf dieser Rede unterbrach "Reichskanzler" Hitler mehrfach die Rede des SPD-Politikers und schrie drohend (x059/75): >>Ich brauche Ihre Stimme nicht. Deutschland wird frei sein, aber nicht durch Sie. ... Deutschlands Stern ist im Aufsteigen, der Ihre im Untergehen. Ihre Stunde hat geschlagen! ...<<

Während die 94 SPD-Abgeordneten das "Ermächtigungsgesetz" ablehnten, stimmte das Zentrum (73 Sitze) aufgrund von Hitlers mündlichen Zusagen, die er später jedoch nie einlöste, zu. Am 23. März 1933 wurde das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das sog. "Ermächtigungsgesetz", vom Reichstag mit der notwendigen 2/3-Mehrheit (444:94) gegen die Stimmen der SPD beschlossen. Nach Bekanntgabe der namentlichen Schlußabstimmung gab es im Deutschen Reich endgültig keine Demokratie mehr.

Die gesetzlosen NS-Terroristen beendeten ihren erfolgreichen Staatstreich mit der sogenannten "NSDAP-Hymne", dem "Horst Wessel-Lied" (x049/102):

>>Die Fahne hoch, die Reihen dicht geschlossen,

SA marschiert mit ruhig festem Schritt.

Kameraden, die Rotfront und Reaktion erschossen,

Marschier'n im Geist in unsern Reihen mit. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über das "Horst-Wessel-Lied" (x051/271): >>Horst-Wessel-Lied, von Goebbels geprägte Bezeichnung für die Verse des SA-Sturmführers Wessel, die "Der Angriff" am 23.9.29 veröffentlichte: "Die Fahne hoch ...".

Der Text wurde nach dem Tod des zum Märtyrer stilisierten Autors (23.2.30) zum offiziellen Parteilied der NSDAP und umrahmte - oft im Arrangement des Komponisten Hermann Blume: "Kamerad Horst Wessel" - Feierstunden und Parteitage.

Als Melodie hatte schon Wessel ein altes Matrosenlied herangezogen: "Zum letzten Mal wird zum Appell geblasen ..."

Nach 1933 wurde das Horst-Wessel-Lied zur zweiten Nationalhymne des Deutschen Reiches, die regelmäßig nach dem Deutschlandlied erklang. In der nationalsozialistischen Musiktheorie hieß es von dem dröhnenden Marsch-Gesang, das Horst-Wessel-Lied sei ein "aus dem Herzen der Nation geborenes Bekenntnislied".<<

Der NS-Staatsstreich

Mit der gewaltsamen Durchsetzung (Verhaftung und Bedrohung von Reichstagsabgeordneten) des "Ermächtigungsgesetzes" am 23. März 1933 begingen die Nationalsozialisten verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen hielten das Deutsche Reich nach dem gewaltsamen Staatsstreich praktisch besetzt.

Prof. Dr. Karl Jaspers (1883-1969, Philosoph, erhielt von 1937-45 Lehrverbot und ab 1943 Publikationsverbot durch das NS-Regime) schrieb später, daß am 23. März 1933 unter Hitlers Führung erstmalig in der deutschen Geschichte ein Verbrecherstaat gebildet wurde, also ein Staat, der systematische Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübte (x154/14).

Alle Gesetze und Verordnungen, die nach der gewaltsamen Durchsetzung des Ermächtigungsgesetzes durch das NS-Regime erlassen wurden, waren demnach verfassungsrechtlich null und nichtig.

Durch die ungesetzliche Verabschiedung des "Ermächtigungsgesetzes" vom 23. März 1933 wurde die deutsche Reichsregierung bzw. der Rechtsstaat völlig ausgeschaltet und das deutsche Volk verlor endgültig seine politische Freiheit. Die "deutsche Katastrophe" war danach nicht mehr aufzuhalten, denn nach Errichtung der NS-Diktatur bestimmten in Deutschland nur noch Hitler und seine "NSDAP-Abgeordneten" bzw. Gewalt und Terror.

Hitler wußte, daß eine Zwangsherrschaft grundsätzlich nicht der Mentalität des deutschen Volkes entsprach und daß er unter "normalen Bedingungen" niemals demokratische Abstimmungen und Wahlen gewonnen hätte, deshalb mußten sofort alle möglichen Gegner des NS-Regimes beseitigt werden (Einrichtung von Konzentrationslagern etc.).

In jener Zeit gab es natürlich auch Millionen von jungen Idealisten und Schwärmern, die irrtümlich an Hitlers NS-Regime glaubten. Nach den bitteren Kriegs- und Nachkriegsjahren träumten diese naiven Phantasten von der Verwirklichung einer wahren, gerechten Volksgemeinschaft.

Die meisten Deutschen wollten jedoch lediglich alle Ungerechtigkeiten und früheren Feindschaften vergessen und gemeinsam die Folgen der Versailler Verträge beseitigen, aber der allgegenwärtige Terror des NS-Regimes zerstörte schon bald alle Hoffnungen und naiven Wunschträume.

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über das "Ermächtigungsgesetz" (x051/157-158):
>>Ermächtigungsgesetz, am 23.3.33 unter der Bezeichnung "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" vom Reichstag mit 444 gegen 94 Stimmen beschlossenes und tags darauf in Kraft getretenes Reichsgesetz.

Gegen das Ermächtigungsgesetz stimmte nur die SPD. Es gab der Reichsregierung das Recht, Gesetze, inklusive Haushaltsgesetze, zu beschließen (Art. 1). Sie konnten von der Weimarer Verfassung abweichen (Art. 2) und statt vom Reichspräsidenten vom Reichskanzler ausgefertigt werden (Art. 3). Verträge des Reiches mit anderen Staaten bedurften nicht mehr der Ratifizierung durch das Parlament (Art. 4).

Das zunächst bis zum 1.4.37 befristete, 1937 (bis 1.4.41) und 1939 (bis 10.5.43) durch Beschluß des Reichstages, 1943 durch Führererlaß auf unbestimmte Zeit verlängerte Ermächtigungsgesetz setzte grundlegende Prinzipien der Demokratie und des Rechtsstaates außer Kraft (Gesetzgebungsrecht des Parlaments, Gebot der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen) und schränkte die Rechte des Reichspräsidenten ein. Zusätzlich mit der Reichstagsbrandverordnung vom 28.2.33 bildete es die gesetzliche Grundlage für die Errichtung der nationalsozialisti-

stischen Diktatur und legalisierte diese.

Zwar wurde das Ermächtigungsgesetz mit der vorgeschriebenen 2/3-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Reichstagsabgeordneten verabschiedet, in Wirklichkeit aber war nicht nur sein Inhalt, sondern auch das Zustandekommen verfassungswidrig:

Schon die Wahlen (5.3.) zum Reichstag waren nur noch bedingt frei,

Verhaftungen und andere Schikanen hielten zudem alle 81 KPD- und 26 der 120 SPD-Abgeordneten von der Sitzung am 23.3. fern,

bewaffnete SA- und SS-Wachen waren zur Einschüchterung potentieller Gegner des Ermächtigungsgesetzes im Saal aufgezogen.

So lehnte nur die SPD das Ermächtigungsgesetz ab, während das Zentrum (73 Sitze) erst nach langem Zögern zustimmte, nachdem Hitler (mündlich) Zusagen hinsichtlich einer nur beschränkten Anwendung des Ermächtigungsgesetzes (u.a. Sicherung der Rechte von Reichstag, Reichsrat und Reichspräsident sowie der Kirchen) gemacht hatte, die er aber nie einlöste.<<

Der britische Botschafter Horace Rumbold (1869-1941) schrieb später an Außenminister John Simon über den NS-Staatsstreich (x092/866): >>Die Revolution hat sich im ganzen milde vollzogen. Obwohl zweifellos viele Menschen ermordet, eingekerkert oder mißhandelt wurden und Deutschlands guter Namen im Ausland ernsthaft gelitten hat, so hätte der Übergang doch blutiger sein können.

Die meisten Revolutionen sind von einer Terrorherrschaft begleitet, besonders wenn ein großer Teil des Volkes den Versuch unternimmt, auf seinem Kurs zu verharren. Im gegenwärtigen Fall bestand eine derartige Opposition nicht, und die Revolution hätte sich ganz friedlich und ohne alles Blutvergießen vollziehen können, wenn ihre Urheber entsprechend gesonnen gewesen wären. Dies war, wie wir wissen nicht der Fall.

Desungeachtet muß zugebilligt werden, wenn wir uns die Drohungen der Nationalsozialisten vor ein oder zwei Jahren ins Gedächtnis zurückrufen, daß die Opposition verhältnismäßig glimpflich davongekommen ist. ...<<

Die Tageszeitung "DIE WELT" berichtete später (am 22.03.2013) über den NS-Staatsstreich vom 23. März 1933: >>**März 1933 - Die größte Stunde der Sozialdemokraten**

Vor 80 Jahren beförderte sich der Reichstag selbst in die Bedeutungslosigkeit. Vier Fünftel der Abgeordneten stimmten Hitlers Ermächtigungsgesetz zu. Nur die SPD verweigerte sich vollständig.

Die Kulisse ist einschüchternd: Tausende Braunhemden stehen an den Bürgersteigen im Regierungsviertel und demonstrieren, daß Berlins Straßen längst ihnen gehören. Es ist der 23. März 1933, ein Donnerstag, gegen Mittag. Um die Krolloper genau gegenüber des teilweise ausgebrannten Reichstages stehen so viele SA- und SS-Leute in Uniformen, daß sich manche Abgeordneten in Zivil auf dem Weg zum Ausweichsitz des deutschen Parlaments mühsam durch die Gruppen der Hitler-Anhänger drängen müssen. Dann folgen Polizeikontrollen und Durchsuchungen nach Waffen; eingelassen wird nur, wer sich ausweisen kann.

Aggressivität liegt in der Luft. Prominente Abgeordnete demokratischer Parteien, die per Auto ankommen, werden angezischt, mitunter angerempelt. Mehrere Sozialdemokraten erleben, daß Nazis ihnen die Hüte vom Kopf schlagen. Es geht um viel, denn auf der Tagesordnung steht das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das alle nur "Ermächtigungsgesetz" nennen. Denn genau um eine "Ermächtigung" der Regierung geht es: Wenn der Reichstag dem Entwurf des Kabinetts Hitler zustimmt, sind die Parlamentarier fortan macht- und bedeutungslos.

Vor der Krolloper spricht man über eine offizielle Mitteilung des Reichsinnenministers Wilhelm Frick. Der NSDAP-Politiker hat angekündigt: "Falls sich irgendeine Fraktion gegen die Annahme des Gesetzes sperrt, wird sie selbst die Folgen zu tragen haben, da dann selbstverständlich nicht mit, sondern gegen den Reichstag regiert wird." Je nach politischer Haltung

wird Fricks Drohung entweder lauthals gelobt oder leise verdammt.

Ende des parlamentarischen Systems

Die Anhänger und Abgeordneten der demokratischen Parteien, des katholischen Zentrums, der zu Splittergruppen marginalisierten Liberalen und der SPD, sind empört über so unverhohlene Worte aus dem Mund eines ehemaligen Polizeibeamten. Doch offen dagegen protestieren? Gefährlich angesichts der Übermacht von Hitler-Anhängern rund um den Sitzungsort - und nutzlos.

Im provisorisch zum Plenarsaal hergerichteten Zuschauerraum des Vergnügungspalastes stehen ebenfalls reihenweise Braunhemden, zusätzlich zu den fast ausnahmslos uniformierten Abgeordneten der NSDAP. Über dem Podest mit den Plätzen der Stenografen, dem Rednerpult und dem Platz des Reichstagspräsidenten hängt eine riesige Hakenkreuzfahne. Sie zeigt unmißverständlich, wer jetzt das Sagen hat in Deutschland.

Zusammen mit ihrem Koalitionspartner, der reaktionären Deutschnationalen Volkspartei, verfügt die Hitler-Bewegung über 340 der insgesamt 647 Sitze - also eine bequeme Mehrheit, jedenfalls ausreichend für eine stabile Regierung. Doch genau das will Adolf Hitler nicht: mit einer parlamentarischen Mehrheit regieren. Statt dessen verlangt der Kanzler, daß der Reichstag mit verfassungsändernder Zwei-Drittel-Mehrheit seine Kompetenz zur Gesetzgebung an das Kabinett überträgt - und damit, durch die Richtlinienkompetenz des Regierungschefs, letztlich an sich persönlich.

Spiele mit der Geschäftsordnung

Für 14 Uhr ist die erste Parlamentssitzung für diesen Tag angesetzt, bei der offiziell der Entwurf des Ermächtigungsgesetzes eingebracht werden soll und außerdem Hitler seine erste Rede im deutschen Parlament überhaupt halten will. Dann sind drei Stunden Beratungspause vorgesehen, bevor das Gesetz in allen drei Lesungen auf einmal durchgepeitscht werden soll. Über das Ergebnis sind sich Hitler und sein Innenminister Frick schon vorab sehr sicher: Für den Abend ist zusätzlich der Reichsrat einberufen, die Vertretung der Länder, die gegen ein bereits beschlossenes Gesetz noch ihr Veto einlegen können.

Mit nur fünf Minuten Verspätung eröffnet Reichstagspräsident Hermann Göring die Sitzung. Vor der eigentlichen Tagesordnung braucht er noch die Zustimmung der Parlamentarier zu einer scheinbar schlichten Änderung der Geschäftsordnung: Unentschuldigt abwesende Abgeordnete sollen fortan ausgeschlossen und ihre Mandate eingezogen werden können. Natürlich empfiehlt der zuständige Geschäftsordnungsausschuß mit seiner Mehrheit aus NSDAP und DNVP die Annahme der Vorlage, und das Plenum folgt diesem Votum überwiegend - per Aufstehen.

Die Abgeordneten der SPD bleiben sitzen. Denn sie wissen, welche Folgen der Antrag hat: Dutzende gewählte Abgeordnete hat die von Hitler-Anhängern kontrollierte Polizei in den vergangenen Wochen rechtswidrig festgesetzt. Und wer als prominenter Kommunist oder Sozialdemokrat in die Hände der regulären Polizei geraten ist, hat sogar noch Glück. Viel schlimmer nämlich ist es jenen Hitler-Gegnern ergangen, die sich plötzlich in Folterkellern oder improvisierten Lager der Schlägertrupps SA und SS wiedergefunden haben.

KPD-Abgeordnete wurden verhaftet

Alle 81 gewählten KPD-Abgeordneten bleiben der Sitzung fern - sie sind entweder verhaftet, liegen zusammengeschlagen in Krankenhäusern oder sind untergetaucht, manche auch schon ins Ausland geflüchtet. Durch den Geschäftsordnungsbeschluß werden ihre Mandate eingezogen. Schlagartig steigt die Mehrheit der NSDAP-DNVP-Koalition von bisher knapp 53 Prozent der Abgeordneten auf mehr als 60 Prozent.

Aber auch jeder fünfte der 120 SPD-Parlamentarier kann an diesem Tag nicht in die Krolloper kommen. 26 Abgeordnete sitzen im Gefängnis oder haben sich durch Flucht der Verhaftung entzogen. Mancher Sozialdemokrat, wie der langjährige preußische und Reichsinnenminister

Carl Severing, ist erst eigens für die Abstimmung im Reichstag aus rechtswidriger Haft entlassen worden. Nicht ohne den "Rat", er werde sehr schnell wieder "eingesammelt", wenn er im Reichstag "falsch" abstimme. Dann könne er "etwas erleben".

Wie ernst solche Ankündigungen zu nehmen sind, weiß Severing: Nur fünf Tage zuvor ist in Günzburg der SPD-Reichstagsabgeordnete Otto Geiselhart unter mysteriösen Umständen im Gefängnis gestorben - entweder durch Selbstmord aus Angst vor weiteren Quälereien oder bei einem als Suizid getarnten Mord.

Für die 94 Sozialdemokraten im Plenarsaal gibt es trotzdem keine Diskussion: Dem Ermächtigungsgesetz zustimmen werden sie auf keinen Fall. Unklar ist nur noch, wie deutlich sie ihre Ablehnung formulieren. Denn wer gegen Hitler offen das Wort ergreift, den kann das unmittelbar das Leben kosten. Davor schützen auch die internationalen Diplomaten und Korrespondenten nicht, die sich auf den Besuchertribünen im Rang der Krolloper eingefunden haben.

Hitler hält seine Jungferrede

Nun ruft Göring den Reichskanzler auf, zu dessen Jungferrede im Parlament. Wie auf Befehl erheben sich die 288 NSDAP-Abgeordneten und schreien ihrem in Braun gekleideten Parteichef ein dreifaches "Heil!" entgegen. Hitlers Regierungserklärung ist eine wilde Attacke auf die zugrunde gegangene Weimarer Republik. Zudem verspricht er den noch unentschiedenen Abgeordneten des katholischen Zentrums und der liberalen Splitterparteien, die Befugnisse des Ermächtigungsgesetzes nur zum Wohle Deutschlands einzusetzen. Er braucht mindestens einige Dutzend ihrer Stimmen, um die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit zu erreichen. Seit Tagen bearbeiten er und andere führende Nazis deshalb die konfessionelle Partei.

Nach rund einer Stunde wird die Sitzung unterbrochen; nun wollen die Parteien intern beraten und festlegen, ob sie für oder gegen das Ermächtigungsgesetz stimmen. In der Sitzung der 72 Zentrumsabgeordneten gibt es eine KampfAbstimmung, bei der 14 oder 15 Abgeordnete für "Nein" stimmen; fünf weitere enthalten sich. Erst nach einer längeren, erregten Debatte einigt sich die katholische Fraktion auf Zustimmung.

Ähnlich ist es bei der Deutschen Staatspartei mit ihren gerade fünf Parlamentariern. Zwar argumentiert der Abgeordnete Theodor Heuss vehement gegen das Ermächtigungsgesetz, doch kann er drei seiner Parteifreunde nicht überzeugen: Sie fürchten, bei einer Ablehnung genau wie bereits die Kommunisten und viele Sozialdemokraten festgenommen zu werden. Die Fraktionsdisziplin zwingt Heuss schließlich, gegen seine Überzeugung ebenfalls mit "Ja" zu stimmen.

SPD-Vorsitzender Wels wagt die Gratwanderung

Anders die SPD: In ihrer Fraktion besteht Einigkeit. Klar ist auch, daß der Vorsitzende Otto Wels sprechen wird, der bekannteste der drei gleichzeitig amtierenden SPD-Vorsitzenden und der einzige, der sich noch in Deutschland aufhält. Wels, kein rhetorisch hochbegabter Redner, weiß um die Ambivalenz seiner Erwiderung auf Hitler. Sie kann ihn das Leben kosten, wird aber den Lauf der Dinge kaum ändern. Er entscheidet sich, eine nüchterne Begründung für das "Nein" der SPD zu liefern. Er ahnt nicht, daß seine Rede und die anschließende Abstimmung die größte Stunde der SPD werden wird.

Unmittelbar nach Wiedereröffnung der Sitzung um 18.16 Uhr tritt Wels ans Rednerpult - und beginnt mit einem Lob für die außenpolitischen Forderungen der neuen Regierung. Hitler auf der Regierungsbank und seine Anhänger im Plenum sind offensichtlich erstaunt. Geschickt leitet Wels über auf die innenpolitische Situation, für die ebenfalls gelte: "Aus einem Gewaltfrieden kommt kein Segen!"

Dann spricht der SPD-Chef in seltsam leierndem Tonfall den entscheidenden Satz: "Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht!" Wels bezieht klar Position gegen das Ermächtigungsgesetz, ohne die Nazis offen zu Gewaltakten provozieren. Eine Gratwanderung. Zunehmend ungläubig hört auf dem Platz des Reichskanzlers ganz links in der Regierungs-

bank Adolf Hitler zu. Fast hält es ihn nicht mehr auf seinem Stuhl, doch er kann vor so vielen Besucher aus dem Ausland den Redner nicht einfach unterbrechen und vom Pult verjagen.

"Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten"

Otto Wels schließt seine knapp siebenminütige Rede mit den Worten: "Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft." Dann räumt er das Pult.

Fast schneller als Parlamentspräsident Göring ihm das Wort erteilen kann, springt Hitler auf, um zu antworten. Sarkastisch ruft er Wels und dessen Fraktion zu: "Spät kommt ihr, aber ihr kommt!" Das Schiller-Zitat löst bei den uniformierten NSDAP-Abgeordneten heftiges Gelächter aus. Der Kanzler redet sich in Fahrt, beschuldigt die SPD wüst und erntet dafür einen Beifallssturm seiner Anhänger nach dem anderen. In diesem Moment wird vielen der 94 Sozialdemokraten schwummerig: Ist es wirklich eine gute Idee, nach dieser offenen Konfrontation auch noch mit "Nein" zu stimmen?

Hitler macht in seiner Ansprache klare Ansagen: "Ich möchte nicht in den Fehler verfallen, Gegner bloß zu reizen, statt sie entweder zu vernichten oder zu versöhnen!" Seine wilde, spontane Tirade gipfelt in den Worten: "Ich kann Ihnen nur sagen: Ich will auch gar nicht, daß Sie dafür stimmen! Deutschland soll frei werden, aber nicht durch Sie!"

Göring peitscht die Abstimmung durch

Es folgen noch vier kurze Ansprachen, in denen Vertreter von Zentrum, Bayerischer Volkspartei, Christlich-sozialem Volksdienst und Staatspartei ihre Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz begründen, dann peitscht Hermann Göring die formal nötigen Schritte der Gesetzgebung durch. Es folgt die entscheidende, die namentliche Abstimmung. Nacheinander werfen die Abgeordneten ihre Stimmkarten in die vorgesehenen Urnen. Carl Severing tut es mit einer ebenso provozierenden wie fatalistischen Geste: Mit der "Nein-Karte" in der erhobenen Rechten geht von seinem Platz durch die Reihen der SA- und SS-Leute zur Abstimmung.

Zu seiner eigenen Überraschung hat das keine unmittelbaren Folgen: Er wird nicht verhaftet, nicht verprügelt, nicht einmal am Verlassen der Krolloper gehindert. Severing flüchtet nicht, sondern bleibt - überwacht und finanziell schlecht gestellt, aber ansonsten unbehelligt - in Deutschland.

Otto Wels dagegen muß im Mai 1933 dem immer stärkeren Druck der Nazis weichen und geht nach Prag, später nach Paris, wo er 1939 stirbt. Seine Rede am 23. März 1933 und das mutige Verhalten seiner 93 Fraktionskollegen aber wird zu Recht zum Beispiel für aufrechten Gang von Demokraten im Angesicht einer Diktatur.<<

Der deutsche Historiker Martin Broszat (1926-1989) schrieb später über den Terror des NS-Regimes im März 1933 (x129/35-36): >>Das Wahlergebnis vom 5. März bildete den Ausgangspunkt für die binnen einer Woche durchgeführte Gleichschaltung derjenigen Länder, die bisher noch nicht unter nationalsozialistischer Führung standen.

Die Ausschaltung des föderativen Gegengewichts gegen die in Berlin etablierte Hitler-Regierung war indessen auf dem Verordnungswege allein, selbst unter Bezug auf die Reichstagsbrand-Verordnung, schwerlich in Kürze zu erreichen. Hier zum erstenmal bedurfte es in entscheidendem Maße des Druckes der nationalsozialistischen Bewegung von unten.

Damit aber kam im März 1933 rasch eine terroristisch-revolutionäre Bewegung in Gang, die bald auf der ganzen Linie die der NSDAP durch die Regierungsbildung vom 30. Januar noch gezogene Machtgrenze durchbrach und die Entwicklung zur nationalsozialistischen Alleinherrschaft zunächst auf der Straße weitgehend usurpierte, ehe diese dann auch formell legalisiert wurde.

Unterstützt durch die ihnen nun auch außerhalb Preußens zugewiesenen hilfspolizeilichen

Befugnisse, besetzten SA- und SS-Kommandos Rathäuser, Zeitungsredaktionen, Gewerkschaftsbüros, Konsumgenossenschaften, aber auch Finanzämter, Banken und Gerichte u.a.m., beschlagnahmten Einrichtungsgegenstände und erzwangen die Absetzung oder Festnahme "unzuverlässiger" oder jüdischer Amtspersonen. Unter dem Druck des öffentlichen Umschwungs, des Straßenterrors und der ultimativen Forderungen der nationalsozialistischen Verbände setzte in nahezu allen Behörden eine Welle von Zwangsbeurlaubungen und kommissarischen Neubesetzungen ein.

War der durch die Reichstagsbrand-Verordnung geschaffene Ausnahmezustand zunächst vor allem in Preußen fühlbar geworden, wo SA- und SS-Hilfspolizei schon in der Woche vor der Reichstagswahl vielfach auf eigene Faust Jagd auf Kommunisten und andere Gegner gemacht hatte und zahlreiche weitere Personalveränderungen vor allem in leitenden Positionen der Polizei erzwungen worden waren, so kam es jetzt überall zu ähnlichen Erscheinungen.

Die Personalunion zwischen der Führung der lokalen Kampfverbände der NSDAP und der Führung der staatlichen Polizei pervertierte die "Ordnungsaufgabe" der Polizeigewalt mehr und mehr zum terroristischen Instrument der Partei.<<

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schrieb später über den "internen" NS-Terror im März 1933 (x075/73-74): >>... Die Sozialisten stimmten mit Nein, die Kommunisten waren bereits aus dem Reichstag ausgeschlossen worden. Die anderen sagten Ja, teilweise aus Angst. Wie so viele Vereine und Gruppierungen Ja sagen werden – entweder aus tatsächlicher Anhängerüberzeugung oder in der Hoffnung, verschont zu bleiben, wenn sie zulassen, daß der Nachbar verprügelt wird. ...

Aber dem Grauen geht der Terror voraus. Und kein beliebiger Polizeiterror. Die ersten, im Frühjahr 1933 eingerichteten Konzentrationslager dienten nicht nur dazu, die Regimegegner aus dem Verkehr zu ziehen – wie beispielsweise den jungen sozialdemokratischen Abgeordneten Kurt Schumacher, der im Reichstag den Nationalsozialismus als "Aufruf an den inneren Schweinehund im Menschen" charakterisiert hatte.

Die Inhaftierung hatte auch die Erniedrigung, die Entwürdigung zum Ziel und bedeutete physische Qualen. So litten und starben Hunderttausende von Deutschen in Buchenwald und anderswo, noch bevor die ersten Deportationstransporte aus dem Ausland ankamen.

Die Brutalität im eigenen Land ging also der Brutalität eines Krieges voraus, in dem Abermillionen von Menschen sterben sollten ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Errichtung der NS-Diktatur (x057/231-232): >>Die eigentliche "nationale Revolution" begann erst nach den Reichstagswahlen vom März 1933. Sie brachte der Koalition eine knappe Mehrheit von 52 Prozent. Nach einem Staatsakt in Potsdam folgte das Ermächtigungsgesetz. Mit großer Mehrheit (444 gegen 94 Stimmen der SPD – die KPD war nach dem Reichstagsbrand ausgeschaltet -) erteilte der Reichstag dem Reichskanzler die Vollmacht, Gesetze auch ohne Reichstag und Reichspräsidenten zu erlassen. ...

Nun begann schlagartig der Aufbau der Diktatur, begleitet von Verboten, Verfolgungen und Auflösungen (Judenboykott, Auflösungen der Gewerkschaften und Parteien). Darauf folgte das Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich und das Reichstatthaltergesetz.

Damit war ein Einheitsstaat geschaffen, nachdem später auch die Landtage und der Reichsrat aufgelöst wurden. Das "Führerprinzip" des "Führers und Reichskanzlers", wie nunmehr der offizielle Titel lautete, war somit von der Partei auf den staatlichen Sektor übertragen worden (Einheit von Staat und Partei). Die NSDAP blieb als einzige Partei bestehen und sollte mit ihren zahlreichen Gliederungen, die schließlich alle Berufe und Gruppen des deutschen Volkes umfaßte, die "den Staat tragende Säule" bilden.

Eine Geheime Staatspolizei (Gestapo) und ein Sicherheitsdienst der Partei (SD) sollten die Sicherheit des Staates garantieren. Es begann im Laufe der Jahre eine Welle von Verhaftun-

gen und Verfolgungen und Überwachung Andersdenkender mit den berüchtigten Konzentrationslagern (KZ) bis zu der grauenvollen Vernichtung der Juden, die seit den "Nürnberger Gesetzen" unter Ausnahmerecht gestellt waren. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-84) berichtete später über Hitlers "Nationale Revolution" (x063/578-579): >>Schon nach wenigen Tagen wurde aus der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler eine "Nationale Revolution" konstruiert. Man wollte eine Massenpsychose schaffen, um kraft revolutionären Rechts die eben beschworene Verfassung totalitär zu verändern. Die Mittel der Propaganda, der Presse und des Rundfunks waren bereits in nationalsozialistischer Hand.

Der Reichstagsbrand vom 27. Februar, von ihnen selbst in Szene gesetzt, gab dann den Vorwand zum Verbot nicht nur der kommunistischen, sondern schließlich jeder Opposition. Der Terror wurde, um eine paradoxe Ausdrucksweise zu gebrauchen, zum Verfassungsgrundsatz erhoben. Daß dies nötig war, liefert zugleich für die Geschichte den Beweis, daß das Regime, das sich in frevelhafter Anmaßung mit Deutschland gleichzusetzen wagte, niemals auf dem Willen des Volkes ruhte.

Man sagt oft, die Reichstagswahlen vom 5. März 1933 seien die letzten freien Wahlen gewesen. Aber auch sie fanden schon unter ungemeinem Druck statt. Dennoch erhielten die Nationalsozialisten nur 44 %. Zusammen mit ihren Bundesgenossen in der "Kampffront Schwarz-weiß-rot" brachten sie es auf 52 % - genug, mit knapper Mehrheit eine Regierung zu bilden, aber bei weitem nicht für eine Änderung der Verfassung mit legalen Mitteln.

Also mußten sie mit anderen Kräften nachhelfen. Schon die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 ging über alles hinaus, was der Artikel 48 decken konnte. Am 23. März nahm der Rumpfreichstag (die Kommunisten und einen Teil der Sozialdemokraten hatte man eingesperrt oder am Besuch des Reichstages gehindert) das sogenannte Ermächtigungsgesetz an; alle noch anwesenden Sozialdemokraten stimmten dagegen.

Dieses "Gesetz" übertrug der Reichsregierung legislative Befugnisse, auch unter Abweichung von den Bestimmungen der Verfassung. ... Verfassungsrechtlich war das "Gesetz", da bei der Abstimmung 81 Abgeordnete mit Gewalt ferngehalten wurden, ohnehin null und nichtig. ...<< Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die Errichtung der totalitären NS-Diktatur (x051/-368): >>(Machtergreifung) ... Der 30.1.33, von der NSDAP als "nationale Erhebung" und Beginn der "nationalsozialistischen Revolution" gefeiert, war in Wirklichkeit erst der Anfang der Machtergreifung: In den folgenden Monaten wurde in Deutschland die Demokratie endgültig beseitigt und in mehreren Etappen eine totalitäre Diktatur errichtet:

1. Schon im Februar begann unter Leitung Görings und mit Hilfe von SA und SS (ab 11.2. in Preußen "Hilfspolizei") die Ersetzung demokratischer durch nationalsozialistische Beamte, abgesichert durch das Berufsbeamtengesetz vom 7.4.
2. Der Reichstagsbrand am 27.2. lieferte den Vorwand zum Verbot der kommunistischen und z.T. auch der sozialdemokratischen Presse und für die Reichstagsbrandverordnung vom 28.2., die wichtige Grundrechte der Verfassung außer Kraft setzte. Tatsächliche und angebliche Gegner des Nationalsozialismus wurden in "Schutzhaft" genommen. Dies und die gleichzeitige Errichtung der ersten KZ sowie der Boykott jüdischer Geschäfte am 1.4. markierten den Beginn des nationalsozialistischen Terrorsystems.
3. Schon am 1.2. war, aufgrund einer Vereinbarung bei Bildung der Regierung Hitler, der Reichstag aufgelöst worden. Obwohl der folgende Wahlkampf die Grundsätze einer freien Wahl verletzte (KPD faktisch verboten, Wahlwerbung insbesondere der SPD erheblich eingeschränkt), gewann die NSDAP "nur" 288 Sitze (von 647) und 43,9 %, so daß es zur absoluten Mehrheit nur zusätzlich mit der DNVP (52 Sitze) reichte. Am "Tag von Potsdam" am 21.3. wurde der neue Reichstag im Beisein des Reichspräsidenten feierlich und mit großem Pomp,

der die Verbindung des alten (preußisch-monarchischen) mit dem neuen (nationalsozialistischen) Deutschland symbolisieren sollte, in der Potsdamer Garnisonkirche eröffnet.

4. Mit der Einsetzung von nationalsozialistischen Reichskommissaren als Leiter der Exekutive in den Ländern zwischen 5. und 10.3. begann deren Gleichschaltung. Das Deutsche Reich wurde Einheitsstaat.

5. Das Ermächtigungsgesetz vom 24.3. beseitigte endgültig den Rechtsstaat.

6. Am 2.5. wurden die Gewerkschaften verboten, am 10.5. Arbeitnehmer und -geber in der Deutschen Arbeitsfront zwangsvereinigt.

7. Im Juni und Juli 33 wurden die noch bestehenden Parteien verboten oder lösten sich unter nationalsozialistischem Druck auf; die Neubildung von Parteien verbot das Gesetz vom 14.7. Das Deutsche Reich war ein Einparteienstaat geworden, durch Gesetz "zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat" am 1.12.33 legalisiert.

8. Das Reichskulturkammergesetz vom 22.9. und das Schriftleitergesetz vom 4.10. leiteten die kulturelle Gleichschaltung ein.

9. Schon vorher war auch die Reichsregierung faktisch gleichgeschaltet worden: Die nicht der NSDAP angehörenden Minister waren ausgeschieden und durch Nationalsozialisten ersetzt worden, als neues Ministerium kam das Propagandaministerium hinzu.

10. Unter dem Vorwand einer angeblichen Verschwörung der SA ließ Hitler zwischen 30.6. und 2.7.34 Röhm und weitere SA-Führer sowie andere Mißliebige ermorden und schaltete so die SA als selbständigen Machtfaktor aus (Röhm-Affäre). An ihrer Stelle wurde die SS zur wichtigsten Stütze des Regimes.

11. Nach dem Tod Hindenburgs am 2.8.34 wurden noch am gleichen Tag per Gesetz die Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers in der Person Hitlers als dem "Führer und Reichskanzler" vereinigt: Die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur war abgeschlossen.<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete später (am 22. Juni 2008) über die Machtergreifung der Nationalsozialisten: >>**Letztes Bollwerk gegen das NS-Regime**

Vor 75 Jahren erklären die Nationalsozialisten die SPD für verboten

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten und dem Ermächtigungsgesetz von März 1933 war das Deutsche Reich kein Rechtsstaat mehr. Mit der Zerschlagung der Gewerkschaften war im Mai eines der letzten Bollwerke gegen die NS-Terrorherrschaft gefallen. Im Juni wurde der Weg zum Einparteienstaat frei: Am 22. Juni erklärten die Nationalsozialisten die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für verboten.

"22. Juni 1933. SPD aufgelöst. Bravo! Der totale Staat läßt nicht mehr lange auf sich warten." Er war - anders als es Joseph Goebbels in seinem Tagebuch vermerkte - sogar schon da, der totale Staat, in diesem Juni 1933. Gewiß, Adolf Hitler war erst am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt worden - zum Entsetzen mancher kritischer Zeitgenossen, wie etwa Sebastian Haffner:

"Eisiger Schreck! Dann schüttelte ich das ab. Am Abend diskutierte ich die Aussichten der neuen Regierung mit meinem Vater, und wir waren uns einig darüber, daß sie zwar eine Chance hatte, eine ganze hübsche Menge Unheil anzurichten, aber kaum eine Chance, lange zu regieren."

Doch das "Unheil" hatte einen rasanteren Verlauf genommen als sich viele vorzustellen vermochten. Denn Hitler und seine Partei hatten zunächst vor allem ein Ziel vor Augen: die vollkommene Auslöschung des verhaßten "Systems von Weimar". Zu diesem "System" gehörten in erster Linie die Parteien im allgemeinen und die linken im besonderen.

Allein bis Mitte März 1933 befanden sich über 7.000 Sozialdemokraten und Kommunisten, darunter der Parteichef der KPD, Ernst Thälmann, in Haft, andere waren ermordet worden, in den Untergrund abgetaucht oder im Exil.

Spätestens nach der Verabschiedung des "Ermächtigungsgesetzes" am 23. März 1933 war das Deutsche Reich kein Rechtsstaat mehr. Bereits im Mai folgte die Zerschlagung der Gewerkschaften. Am 22. Juni schließlich erklärte der NS-Innenminister Wilhelm Frick:

"Die Vorgänge der letzten Zeit haben den unumstößlichen Beweis dafür geliefert, daß die deutsche Sozialdemokratie vor hoch- und landesverräterischen Unternehmungen gegen Deutschland und seine rechtmäßige Regierung nicht zurückschreckt. Dies alles zwingt zu dem Schluß, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als eine staats- und volksfeindliche Partei anzusehen, die keine andere Behandlung mehr beanspruchen kann, wie sie der Kommunistischen Partei gegenüber angewandt worden ist."

In dieser Situation blieb vielen SPD-Mitgliedern, vor allem den noch im Lande befindlichen Abgeordneten der Partei, nur die Flucht - wenn sie möglich war, wie etwa im Falle des aus Regensburg stammenden Reichstagsabgeordneten Josef Felder:

"Und ... am 22. in der Früh, brachte mein Bruder, der Hochtourist ist, und bei dem ich da diese eine Nacht verbracht hatte, ... die 'Münchener Neuesten Nachrichten' mit dem großen Aufruf, der großen Erklärung, Frick, Parteiverbot, in großen Lettern: 'Die Partei ist verboten!' und so weiter."

Zu diesem Zeitpunkt hielt sich Felder versteckt bei seinem Bruder in München auf - der die Flucht schon insgeheim geplant hatte:

"Und da - das hatte mein Bruder schon vorbereitet, der sagte schon immer, das kommt alles, das kommt alles, ihr werdet nimmer lang Abgeordnete sein. Der hatte vorbereitet: einen Rucksack mit Steigeisen und Kletterseil und alles. Und da hat er gesagt: Für dich gibt es nur noch eine Möglichkeit, Flüchten über die Berge. Normal kommst du nicht mehr hinaus."

Josef Felder gelang die Flucht "über die Berge" nach Österreich. In Wien agitierte er unter einem Tarnnamen weiter gegen das NS-Terrorregime. Andere hatten weniger Glück.

Adolf Hitler aber konnte triumphieren. Das am 14. Juli 1933 erlassene "Gesetz gegen die Neubildung von Parteien" verlieh dem Einparteienstaat eine Schein-Legalität. Und ganz nebenbei wurde auch noch das angeblich "volks- und staatsfeindliche Vermögen" der SPD eingezogen. Vor dem Reichstag zog Hitler am 30. Januar 1934 eine vorläufige Bilanz:

"Nun, in einem Jahr der nationalsozialistischen Revolution haben wir die Parteien gestürzt. Nicht nur ihre Macht gebrochen, nein, wir haben sie beseitigt und ausgelöscht aus unserem deutschen Volk. ... Siegreich hat sich in diesem Jahre über den Trümmern dieser versunkenen Welt erhoben die Kraft des Lebens unseres Volkes!"

Im Verlaufe des Jahres 1934 wurde - wie die illegale SPD-Zeitschrift "Sozialistische Aktion" beobachtet haben wollte - vielen Deutschen das Ausmaß der Katastrophe deutlich. Weiter heißt es:

"Täuschen wir uns aber nicht! Das, was wir jetzt in Deutschland erleben, ist nicht mehr als der Anfang, ehe wir den Irrsinn des Faschismus überwinden können."<<

Der "Völkische Beobachter berichtete am 24. März 1933 nach der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz (x023/27): >>Revolutionsstimmung herrschte im Reichstag, als der SPD-Führer Wels eine windelweiche Rede hielt, dabei aber noch die Dreistheit besaß, auch für die Sozialdemokratie Kampf um die deutsche Gleichberechtigung und Ehre in Anspruch zu nehmen.<<

Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtete am 24. März 1933 (x243/47): >>... Polizeiaktion gegen "Freie Presse" und Gewerkschaftshaus. ... SA, ... Kriminalbeamte ... drang(en) in die Räumlichkeiten der "Freien Presse" (SPD) ein, ... in die des Gewerkschaftshauses. ... Redakteur B. ... von der "Freien Presse" ... aus seiner Wohnung geholt. ... In beiden Häusern ... Haussuchungen. ...<<

Reichspropagandaminister Joseph Goebbels berichtete am 25. März 1933 über die zukünftigen Aufgaben des Rundfunks (x092/873): >>Ich glaube niemand wird bestreiten wollen, daß

der große geistige Durchbruch, der sich am 30. Januar in Deutschland vollzogen hat, selbstverständlich auch seine Rückwirkungen auf dem Gebiete des Rundfunks haben muß. ...

Das Volk hat ein Anrecht auf den Rundfunk, es hat ein Anrecht zu erfahren, wie es in Deutschland zugeht, was die Regierung tut, was die Minister, wie der geistige Querschnitt des Zeitalters ist, was in der Wirtschaft passiert, was im öffentlichen Leben, kurz und gut: Der Rundfunk hat die Pflicht, aktuell zu sein und darf dabei vor nichts zurückschrecken. ...

Der Rundfunk ist nicht dazu da, geistige Experimente auszuführen. Er ist nicht dazu da, dem Volke die Entwicklung selbst zu zeigen, sondern das Volk will Resultate sehen.

Ich halte den Rundfunk für das allmodernste und allerwichtigste Massenbeeinflussungsinstrument, das es überhaupt gibt. Ich bin der Meinung, daß der Rundfunk überhaupt das Volk an allen öffentlichen Angelegenheiten teilnehmen lassen muß, daß es im Volksdasein überhaupt keinen großen Vorgang mehr geben wird, der sich auf zwei- bis dreihundert Menschen begrenzt, sondern daß daran eben das Volk in seiner Gesamtheit teilnimmt.

Der Rundfunk muß der Regierung die fehlenden 48 Prozent zusammentrommeln, und haben wir sie dann, muß der Rundfunk die 100 Prozent halten, muß sie verteidigen, muß sie so innerlich durchtränken mit den geistigen Inhalten unserer Zeit, daß niemand mehr ausbrechen kann. ...

Wir werden die Arbeitsmethoden, die wir beim Potsdamer Tag zum ersten Mal angewandt haben, weiter vervollkommen, und ich bin der Überzeugung, in einem Jahr wird man den Rundfunk gar nicht mehr wiedererkennen. ...<<

Die deutsche Historikerin Sibylle Obenaus schrieb später über den "Rundfunk" des NS-Regimes (x051/505-506): >>Rundfunk, im Dritten Reich wie alle Medien Herrschaftsmittel der Staatsführung zur Verwirklichung politischer Ziele und Interessen; nach Goebbels das "allmodernste und ... allerwichtigste Massenbeeinflussungsinstrument" zur propagandistischen Mobilisierung.

Nachdem schon durch die Rundfunkordnung vom 18. November 32 ein "staatspublizistisches Organisationsgebilde" (Lerg) geschaffen worden war, begannen sofort nach den Reichstagswahlen vom 5.3.33 Entlassungen zahlreicher Mitarbeiter aus Programm, Technik und Verwaltung, alle Schlüsselstellungen wurden mit Nationalsozialisten besetzt.

In einem im November 34 in Berlin eröffneten Rundfunkprozeß versuchte man außerdem, allerdings im Wesentlichen ohne Erfolg, leitenden Mitarbeitern des Weimarer Rundfunks, u.a. Hans Bredow, dem Gründer des deutschen Rundfunks, "Korruptionssumpf" nachzuweisen.

Die Rundfunkabteilung des Propagandaministeriums (Abteilung III) galt als "Befehlszentrale des Deutschen Rundfunks".

Nachdem noch im März 33 die in das Innen- und Postministerium ressortierenden Rundfunkkompetenzen übernommen worden waren und Widerstände der Länder mit der endgültigen Festlegung der Aufgabenbereiche des Ministeriums am 30.6.33 gegenstandslos wurden, folgte bis Mai 34 die juristische Liquidation des Länderrundfunks: Das Vermögen der regionalen Rundfunkanstalten übernahm die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft (RRG), die administrative Spitze des deutschen Rundfunks. Ab 1.4.34 wurden sie als "Reichssender", d.h. als unselbstständige Filialen der RRG, von den jeweiligen Intendanten weitergeführt.

Zentraler Rundfunknachrichtendienst war "Der Drahtlose Dienst" (DDD), Hauptschriftleiter bis 1938: Fritzsche, dann Walter Wilhelm Dittmar. Leiter der Rundfunkabteilung wurde bis Mai 37 Horst Dreßler-André, bis August 39 Hans Kriegler, 1939-41 Alfred-Ingemar Berndt und (Februar-August 40) Hadamovsky, September 1941/42 Wolfgang Diewerge und vom 3.11. 42 bis zum Kriegsende 1945 Fritzsche.

Die RRG wurde umorganisiert. Ein fünfköpfiger Verwaltungsrat aus drei Vertretern des Propagandaministeriums und je einem Vertreter des Post- und Finanzministeriums wurde gebildet, den Vorsitz führte ein Staatssekretär des Propagandaministeriums, bis 1937 Funk, dann

bis zur Auflösung des Verwaltungsrates im April 40 Hanke. Das Führungsgremium der RRG bestand aus "Reichssendeleiter" Hadamovsky, Direktor für die gesamte Programmgestaltung, dem technischen Direktor Claus Hubmann und dem kaufmännischen Direktor Hermann Voß. Erst zum 1.4.37 bekam die RRG mit dem Reichsintendanten Heinrich Glasmeier einen Generaldirektor.

Mit Kriegsbeginn begann eine schrittweise Konzentration aller Machtbefugnisse auf die Rundfunkabteilung des Propagandaministeriums selbst, die RRG mit ihrem Generaldirektor trat immer mehr in den Hintergrund.

Die Verantwortung für die unterhaltende und künstlerische Programmgestaltung übernahm im Oktober 41 Hinkel, für die politisch-propagandistischen Sendungen im Februar 42 die Leiter der Rundfunkabteilung selbst, Wolfgang Diewerge, dann Fritzsche. Hadamovsky schied im Juni 42 aus der RRG aus und wechselte als Stabsleiter in die Reichspropagandaleitung. Auch der Auslandsrundfunk wurde dem Generaldirektor 1941 entzogen und Toni Winkelkemper übertragen, der direkt dem Propagandaministerium verantwortlich war.

Um den Massenempfang auch tatsächlich zu ermöglichen, wurde in Zusammenarbeit mit der Reichsrundfunkkammer, der berufsständischen Zwangsorganisation aller Rundfunkmitarbeiter, der Bau "politischer Rundfunkgeräte" in die Wege geleitet, des Volksempfängers (1933), des Arbeitsfrontempfängers für den gemeinsamen Empfang in den Betrieben (1935) und des Deutschen Kleinempfängers (1938), auch "Goebbels' Schnauze" genannt. Mit diesen billigen und nur einfachsten technologischen Anforderungen genügenden Geräten sollten der nächstgelegene Reichssender und der Deutschlandsender auf Langwelle sicher zu empfangen sein.

...<<

Der Zentrums-Politiker Karl Bachem erklärte am 25. März 1933 (x243/45): >>Das Ermächtigungsgesetz ist also angenommen. ... Das Gesetz wäre selbst dann durchgegangen, wenn das Zentrum dagegen gestimmt oder ... sich enthalten hätte.

Hätte das Zentrum dagegen gestimmt, so wäre es wohl ... sofort zerschlagen worden, gerade wie die ... Sozialdemokratie. Alle Beamten, welche sich zum Zentrum bekennen, wären wohl sofort beseitigt worden. Im Reichstag (wären) ... die Zentrumsleute ... vielleicht sofort verprügelt und hinausgeschmissen worden, ... aber ohne, daß der katholischen Sache ... genützt worden wäre. ... Jede Möglichkeit einer Einflußnahme auf ihre (die Politik der NSDAP) wäre von vornherein unmöglich geworden. ...<<

Das "Börsenblatt" berichtete am 25. März 1933 über den Kampf gegen Schmutz und Schund und zitierte Adolf Hitler (x032/36): >>... Theater, Kunst, Literatur, Kino, Presse, Plakat und Auslagen sind von den Erscheinungen einer verfaulenden Welt zu säubern und in den Dienst einer sittlichen Staats- und Kulturidee zu stellen. Das Recht der persönlichen Freiheit tritt zurück gegenüber der Pflicht der Erhaltung der Rasse. ...

Mag bei dem angesagten Kampf vielleicht mancher Mißgriff vorkommen - so wird jedenfalls viel Gift ausgemerzt werden.<<

Dr. Horst Heidtmann schrieb später über das "Schmutz- und Schundgesetz" (x051/518-519): >>Schmutz- und Schundgesetz, Bezeichnung für das am 18.12.26 erlassene "Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schmutz- und Schundschriften", das Kinder und Jugendliche vor einer nicht näher bestimmten "Schundliteratur" schützen sollte.

Schon zuvor hatten bürgerlich-konservative Kreise Organisationen für Antischundaktivitäten gegründet, die sich gegen Indianerheftchen wie erotische Literatur wandten, zugleich aber patriotisches Schrifttum förderten, das formal nicht anders gestaltet war.

Die nach dem Schmutz- und Schundgesetz eingerichteten Prüfstellen wirkten darauf hin, daß besondere Titel, die sexuelle Darstellungen enthielten, in der "Liste der Schund- und Schmutzschriften" erfaßt wurden und damit strengen Vertriebsbeschränkungen unterlagen.

Der von nationalen Kreisen mit dem Vorwurf geführte Kampf, daß die Schundliteratur die

"Wehrrertüchtigung" behindere, richtete sich vielfach auch gegen politisch unliebsame, sozial-kritische oder sozialistische Dichtung.

Nach 1933 wurden durch die Gleichschaltung des Buchmarktes, durch Zensur- und Kontrollinstanzen besondere Formen und Organisationen des literarischen Jugendschutzes überflüssig, so daß das Schmutz- und Schundgesetz am 10.4.35 aufgehoben wurde.<<

Die "Fränkische Presse" bekannte am 27. März 1933 (x023/127-128): >>Wir erklären hiermit ohne jeden Zwang, daß die von uns seit Jahren über die NSDAP und insbesondere ihren Führer gebrachten Nachrichten, Meldungen und eigene Aufsätze der Wahrheit nicht entsprachen, sondern nur deshalb erfolgt sind, um das Volk vom Erwachen abzuhalten und die NSDAP dadurch zu schädigen.

Wir sehen heute ein, daß die NSDAP die einzige Bewegung war, die den Kampf unter Einsatz des Lebens gegen die Gottlosigkeit geführt hat. Der NSDAP, voran ihrem Führer Adolf Hitler ... ist es allein zu danken, daß heute die Gotteshäuser noch stehen und unsere Priester noch verkünden können.

Wir bedauern, daß wir uns bis jetzt in unserer Berichterstattung von einseitigem Parteiegoismus haben leiten lassen.<<

Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtete am 27. März 1933 über die Gleichschaltung des Gemeinderates (x243/47): >>... Unter Zugrundelegung des Reichstagswahlergebnisses vom 5. März (werden) die politischen Vertretungen der Länder und Gemeinden neu zusammengestellt. ... Eine Wahl wird nicht erfolgen, da die Beanspruchung öffentlicher Gelder durch einen abermaligen Wahlgang nicht mehr erträglich erscheint. (Nach diesem Verhältnis stieg der Anteil der NS-Fraktion von 2 auf 10 Sitze. Sie war nach dem Verbot der SPD – 10 Sitze – stärkste Fraktion). ...<<

Hitler rief am 28. März 1933 alle NS-Parteorganisationen zum Boykott (1. April 1933) der Juden auf (x032/37): >>... Das Deutschland der nationalen Revolution ist nicht das Deutschland einer feigen Bürgerlichkeit. ...

(Hitler fordert) ... sofort Aktionskomitees zu bilden zur praktischen, planmäßigen Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, jüdischer Ärzte und jüdischer Rechtsanwälte.<<

Goebbels berichtete am 30. März 1933 in seinem Tagebuch (x191/188): >>Der Rundfunk muß der Regierung die fehlenden 49 % zusammentrommeln, und haben wir sie dann, muß der Rundfunk die 100 % halten, muß sie verteidigen, muß sie innerlich durchtränken mit den geistigen Inhalten unserer Zeit, daß niemand mehr ausbrechen kann.<<

Das erste "Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich" (1. Gleichschaltungsgesetz) wurde am 31. März 1933 erlassen. Alle Landtage und kommunalen Selbstverwaltungsorgane waren danach aufzulösen und nach dem Ergebnis der letzten Reichstagswahlen vom 5. März 1933 neu aufzustellen.

Der Verleger Wilhelm Goldmann erklärte am 31. März 1933 im "Börsenblatt" (x032/39): >>... In der letzten Zeit wurden meine Herren Vertreter verschiedentlich gefragt, ob mein Verlag eine jüdische Firma sei.

Aus Sachlichkeitsgründen und zur Vermeidung von Mißverständnissen teile ich mit, daß meine Familie immer christlich war und meine Vorfahren in Schlesien als Bauern ansässig waren. Das meiner Familie 1546 verliehene Adelsprädikat wurde 1806 abgelegt.<<

Ein Zeitzeuge berichtete über die "Beschränkungen der persönlichen Freiheit" ab März 1933 (x191/59-60): >>In diesen Märztagen entstanden die Konzentrationslager ...

Nach den Berichten von Beamten und Freunden trat die SA mit eigenen "Vernehmungsstellen" in Berlin selbst in eine grauenvolle Tätigkeit ein. In den einzelnen Stadtteilen entstanden "Privatgefängnisse". – Dort waren die Fußböden einiger leerer Zimmer, in denen sich die Folterknechte betätigten, mit einer Strohschütte bedeckt worden.

Die Opfer, die wir vorfanden, waren dem Hungertode nahe. Sie waren tagelang stehend in enge Schränke gepreßt worden, um ihnen "Geständnisse" zu erpressen.

Die "Vernehmungen" hatten mit Prügeln begonnen und geendet; dabei hatte ein Dutzend Kerle in Abständen von Stunden mit Eisenstäben, Gummiknüppeln und Peitschen auf die Opfer eingedroschen.

... Es gab kein Stöhnen und Klagen mehr, nur starres Warten auf das Ende oder auf neue Prügel.<<

"Wilde SA- und SS-Lager" werden zu Konzentrationslagern (KZ)

Der NS-Staat verfügte schon frühzeitig über Konzentrationslager (KZ), in denen "mißliebige Elemente" (Kommunisten, Sozialisten, Geistliche und andere "Volksschädlinge") Zwangsarbeit leisten mußten.

Im Jahre 1933 ließ Himmler bei Dachau (Oberbayern) und in Oranienburg (Provinz Brandenburg) die ersten Konzentrationslager sowie zahlreiche "wilde SA- und SS-Lager" (leerstehende Fabriken oder Lagerhallen) errichten. Später inhaftierte man auch Kriminelle (Berufs- und Gewohnheitsverbrecher), "Vorbeugungshäftlinge" und "Volksschädlinge" ("Arbeitsscheue", Homosexuelle, Zeugen Jehovas, Zigeuner und andere) in den NS-Konzentrationslagern. Politische Häftlinge und kriminelle Elemente wurden ab 1938 nicht mehr getrennt, sondern bewußt vermischt.

Bis 1937/38 löste die SS alle "wilden Lager" auf und internierte die Häftlinge in den neuen Konzentrationslagern (KZ). Die SS errichtete ab 1938 weitere Konzentrationslager für den Zwangsarbeitseinsatz in der deutschen Rüstungsindustrie und später als Übergangslager für die sogenannte "Endlösung".

Von 1938-44 entstanden im NS-Reich z.B. folgende Konzentrationslager "erster Ordnung": Stutthof (bei Danzig), Neuengamme (bei Hamburg), Ravensbrück (bei Fürstenberg/Havel, ein Frauenlager), Bergen-Belsen (bei Fallingb., Landkreis Celle), Buchenwald (bei Weimar), Groß-Rosen (Niederschlesien), Flossenbürg (Landkreis Neustadt/Waldnaab), Natzweiler (im Elsaß), Dachau (bei München), Mauthausen (bei Linz), Woltersdorf (bei Wien).

Von 1933-39 inhaftierte die Gestapo ca. 750.000-1.200.000 "unbequeme Deutsche" (x063/-580). Am 10. April 1939 waren etwa 300.000 politische Gefangene im Konzentrationslager (x050/167). In den Gestapo-Archiven lagerten etwa 2,0 Millionen Akten über verdächtige deutsche Staatsbürger (x063/580).

Ein Schüler, der mit seiner Klasse das neuerrichtete KZ Buchenwald besichtigen durfte, berichtete später (x191/62-63): >>Unter den Eingesperrten hatte ich einen Weimarer Pfarrer erkannt, er hatte völlig zerfetzte Kleider an, war kahl geschoren und hatte hohle Wangen. Er trug Holzpantinen an den Füßen.

Ich wußte nicht, was ich sagen sollte. Wenige Monate vorher hatte er noch in Weimar auf den Stufen des Thüringischen Landesmuseums gestanden, auf denen nach seiner Idee eine riesiger "Christbaum für alle" errichtet worden war. ...

Die Weimarer liebten ihn sehr wegen seiner seelsorgerischen Arbeit, er hatte Nähstuben für alte Frauen und Wärmestuben für Arbeitslose eröffnet und Weihnachten Hunderte von Gabenpaketen an Notleidende verteilt. ...

Als ich zu Hause von meiner stummen Begegnung berichtete, nannte Vater mir den Grund für seinen Aufenthalt im Konzentrationslager:

Der Pfarrer hatte nicht zugeben wollen, daß seine Liebestätigkeit von der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt abgelöst wurde. ...

Der "Christbaum für alle" mußte heimlich und bei Nacht aufgestellt werden. Am Weihnachtstag selbst getraute sich niemand, diesen Baum zu entfernen, aber nach der Mitternachtsmette und nachdem sich die Menschen zerstreut hatten, waren zwei Schwarzuniformierte erschienen, hatten den Pfarrer in ein Auto gepackt und nach Buchenwald eingeliefert.<<

Der deutsche Staatsanwalt Willy Dreßen schrieb später über die "Schutzhaft" des NS-Regimes (x051/525-527): >>Schutzhaft, vor dem Ersten Weltkrieg geschaffene Institution zur polizeilichen Verwahrung von Personen.

In Preußen stützte man sich bei der Verhängung von Schutzhaft zunächst auf das Allgemeine Landrecht (Artikel 10 II 17). Eine weitere Regelung erfolgte in Preußen durch das Polizeiverwaltungsgesetz vom 1.7.31.

Danach konnten Personen in polizeiliche Verwahrung genommen werden, wenn das zu ihrem Schutz oder zur Beseitigung einer bereits aufgetretenen Störung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung oder zur Abwehr einer unmittelbar bevorstehenden polizeilichen Gefahr erforderlich und die Beseitigung der Störung und die Abwehr der Gefahr auf andere Weise nicht möglich war. Allerdings mußten die Häftlinge dann spätestens im Lauf des folgenden Tages entlassen werden (Ausnahme: gemeingefährliche Geisteskranke).

Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde die Möglichkeit der Inschutzhaftnahme bedeutend erweitert: Die "Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes" vom 4.2.33 (RGBl. I, S. 35) gab der Polizei die Befugnis einer längeren Inhaftierung ohne richterlichen Haftbefehl. Der Verhaftete konnte jedoch - neben der Dienstaufsichtsbeschwerde - den Amtsrichter des Vollstreckungsbezirkes anrufen. Außerdem setzte die Haft die Begehung strafbarer Handlungen (unbefugtes Führen von Waffen u.a.) voraus und war auf längstens drei Monate begrenzt.

Die Verordnung verlor ihre Bedeutung mit dem Erlaß der Reichstagsbrandverordnung vom 28.2.33. Nach ihr war die Inhaftierung zeitlich unbegrenzt möglich und dem Verhafteten standen gegen sie keinerlei Rechtsbehelfe mehr zur Verfügung.

Ursprünglich richtete sie sich gegen kommunistische Bestrebungen im weitesten Sinn, worunter aber schließlich alles verstanden wurde, was dem Regime mißfiel. So wurden z.B. auch lästige evangelische und katholische Geistliche, Zentrumsangehörige, Sozialisten, Gewerkschaftler, Zeitungsverleger, Journalisten, Alkoholiker, Asoziale, Arbeitsscheue, Unterhaltspflichtverletzer, "unsoziale" Fabrikanten oder Angehörige von flüchtigen Regimegegnern (Sippenhaft) nach dieser Verordnung eingesperrt. Der Haftgrund des Schutzes der eigenen Person des Häftlings - etwa gegen die "Empörung" der Bevölkerung - spielte dagegen in der Praxis eine untergeordnete Rolle.

Die Schutzhaftgefangenen wurden anfangs in Polizeigefängnissen und Strafanstalten untergebracht, und da diese bald völlig überfüllt waren, in alten Fabriken oder anderen Haftlagern, den frühen Konzentrationslagern, die fast alle 1933-35 wieder aufgelöst wurden, festgehalten. Eine letzte große Verhaftungswelle ging nach der sogenannten Röhm-Affäre (30.6.34) durch Deutschland. Danach übernahm die SS auch die Kontrolle der meisten bis dahin von SA-Hilfspolizisten bewachten Lager.

1933 wurden u.a. folgende Zahlen von Schutzhaftgefangenen in der Presse veröffentlicht: Bis April in Bayern etwa 5.400 Personen und im ganzen Reich etwa 16.000 Personen, bis Oktober in Preußen etwa 15.000 Personen. Dabei muß jedoch einmal berücksichtigt werden, daß aus Propagandagründen wahrscheinlich herabgesetzte Zahlen bekannt gegeben wurden, zum anderen dürften - wie in Nachkriegsurteilen festgestellt - die Innenministerien bei den zahlreichen Verhaftungen, die von allen möglichen Partei- und Polizeidienststellen vorgenommen wurden, kaum zutreffende Berichte über die Häftlingszahlen erhalten haben.

Unmittelbar nach der Machtübernahme und nach der Reichstagsbrandverordnung kam es darüber hinaus in zahlreichen Fällen zu völlig willkürlichen und eigenmächtigen Verhaftungen (etwa durch SA- und SS-Männer, die sich an politischen Gegnern rächen wollten), bei denen die Verhafteten teilweise in schnell improvisierte sogenannte "wilde" KZ (alte Feldscheunen, Schuppen, leerstehende Hallen, Hinterzimmer u.a.) gebracht und dort oft schwer mißhandelt oder sogar getötet wurden.

Frühe KZ zur Vollstreckung von Schutzhaft waren: Ahrensböök (Schleswig-Holstein), Ankenbuck (Baden), Augustusbürg (Sachsen), Bad Sulza (Thüringen), Benninghausen (Kreis Lippstadt), Bornim bei Potsdam, Brandenburg an der Havel, Brauweiler bei Köln, Breitenau (Hessen-Nassau), Bremen-Ochtumsand (auf einem Schiff), Bremerhaven ("Langlütjen"), Breslau-Dürrgoy, Chemnitz und Colditz (Außenkommandos von Sachsenburg), Columbia-Haus in Berlin (erst 5.11.36 aufgelöst), Dresden (Gefängnis), Dresden-Drachenberge (zu Sachsenburg), Fuhlsbüttel (Hamburg), Gollnow (Pommern), Gotteszell bei Schwäbisch Gmünd, Hainewalde (Sachsen), Hainichen (Sachsen), Hammerstein (Posen-Westpreußen), Heuberg bei Stetten am Kalten Markt (Württemberg), Hohenstein (Sachsen), Kemna, Kislau (Baden), Königstein (Sachsen), Leipzig (Frauen-KZ im St.-Georg-Krankenhaus), Leschwitz bei Görlitz, Lichtenburg, Moringen (Kreis Northeim), Oranienburg, Osthofen bei Worms, Quedenau (Ostpreußen), Reichenbach (Vogtland), Roßlau (Anhalt), Sachsenburg (erst Sommer 37 aufgelöst), Sonnenburg (Neumark), Stettin-Bredow, Taufkirchen (Bayern), Ulm-Kuhberg und Garnisons-Arresthaus, Werden (Rheinprovinz), Wittmoor (Hamburg), Zschochau (Sachsen), Zwickau (Sachsen).<<

Der deutsche Staatsanwalt Willy Dreßen schrieb später über die "Konzentrationslager" (KZ) des NS-Regimes in den Jahren 1933-1938 (x051/325): >>Konzentrationslager. Die ersten KZ gab es im Burenkrieg (1901); sogenannte concentration camps wurden von den Engländern als Internierungslager für Zivilgefangene eingerichtet.

Im nationalsozialistischen Deutschland dienten sie seit 1933 zur Inhaftierung und Umerziehung aller "mißliebigen Elemente" (wie Kommunisten, Sozialisten, Zentrumsangehörige, Geistliche u.a.) und zur Zwangsarbeit.

Entstanden sind die KZ im Zuge der Verhaftungswelle nach der Machtübernahme 1933, die dazu führte, daß die Gefängnisse in kurzer Zeit völlig überfüllt waren und zusätzlicher Haftraum benötigt wurde. Die wesentliche Rechtsgrundlage für die Inhaftierung bildete die Reichstagsbrandverordnung. Die Haft wurde als vorbeugende Polizeimaßnahme bzw. Schutzhaft gegenüber staatsfeindlichen Elementen bezeichnet. Rechtsbehelfe gegen sie waren nicht zugelassen.

Die ersten KZ wurden teils von staatlichen Stellen (Polizeibehörden u.a.), teils aber auch eigenmächtig von SA und SS in leerstehenden Fabriken, Lagerhallen u.a. eingerichtet. Diese "wildern" KZ (Schutzhaft) verschwanden in der Folgezeit nach und nach, die Leitung und Bewachung der anderen Lager blieb in den Händen der vom Staat als Hilfspolizei eingesetzten SA und SS und ging nach der Röhm-Affäre (30.6.34) allein auf die SS über.

Das Modell für alle KZ wurde Dachau, dessen Lagerkommandant Eicke, der am 4.7.34 zum "Inspekteur der KZ" ernannt wurde, am 1.10.33 eine Lagerordnung erlassen hatte, die bei der Einrichtung der anderen Lager als Muster diente.

Ein KZ hatte danach jeweils fünf Abteilungen, nämlich Kommandantur (I), politische Abteilung (II), Schutzhaftlager (III), Verwaltung (IV) und Lagerarzt (V). Die politische Abteilung (II) war praktisch ein Außenposten der jeweiligen örtlichen Gestapo mit einem Gestapobeamten als Leiter. Sie führte Vernehmungen durch und war für die Häftlingskartei, die Häftlingsakten u.a. zuständig.

Der Schutzhaftlagerführer (bei großen Lagern gab es neben dem ersten einen zweiten Schutzhaftlagerführer) war auch Vertreter des Kommandanten. Ihm unterstanden der oder die Rapportführer, diesem die Blockführer. Ferner unterstanden ihm der Arbeitseinsatzführer und die Kommandoführer. Im Schutzhaftlager (III) waren die Häftlinge untergebracht.

Die Disziplin der SS-Angehörigen in den Lagern war meist schlecht. Selbst schwere Bestrafungen (Todesstrafen) durch SS-Gerichte änderten daran nichts Grundlegendes.

Parallel zur SS-Organisation wurde später eine Häftlingsselbstverwaltung eingerichtet, an deren Spitze der oder die Lagerältesten standen, gefolgt von den Blockältesten der einzelnen

Baracken und dem Stubendienst. Funktionshäftlinge (Schreiber, Häftlingsärzte, Leichenträger u.a.) waren mit den verschiedensten Arbeiten im Lager betraut. In den Arbeitskommandos waren sie als Kapos und Vorarbeiter eingesetzt. Meist waren es Kriminelle oder politische Häftlinge, zwischen denen ein ständiger offener oder versteckter Kampf um die besten Positionen im Lager stattfand.

Neben dem SS-Personal des Lagers selbst gab es zur Außenbewachung des Lagers SS-Wachtruppen, "SS-Wachverbände", später Totenkopfverbände genannt.

Während zunächst in den KZ nur politische Schutzhäftlinge inhaftiert waren, ging man später – u.a. zur Diskriminierung der politischen Gefangenen – dazu über, entsprechend dem Erlaß des Reichsjustizministeriums vom 14.12.37 sogenannte "Berufs- und Gewohnheitsverbrecher, Asoziale" u.a., die als polizeiliche Vorbeugungshäftlinge bezeichnet wurden, in die Lager einzuweisen.

Zusammen mit den Juden und "Zigeunern", den Homosexuellen und den Ernsten Bibelforschern (Zeugen Jehovas), den sogenannten Arbeitsscheuen (Himmler-Erlaß vom 26.1.38) und Personen, die ihre gerichtlich verhängten Strafen bereits verbüßt hatten oder die angeblich zu Unrecht freigesprochen worden waren, waren damit schon frühzeitig verschiedene Kategorien von Häftlingen in den KZ inhaftiert. ...<<

Der deutsche Historiker Martin Broszat berichtete später über die Kenzeichnung der verschiedenen KZ-Häftlingsgruppen (x129/67): >>Die verschiedenen Häftlingskategorien wurden in den Lagern besonders gekennzeichnet. Das schon in den Jahren vor dem Krieg eingeführte einheitliche Schema bestand darin, daß das Stoffdreieck, das jedem Gefangenen auf die Häftlingskleidung aufgenäht wurde, je nach Häftlingskategorie in verschiedenen Farben angefertigt wurde: für politische Gefangene (rot), Bibelforscher (lila), Asoziale (schwarz), Kriminelle (grün), Homosexuelle (rosa) und für Emigranten (blau).

Jüdische Häftlinge mußten zusätzlich zu dem Farbdreieck ein gelbes Dreieck tragen, das so auf das Farbdreieck aufgenäht wurde, daß sich ein sechseckiger Zionsstern ergab. Ein zusätzliches Kennzeichen in Gestalt eines Querbalkens über dem Dreieck wurde für sogenannte rückfällige Häftlinge eingeführt. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die Verfolgung der internationalen Glaubensgemeinschaft "Ernste Bibelforscher" (x051/158-159): >>Ernste Bibelforscher (Internationale Vereinigung Ernste Bibelforscher), 1870 von Charles Taze Russel (1852 bis 1916) gegründet und seit 1916 von Joseph F. Rutherford (1869-1942) geführte internationale Glaubensgemeinschaft, die die unmittelbar bevorstehende Wiederkehr Christi lehrt und in strenger Bibelauslegung jedes Handeln gegen den Sinn biblischer Verkündigung ablehnt.

Trotz der seit 1931 üblichen Eigenbezeichnung "Zeugen Jehovas" wurden sie allgemein weiter Ernste Bibelforscher genannt und von den Nationalsozialisten im Rahmen der Sektenverfolgung gleich nach der Machtergreifung als "Schrittmacher des Weltbolschewismus" kompromißlos bekämpft (Verbot Mitte 33).

Dazu trug der radikale Pazifismus der Ernsten Bibelforscher ebenso bei wie die Verweigerung des Deutschen Grußes und des Eides. Hinzu kam die Verkündigungspflicht jedes Mitglieds, die zu öffentlicher Werbung für die Ernsten Bibelforscher zwang und Kollisionen mit der Gestapo programmierte, der insbesondere die internationale Organisation ein Dorn im Auge war, die immer wieder gegen die Verfolgung der deutschen Ernsten Bibelforscher öffentlich Protest erhob. Als der Ernste Bibelforscher-Kongreß von Luzern (4.-7.9.36) eine solche Resolution telegraphisch an "Herrn Hitler" sandte, kam es zum Vernichtungsschlag der Regierung.

Nach dem Heimtückegesetz wurden von den insgesamt 6.034 (1933) Ernsten Bibelforschern schließlich 5.911 verhaftet, verurteilt und nach Strafverbüßung in "KZ-Nachhaft" genommen. Über 2.000 der unbeugsamen Gläubigen überlebten die Torturen nicht.

Ihre Standhaftigkeit und Glaubensgewißheit provozierte Hohn ("Himmelskomiker", "Jordan-

Scheiche") und schwere Mißhandlungen durch die Bewacher, paradoxerweise aber auch Bewunderung u.a. bei Himmler, der am 21.7.44 (!) in einem Brief an Kaltenbrunner erwog, die friedlichen, fleißigen, ehrlichen, antisemitischen und antikatholischen Ernst Bibelforscher zur "Pazifizierung" des russischen Volkes im deutschen Herrschaftsgebiet heranzuziehen.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Sektenverfolgung" (x051/534-535): >>Sektenverfolgung, Gesamtheit der Maßnahmen gegen die kleinen Religionsgemeinschaften im Dritten Reich, die im Gegensatz zu den beiden großen Kirchen keine Körperschaften öffentlichen Rechts waren.

Die Sektenverfolgung nahm daher z.T. erheblich dramatischere Formen an als der Kirchenkampf. Zwar standen die Sekten nach Artikel 137 der Weimarer Verfassung unter dem Schutz der Religionsfreiheit und konnten sich auf die im NSDAP-Programm geforderte Glaubensfreiheit berufen, doch hatten sie sonst keine über die Bestimmungen des Bürgerlichen Rechts hinausgehenden Beziehungen zum Staat, mußten ihre Beiträge selbst erheben und konnten zusätzliche Einnahmen nur durch Spenden ausländischer Mitglieder oder den Verkauf von Druckschriften erzielen.

Hier setzten Behinderungen an, da v.a. die internationale Verflechtung vieler Gruppen den Argwohn der nationalsozialistischen Behörden weckte. Durch Devisenbeschränkungen und vereinsrechtliche Restriktionen wurden die wirtschaftlichen Grundlagen unterminiert und die Missionstätigkeit erheblich behindert.

Einen Schritt weiter in der Sektenverfolgung ging der Staat, wenn eine Religionsgemeinschaft die geforderte Loyalität vermissen ließ. Nach der "Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung des inneren Friedens" vom 19.12.32 (RGBl. I, S. 548) und der Reichstagsbrandverordnung wurde sie zur verbotenen Organisation erklärt, ihr Vermögen konfisziert und ihre Presse unterdrückt. Mitglieder, die sich weiterhin für ihre Gemeinschaft betätigten, wurden in Schutzhaft genommen.

Musterbeispiel für ihren Leidensweg war das Schicksal der Ernst Bibelforscher (Zeugen Jehovas). Aber auch andere Sekten traf die volle Wucht der Sektenverfolgung. Dennoch bestanden einige Gruppierungen bis Kriegsende, weil sie durch Verwaltungsschikanen praktisch blockiert waren und sich ein Verbot erübrigte, wie im Falle der Quäker, oder weil die "Erhaltung harmloser Sekten" der erwünschten "Zersplitterung im kirchlich-religiösen Gebiet" dienlich schien. Auch völkische Gruppen wie die Deutsche Glaubensbewegung fielen der Sektenverfolgung anheim.<<

Hitler erläuterte im März 1933 das Zusammenleben zwischen Kirche und der "NS-Regierung" (x149/82): >>... Ihre Sorge gilt dem aufrichtigen Zusammenleben zwischen Kirche und Staat. Der Kampf gegen eine materialistische Weltauffassung und für die Herstellung einer wirklichen Volksgemeinschaft dient ebenso den Interessen der deutschen Nation wie denen unseres christlichen Glaubens.<<

NS-Kirchenpolitik

Viele Pfarrer glaubten zunächst fest daran, daß Hitler die Kirchen unterstützen würde, denn der Nationalsozialismus war schließlich der Todfeind der christen- und religionsfeindlichen Kommunisten. Beide großen Kirchen schätzten den Nationalsozialismus deshalb zunächst als Bollwerk gegen den gottlosen Kommunismus.

Hitler, der sich in den ersten Wochen nach der "Machtergreifung" betont christlich gab, versicherte zwar, daß er das "positive, lebensbejahende Christentum" fördern wollte, aber im totalitären NS-Staat hatten unabhängige Kirchen zwangsläufig keinen Platz. Die Grundlehren des Christentums und die antichristlichen Absichten des NS-Regimes (Schaffung eines "germanischen Neuheidentums") waren unvereinbar.

Hitlers Absichtserklärungen dienten nur der Verschleierung, denn die NS-Kirchenpolitik kannte nur ein Ziel: Zerstörung der Verankerung der Kirchen im Volk, um das Volk von den

hemmenden Fesseln der christlichen Moral zu entwöhnen ("das christliche Kreuz sollte dem Hakenkreuz weichen"). Nicht umsonst wurden in der HJ-Ausbildung antichristlichen Erziehungsmaßnahmen großgeschrieben (Reinigung des Liedgutes etc.), denn der NS-Staat beabsichtigte, die kirchliche Jugenderziehung systematisch auszuschalten.

Da Hitler den unberechenbaren Widerstand der Kirchengemeinden bzw. die mächtigen Kirchenorganisationen fürchtete, wagte er es jedoch nie, die Kirchen aufzulösen und erteilte bis zum Schluß auch keine offiziellen Kampfansagen an die Kirchen.

NS-Reichsleiter Martin Bormann (1900-1945) verkündete später in einem Geheimerlaß das Ziel der NS-Kirchenpolitik (x256/126): >>Nationalsozialistische und christliche Auffassungen sind unvereinbar. Die christlichen Kirchen bauen auf der Unwissenheit der Menschen auf und sind bemüht, die Unwissenheit möglichst weiter Teile der Bevölkerung zu erhalten; denn nur so können die christlichen Kirchen ihre Macht bewahren. Demgegenüber beruht der Nationalsozialismus auf wissenschaftlichen Fundamenten. ...

Wenn unsere Jugend einmal von diesem Christentum, dessen Lehren weit unter den unseren stehen, nichts mehr erfährt, wird das Christentum von selbst verschwinden. ... Ebenso wie die schädlichen Einflüsse der Astrologen, Wahrsager und sonstigen Schwindler ausgeschaltet und durch den Staat unterdrückt werden, muß auch die Einflußmöglichkeit der Kirchen restlos beseitigt werden.<<

Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtete später über das Verhältnis zwischen der römisch-katholischen Kirche und der NSDAP im März 1933 (x1.001/7-8): >>... "Reich und Kirche ist eine Schriftenreihe, die dem Aufbau des Dritten Reiches aus den geeinten Kräften des nationalsozialistischen Staates und des katholischen Christentums dienen soll. ...

Ganz deutsch und ganz katholisch, in diesem Sinne will sie die Beziehungen und Begegnungen zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus prüfen, fördern und die Wege zu einem fruchtbaren Zusammenwirken zeigen, wie es sich in der grundlegenden Tatsache des Reichskonkordates abzeichnet. ... Ich sehe nämlich in der nationalsozialistischen Bewegung den schärfsten und wichtigsten Protest gegen die Geistigkeit des 19. und 20. Jahrhunderts. ...

Der Nationalsozialismus stellt die Idee des aus Blut und Boden, Schicksal und Aufgabe gewachsenen Volkes in den Mittelpunkt seiner Weltanschauung. ... Ein vorläufiges allgemeines Ja auf die Frage muß jeder Katholik geben, der sich an die Weisung der in der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten deutschen Bischöfe vom 28. März 1933 hält. ...

Die Tafeln des nationalsozialistischen Sollens und die der katholischen Imperative stehen freilich in verschiedenen Ebenen des Seins, jene in der natürlichen, diese in der übernatürlichen Ebene, jene besorgt um die natürliche Gesundheit des Volkes, diese bemüht um das übernatürliche Heil, wie es dem Zwecke der beiden entspricht. Aber sie weisen in dieselbe Wegerichtung ... (Michael Schmaus, 1897-1993, "Begegnungen zwischen katholischem Christentum und nationalsozialistischer Weltanschauung" ... 1933)." ...<<

Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtete später über die Rolle des Jesuitenordens nach dem Ersten Weltkrieg (x1.001/95-108): >>... **Vorberreitungen auf den Zweiten Weltkrieg**

Die bitteren Früchte ihrer verbrecherischen Politik ernteten die Söhne Loyolas 1919. Frankreich hatte sich der "völligen Ausblutung" nicht ergeben. Das apostolische (vom Papst beauftragte) Reich der Habsburger, die von ihnen ermutigt worden waren, "die Serben zu bestrafen", war zerfallen und hatte so die orthodoxen Slawen vom Joch Roms befreit. Rußland war, statt in die römische Gemeinde zurückzukehren, marxistisch, kirchenfeindlich und offiziell atheistisch geworden. Und das unbesiegbare Deutschland, es versank im Chaos.

Eine Sünde aber zu bekennen, würde der stolzen Natur der Kompanie nie in den Sinn kommen. Als Benedikt XV. 1922 starb, war sie bereit, auf neuer Basis neu zu beginnen. War sie

nicht in Rom allmächtig?

Lesen wir Pierre Dominique: "Der neue Papst Pius XI. (1857-1939), der, wie einige sagen, Jesuit sei, versucht, die Dinge wieder ins Lot zu bringen. Er bittet den Jesuitenpater d'Herbigny (1880-1957), nach Rußland zu gehen, in dem Versuch, alles zu sammeln, was vom Katholizismus übriggeblieben sei und vor allem zu schauen, was getan werden könne. Eine vage und große Hoffnung: die verfolgte orthodoxe Welt um den Pontifex zu sammeln.

In Rom gibt es neununddreißig kirchliche Hochschulen, deren Gründung die Zeitpunkte großer Gegenangriffe markiert; die meisten dieser Gegenangriffe waren in ihrer Wirkungsweise und Ausrichtung jesuitisch: Deutsch-Ungarisches Kolleg (1552), Englisch (1578), Irisches (1628, wiedergegründet 1826), Schottisches (1600), Nordamerikanisches (1859), Kanadisches (1888), Äthiopisches (1919, wiedereingerichtet 1930).

Pius XI. begründet das Russische Kolleg (päpstliches russisches Kolleg zur Hl. Theresia vom Jesuskind) und gibt es unter die Obhut der Jesuiten. Diese betreuen außerdem noch das Orientalische Institut, das Johannes-Damascenus-Institut, das Polnische und später das Litauische Kolleg. Sind dies Erinnerungen an Pater Possevin, Iwan den Schrecklichen und den falschen Dimitri? Das zweite der drei großen Ziele aus der Zeit des Ignatius rückt vor auf Platz eins. Einmal mehr sind die inspirierenden Agenten und Darsteller jenes großen Unternehmens die Jesuiten."

In ihrer gerade erlittenen Niederlage wird für die Söhne Loyolas der Ansatz eines Hoffnungs-schimmers erkennbar. Hatte nicht die Russische Revolution durch die Beseitigung des Zaren, des Beschützers der orthodoxen Kirche, dem großen Rivalen den Kopf abgehauen und der römischen Kirche geholfen, einzudringen? Man soll das Eisen schmieden solange es heiß ist! Das berühmte "Russicum" wird gegründet und die frohe Botschaft von seinen heimlichen Missionaren in dieses schismatische Land gebracht.

Ein Jahrhundert nach ihrer Ausweisung durch Zar Alexander den Ersten (1777-1825) werden sich die Jesuiten erneut an die Eroberung der slawischen Welt machen. Ihr General war seit 1915 Halke von Ledochowski (1868-1942).

Und wieder Pierre Dominique: "Mancher mag sagen, ich sehe überall Jesuiten! Aber ich fühle mich gedrungen, ihre Anwesenheit und Aktivitäten zu betonen; zu sagen, daß sie hinter der Monarchie Alfons des XIII. König von Spanien, 1886-1941) standen, dessen Beichtvater Pater López war; daß, als die spanische Monarchie beendet und ihre Klöster und Kollegien niedergebrannt wurden, sie wiederum hinter Gil Robles Quinones (spanischer Politiker, 1898-1980) zu finden waren, später, als es zum Bürgerkrieg kam, hinter Franco. In Portugal unterstützten sie Salazar (António Oliveira Salazar; Politiker, 1889-1976) ...

In Österreich und Ungarn Kaiser Karl, der dreimal abgesetzt wurde (Welche Rolle haben sie gespielt bei jenen Versuchen, die ungarische Krone wiederzuerlangen? Wer weiß!) ...

Dollfuß (Engelbert Dollfuß; österreichischer Politiker, 1892-1934) und Schuschnigg (Kurt von Schuschnigg; österreichischer Politiker, 1897-1977) kommen aus ihren Reihen. Eine Zeitlang träumt man von einem Großdeutschland mit katholischer Mehrheit, zu dem notwendigerweise auch die Österreicher gehören würden: eine moderne Version der alten Allianz des 16. Jahrhunderts zwischen den Wittelsbachern und Habsburgern.

In Italien unterstützen sie zunächst Don Sturzo (Luigi Sturzo; katholischer Theologe und italienischer Politiker, 1871-1959), den Gründer der Volkspartei (der 1926 aufgelöst, ein klassenübergreifendes Reformprogramm auf der Basis der katholischen Soziallehre vertretenden italienischen Volkspartei Partito Popolare Italiano), dann Mussolini. ... Der Jesuitenpater Tacchi Venturi (1861-1956), Generalsekretär (oberster Geschäftsführer) der Kompanie, fungierte als Mittelsmann zwischen Pius XI., dessen Beichtväter die Patres Alissardi und Celabrano (Jesuiten) sind, und Mussolini.

Im Februar 1929, um die Zeit des Lateranvertrages (Abschluß der dreiteiligen Übereinkunft

der nach ihrem Abschlußort, dem ehemaligen römischen Papstpalast Lateran, benannten Lateranverträge zum Zwecke der Lösung des Konflikts zwischen Kurie und italienischer Regierung), wird Mussolini vom Papst als "der Mann, den uns die Vorsehung hat treffen lassen", bezeichnet. Rom verurteilt, was gemeinhin der "Überfall auf Äthiopien" genannt wird, nicht und Mussolinis aufrichtiger Freund ist der Vatikan auch 1940 noch.

In ihm haben die Jesuiten ihren geheimen Aufenthaltsort. Von dort aus inspizieren sie die allumfassende Kirche mit dem kalten und berechnenden Auge des Politikers."

Das ist die perfekte Zusammenfassung der Jesuitentätigkeit zwischen den zwei Weltkriegen. Der "geheime Aufenthaltsort" der Söhne Loyolas ist das politische Gehirn des Vatikans. Die Beichtväter Pius' XI. sind Jesuiten; jene seines Nachfolgers, Pius des XII., werden ebenfalls Jesuiten sein und in nicht geringem Maße Deutsche. Egal ob so die Verschwörung offensichtlich wird: alles ist, wie es scheint, bereit zur Revanche.

Unter dem Pontifikat Pius' XI. aber läuft die Phase der Vorbereitung. Noch liegt das Schwert des besiegt wordenen deutschen "weltlichen Arms" am Boden. Darauf wartend, es wieder aufzunehmen, wird in Europa der seiner künftigen Großtaten würdige Boden bereitet und vor allem das bedrohliche Emporkommen der Demokratie zum Stillstand gebracht.

Erstes Betätigungsfeld wird Italien sein. Dort gibt es einen lautstarken Sozialistenführer, der Veteranen um sich schart. Dieser Mann verkündet eine offensichtlich kompromißlose Lehre, ist aber soweit ambitioniert und Herr der Lage, sich trotz seiner maßlosen Großtuerei seiner gefährvollen Position bewußt zu werden. In Kürze wird er sich von der jesuitischen Diplomatie gewinnen lassen.

François Charles-Roux (1909-1999) vom Institut, der damals unser (d.h. französischer) Botschafter beim Vatikan war, sagt: "Zu der Zeit, als der spätere Duce noch ein einfacher Abgeordneter war, hatte Staatssekretär Kardinal Gasparri eine geheime Unterredung mit ihm. ... Der Faschistenführer hatte sich unverzüglich damit eins gemacht, daß der Papst über einen Teil Roms eine weltliche Herrschaft ausüben solle. ...

Mir von jener Unterredung berichtend, folgte Kardinal Gasparri: "Mit dieser Zusage war mir klar - käme dieser Mann an die Macht, so wäre der Erfolg unser."

Von dem Bericht über die Verhandlungen zwischen den Geheimagenten Pius' XI. und Mussolini ganz zu schweigen. ..."

Besagte Geheimagenten - deren wichtigster der Jesuitenpater Tacchi Venturi - erfüllten ihre Mission außerordentlich gut. Dies verwundert nicht, wenn man weiß, daß er der Sekretär der Societas Jesu und zur gleichen Zeit Mussolinis Beichtvater war. In diese "Liebedienerei" des Faschistenführers wurde er letztlich vom General seines Ordens, Halke von Ledochowski, "hineingeleitet", wie uns Gaston Gaillard berichtet.

"Die im Jahre 1921 im Zeichen des nationalen Blocks gewählte Kammer sollte dann am 16. November 1922 mit dreihundertsechs gegen hundertsechzehn Stimmen Mussolini ihr Vertrauen aussprechen, und man erlebte bei dieser Sitzung, daß die Fraktion der katholischen Volkspartei (von Don Sturzo), die sich als christliche Demokratie ausgab, einstimmig für die erste faschistische Regierung stimmte."

Zehn Jahre später führte das gleiche Manöver zu einem ähnlichen Ergebnis in Deutschland. Die massive Stimmabgabe der katholischen Zentrumsparterie von Monsignore Kaas (Ludwig Kaas, 1881-1952) sorgte für die Sicherstellung der Diktatur des Nationalsozialismus.

Im Grunde war Italien 1922 Versuchsfeld für die neue Formel des autoritären Konservatismus (autoritären, am Hergebrachten Festhaltenden, das sich nur ungern auf Neuerungen einläßt): bei Bedarf mit einem Schuß Pseudsozialismus verfeinerter Faschismus (nach dem Führerprinzip organisierter, nationalistischer, antidemokratischer, rechtsradikaler Regierungsstil) - je nach örtlicher Gegebenheit. Ab sofort richteten sich sämtliche Anstrengungen der Vatikanjesuiten auf die europaweite Verbreitung dieser neuen in ihrer Zweideutigkeit jesuitentypischen

"Lehre".

Noch heute sind aus Sicht der italienischen Christdemokraten weder der Zusammenbruch des Mussoliniregimes, noch die Niederlage, noch die Ruinen hinreichend genug, den ihrem Lande vom Vatikan aufgezwungenen größtenwahnsinnigen Diktator in Zweifel zu ziehen. Allein äußerlich verstoßen, bleibt in den Herzen der Geistlichen sein Ansehen unbeschadet. Folgendes konnte man in der Presse lesen:

"Wir haben uns entschieden: zu den Olympischen Spielen 1960 nach Rom kommende Besucher werden erleben können, wie der von Benito Mussolini zu seinen eigenen Ehren errichtete marmorne Obelisk vom Tiberufer aus das Olympiastadion dominiert. Dieses dreiunddreißig Meter hohe Denkmal trägt die Inschrift "Mussolini Dux" und wird geschmückt von - den Faschismus lobpreisenden - Mosaiken. Mehr als einhundertmal wird der Satz "Hoch lebe der Duce!" wiederholt und ebenfalls mehrere Male die Losung "Viel Feind, viel Ehr!"

Das Monument hat auf jeder Seite Marmorblöcke, die der wichtigsten Ereignisse des Faschismus gedenken, von der Gründung der Zeitschrift "Popolo d'Italia" durch Mussolini bis hin zur Errichtung des kurzlebigen faschistischen Staates und einschließlich des Krieges in Äthiopien. Als Krönung des Obeliskens war ein gigantisches, Mussolini als fast einhundert Meter hohen nackten Athleten darstellendes Standbild geplant. Bevor aber dieses merkwürdige Projekt seine Realisierung erfuhr, brach das Regime zusammen.

Nach einjähriger Kontroverse hat die Regierung Segni (Antonio Segni, 1891-1972) 1959 beschlossen, der Duce-Obelisk solle stehen bleiben."

Ungeachtet des Krieges, des Blutes, das in Strömen floß, der Tränen, der Ruinen. Sind es doch nur Kleinigkeiten, kleine Flecken an dem Monument, errichtet zu Ehren desjenigen, den Pius XI. als den "Mann, den uns die Vorsehung hat treffen lassen", beschreibt.

Kein Irren, Versagen oder Verbrechen, das dieses vordergründigste Verdienst auszulöschen vermag: die Tatsache nämlich, daß er die weltliche Macht des Papstes wiederherstellte, den römischen Katholizismus zur Staatsreligion erklärte und mittels Gesetzen, die immer noch in Kraft sind, dem Klerus die absolute Macht über das Leben der Nation verlieh.

Auf daß dies bezeugt würde, hatte Mussolinis Obelisk im Herzen von Rom Stand zu nehmen, zu Gunsten der ihn bewundernd oder ironisch betrachtenden Touristen und in der Hoffnung auf bessere Zeiten, in denen es schließlich möglich sein würde, ihn zu errichten - den einhundert Meter hohen "nackten Athleten" und symbolischen Vatikanverfechter.

Der Lateranvertrag, mit dem Mussolini dem Papsttum seine Dankbarkeit zeigte, brachte dem Heiligen Stuhl außer der Zahlung von 750 Millionen Lire (d.h. € 20.000.000 im Jahre 2006) auch die weltliche Herrschaft über das Gebiet der Vatikanstadt. Die Signifikanz dieses Ereignisses erklärt Monsignore Cristiani, Prälats Seiner Heiligkeit:

"Es steht außer Frage - für die Etablierung des Papsttums als politische Macht war die Gründung der Vatikanstadt eine Angelegenheit von vorderster Wichtigkeit."

Wir sparen uns die Zeit für den Versuch, dieses eindeutige Bekenntnis mit dem derart oft gehörten Satz "Die Kirche betätigt sich nicht in der Politik." in Einklang zu bringen. Betonen werden wir die einzigartige Weltstellung eines sowohl säkularen als auch geistlichen und somit in seinem Wesen doppeldeutigen Staates und die sich aus dieser Stellung ergebenden Folgen.

Welches sind die schlaunen jesuitischen Kunstgriffe, eingesetzt von dieser Macht, die, um von sämtlichen durch internationale Gesetze festgelegten Regelungen ausgenommen zu sein, je nach den Umständen, in ihrer säkularen oder geistlichen Gestalt auftritt?

Bis zum heutigen Tage haben die Nationen ihrerseits dieser Trickserei die Hand gereicht und ihm so für das Eindringen in ihre Mitte Tür und Tor geöffnet - dem Trojanischen Pferd des Klerikalismus (des Bestrebens der katholischen Kirche, das gesamte öffentliche Leben zu beeinflussen).

"Zu sehr schien der Papst sich mit den Diktatoren zu identifizieren", schrieb der französische Botschafter beim Vatikan, François Charles-Roux. Aber wie hätte es anders sein können, wo der Heilige Stuhl diese Männer doch selbst erst an die Macht gebracht hatte?

Von jener Reihe der Männer der "Vorsehung", dieser Schwertträger, die die Revanche für 1918 vorbereiten würden, war Prototyp (Vorbild) Mussolini der Inaugurator (Wegbereiter). Von Italien aus, wo der Faschismus unter Pater Tacchi Venturi und seinen Helfershelfern derart gut gedieh, sollte er alsbald nach Deutschland exportiert werden. "Hitler erhält seinen Anstoß von Mussolini; das Ideal der Nazis ist dasselbe wie das in Italien. ... Berlin werden sämtliche Sympathien zuteil, weil Mussolini an der Spitze steht. ... Der Nationalsozialismus des letzteren und der Faschismus gehen 1923 zusammen. Mussolini wird Hitlers Freund und versorgt diesen mit Waffen und Geld."

Zu jener Zeit ist Monsignore Pacelli, späterer Pius XII. und damaliger bester Diplomat der Kurie, Nuntius in München, der Hauptstadt des katholischen Bayern. Von dort aus beginnt der Stern des kommenden deutschen Diktators seinen Aufstieg; er ist katholisch wie die meisten seiner wichtigsten Vertrauten. Von jenem Lande ... des Nazismus läßt uns Maurice Laporte wissen: "Seine zwei Feinde heißen Protestantismus und Demokratie."

Preußens Besorgtheit ist somit verständlich.

"Welche Art besonderer Fürsorge der Vatikan Bayern angedeihen läßt, das ihm mit seinem Hitlerschen Nationalsozialismus die stärksten Kontingente rekrutiert, ist leicht zu erraten."

Das "ketzerische" Preußen der Lenkung des "weltlichen Armes" entledigen und sie dem katholischen Bayern übertragen; was für ein Traum! Um ihn zu verwirklichen, tut Monsignore Pacelli in Zusammenarbeit mit dem Oberhaupt der Societas Jesu alles in seiner Macht Stehende.

Nach dem letzten Krieg (1914-1918) hatte sich Jesuitengeneral Halke von Ledochowski einen gewaltigen Plan zurechtgelegt: ... die Schaffung einer Föderation katholischer Nationen in Mittel- und Osteuropa, mit oder ohne Habsburgerkaiser: Österreich, Slowakei, Böhmen, Polen, Ungarn, Kroatien und natürlich Bayern.

"Dieses neue Reich der Mitte hätte an zwei Fronten kämpfen müssen, im Osten gegen die Sowjetunion, im Westen gegen Preußen, das protestantische Großbritannien und das republikanische Frankreich. Monsignore Pacelli, späterer Pius XII., war damals Nuntius in München, danach in Berlin, und war enger Freund von Kardinal Faulhaber, von Ledochowskis wichtigstem Mitarbeiter. Der Ledochowskiplan war Pius' XII. Jugendtraum."

War es aber nur ein Jugendtraum? Abgesehen von dem Vorhandensein der nicht allzu gefährlichen Minderheit des lutherischen Preußens und den anerkannten Einflußzonen, die - vorübergehend vielleicht - zu Italien gehört hätten, kam das "Mitteleuropa", das Hitler zu organisieren versuchte, jenem Plan sehr nahe. Angepaßt an die Erfordernisse der Zeit, war es in der Tat der Ledochowskiplan, den der Führer unter der Schirmherrschaft des Heiligen Stuhls, mit Hilfe des päpstlichen Geheimkämmerers Franz von Papen und des Münchner, später Berliner, Nuntius Monsignore Pacelli, soeben versuchte, zu verwirklichen.

François Charles-Roux schreibt: "Während der Neuzeit hat die Weltpolitik das katholische Eingreifen nie stärker zu spüren bekommen wie in der Amtsperiode Monsignore Pacellis."

Und von Joseph Rovani: "Das katholische Bayern ... macht sich also daran, all jene, die Unfrieden säen, sowie die Komplizen und Mörder der heiligen Feme (der heiligen geheimen, über die Ermordung politischer Gegner und Verräter in den eigenen Reihen entscheidenden Gerichtsversammlung) aufzunehmen und zu schützen."

Unter all diesen Agitatoren (Aufklärern) wird die Wahl für Deutschlands "Wohltäter" auf Hitler fallen, der dazu bestimmt ist, unter der Standarte des Heiligen Vaters den Sieg über die "demokratischen Irrtümer" zu erringen. Wie seine wichtigsten Mitarbeiter, ist er selbstverständlich katholisch.

"Das NS-Regime gleicht einer Wiederholung der Regierung Süddeutschlands. Name und Herkunft seiner führenden Köpfe beweisen es. Hitler ist sogar Österreicher, Göring (Hermann Göring; Politiker, 1893-1946) Bayer, Goebbels (Paul Joseph Goebbels; Politiker, 1897-1945) Rheinländer und so weiter und so fort."

1924 unterzeichnet der Heilige Stuhl ein Konkordat mit Bayern. 1927 können wir in der "Gazette de Cologne" lesen: "Pius XI. ist gewiß "der deutscheste" Papst, der je auf dem Stuhl Petri gesessen hat."

Sein Amtsnachfolger Pius XII. wird ihm diese Siegeslorbeeren abringen. Doch widmet sich jener fürs erste seiner Diplomaten- oder vielmehr politischen Laufbahn in diesem Deutschland, für das er, wie er Ribbentrop (Joachim von Ribbentrop; Diplomat und Politiker, 1883-1946) später wissen läßt, "immer eine besondere Zuneigung haben würde".

Zum Nuntius von Berlin aufgestiegen, arbeitet er mit Franz von Papen an der Zerstörung der Weimarer Republik. Am 20. Juli 1932 ruft man in Berlin den Belagerungszustand aus und vertreibt "manu militari" die Minister. Ein erster Schritt somit in Richtung Hitlerdiktatur. Man bereitet Neuwahlen vor, die den Erfolg der Nazis begründen werden.

"Unter Zustimmung Hitlers traten Göring und Strasser (Gregor Strasser; Politiker, 1892-1934) mit Monsignore Kaas, dem Chef der katholischen Zentrumspartei, in Verbindung."

Kardinal Bertram (Adolf Johannes Bertram, 1859-1945), Erzbischof von Breslau und Metropolit von Ostdeutschland (und Vorsteher der Kirchprovinz Ostdeutschland), erklärte: "Wir als Christen und Katholiken schauen weder auf Religion noch Rasse. ...". Mit vielen anderen Bischöfen versuchte er die Gläubigen vor "dem heidnischen Ideal der Nazis" zu warnen. Offensichtlich hatte dieser Prälat die päpstliche Politik nicht verstanden, doch sollte er alsbald belehrt werden.

1934 brachte der "Mercure de France" eine hervorragende Studie: "Den deutschen Katholiken war 1932 nicht klar, daß sie die Sache verloren hatten. Ihre Oberhäupter waren sich im Frühjahr anscheinend etwas unschlüssig. Sie hatten erfahren, daß der Papst Hitler persönlich zugehört wäre."

Daß Pius XI. mit Hitler sympathisierte, sollte uns nicht überraschen. ... Für ihn hätte Europa nur über eine Vorherrschaft Deutschlands wieder zur Ruhe kommen können. ... Schon seit langem dachte der Vatikan an eine Verlagerung des Reichsschwerpunktes mit Hilfe des "Anschlusses", und die Societas Jesu arbeitete jetzt öffentlich, insbesondere in Österreich, auf dieses Ziel (Ledochowskis Plan) hin. Wir wissen, wie Pius XI. auf Österreich baute, um, was er seine Politik nannte, zum Siege zu führen. Was verhindert werden mußte, war die Vorherrschaft des protestantischen Preußens, und da es das Reich war, das Europa beherrschen sollte ... galt es, ein neues Reich zu schaffen, in dem die Katholiken das Sagen hätten. ...

"Im März 1933 nutzten die in Fulda zusammenkommenden deutschen Bischöfe die Rede, die Hitler in Potsdam hielt, um zu erklären: Es ist nunmehr anzuerkennen, daß von dem höchsten Vertreter der Reichsregierung, der zugleich autoritärer Führer jener Bewegung ist, öffentlich und feierlich Erklärungen gegeben sind, durch die der Unverletzlichkeit der katholischen Glaubenslehre und den unveränderlichen Aufgaben und Rechten der Kirche Rechnung getragen, sowie die vollinhaltliche Geltung der von den einzelnen deutschen Ländern mit der Kirche abgeschlossenen Staatsverträge durch die Reichsregierung ausdrücklich zugesichert wird.

...

Von Papen begibt sich nach Rom. Dieser Mann, dessen Vergangenheit derart himmelschreiend ist, wird zum frommen Pilger in der Mission, ein Konkordat (für ganz Deutschland) mit dem Papst abschließen. Und im Angebote machen an den Letzteren wird er Mussolini hinterher eifern."

Im Grunde geschieht in beiden Ländern das Gleiche: In Italien ist es die katholische Partei von Don Sturzo, die Mussolinis Machtübernahme absichert; in Deutschland tut dies für Hitler das

"Zentrum" von Monsignore Kaas, und in beiden Fällen besiegelt den Pakt ein Konkordat.

Dies gibt Joseph Rovin wie folgt zu: "Dank von Papen, 1920 Zentrumsabgeordneter und Inhaber des Parteiorgans "Germania", kam Hitler am 30. Januar 1933 an die Macht. ... Um Hitler am 26. März 1933 zu ermächtigen, wurde dieser nicht Christdemokrat, sondern der deutsche politische Katholizismus geschaffen. ...

Sollte die Abstimmung zu Gunsten der Ermächtigung ausfallen, so bedurfte es einer Zweidrittelmehrheit und war, um letztere zu erlangen, das "Zentrum" unverzichtbar." Selbiger Autor fährt fort: "Was wir in den Korrespondenzen und Erklärungen der kirchlichen Würdenträger unter dem NS-Regime stets finden werden, ist die inbrünstige Zustimmung der Bischöfe."

Diese Inbrunst ist unschwer erklärt, lesen wir im Folgenden von Papen:

"Zwischen dem Vatikan und dem Reich hatte es seit den Tagen der Reformation kein Konkordat mehr gegeben. Einige Länder mit überwiegend katholischer Bevölkerung hatten Länderkonkordate geschlossen, wie beispielsweise Bayern. Das überwiegend protestantische Preußen hatte trotz aller Bemühungen des Nuntius nur ein ziemlich dürftiges Abkommen mit dem Hl. Stuhl. Während der Weimarer Periode hatte das Zentrum wiederholt gesucht, zu einer Verständigung zu gelangen.

Die enge Partnerschaft und Rücksichtnahme auf die Sozialdemokratie hatten diese Bemühungen immer an der Schulfrage scheitern lassen. Die neue Lage in Deutschland schien nun günstig für die endgültige Regelung der kulturellen Frage. Gleichartige Abmachungen mit der evangelischen Kirche sollten folgen. ...

Das Kernproblem christlicher Erziehung, die Schulfrage, war nun einheitlich geregelt, die Bekenntnisschule gewährleistet und den geistlichen Orden das Recht zur Führung von Privatschulen zuerkannt. Diese Rechtstitel, seit Jahrhunderten heiß umstritten, mußten für die christliche Regeneration der europäischen Mitte von besonderer Bedeutung sein." und "Er (Hitler) beauftragte mich, dem Kardinalstaatssekretär (Pacelli) zu versichern, er würde alle Übergriffe rigoros unterbinden."

Das war kein leeres Versprechen. Neben dem antijüdischen Gemetzel und von Nazis begangenen Attentaten gab es in jenem Jahr (1933) in Deutschland bereits 45 Konzentrationslager mit 40.000 Gefangenen unterschiedlicher politischer Auffassungen, die meisten aber Liberale. Der päpstliche Geheimkämmerer Franz von Papen hat die tiefere Bedeutung des Paktes zwischen dem Vatikan und Hitler treffend charakterisiert - mit diesem Satz, den man sich merken sollte: "Der Nationalsozialismus ist eine christliche Gegenbewegung zu 1789."

Unter dem Druck der Weltöffentlichkeit werden von Pius XI. 1937 die Rassentheorien als unvereinbar mit den katholischen Ansichten und Grundsätzen "verdammt", unter denen seine Apologeten amüsanterweise die "erbärmliche" Enzyklika "Mit brennender Sorge" nennen. Der NS-Rassismus wird verdammt, sein Führer Hitler hingegen nicht: "Distinguo." ("Ich unterscheide"). Und sorgsam unterläßt es der Vatikan, das vier Jahre zuvor mit dem faschistischen Deutschen Reich abgeschlossene "günstige" Konkordat zu denunzieren.

Während in Deutschland das Kreuz Christi und das Hakenkreuz gerade zusammenarbeiteten, machte sich Benito Mussolini mit dem Segen des Heiligen Vaters an die leichte Eroberung Äthiopiens.

" ... Der Oberhirte verdammt Mussolinis Politik nicht und ermöglichte dem italienischen Klerus, völlig ungehindert mit der faschistischen Regierung zu kooperieren. ... Die Geistlichen, vom schlichten Gemeindepriester bis zum Kardinal, waren für den Krieg. ...

Eines der bemerkenswertesten Beispiele kam vom Kardinal-Erzbischof von Mailand, Alfredo Ildefonso Schuster (Jesuit, 1880-1954), der diesen Feldzug gar "einen katholischen Kreuzzug" nannte.

Kardinal Schusters Leidenschaft ist verständlich, da der Societas Jesu in Abessinien das gleiche Schicksal wie in den europäischen Ländern zuteil wurde. Mithilfe des Kaisers Seged (um

1571-1632), den sie bekehrt und auf den Thron gebracht hatten, versuchten die Söhne Loyolas durch das Hervorrufen von Aufständen und blutigen Repressionen landesweit den Katholizismus durchzusetzen, werden aber schließlich von Negus (König) Basilides (1609-1667) vertrieben.

Übrigens, Schuster war auch Rektor der merkwürdigen Institution mit dem Namen "Mystische Schule des Faschismus" (Mussolinische Kaderschmiede).

"Aufgrund der drängenden Erfordernis einer Expansion", so Pius des XI. Klarstellung, "hält Italien diesen Krieg für gerechtfertigt. ..."

Zehn Tage später brachte Pius XI. in einer vor einem Veteranenpublikum gehaltenen Rede den Wunsch zum Ausdruck, daß den berechtigten Ansprüchen einer großen und edlen Nation, der er, wie er jene erinnerte, selbst entstamme, Genüge getan würde."

Des gleichen "Verständnisses" erfreute sich die faschistische (nach dem Führerprinzip organisierte, nationalistische, antidemokratische, rechtsradikale) Aggression gegen Albanien am Karfreitag 1939, wie uns Camille Cianfarra (Korrespondent der New York Times) berichtet: "Die italienische Besetzung Albaniens war für die Kirche sehr vorteilhaft. ... Von den eine Million zählenden Albanern, die italienische Untertanen wurden, waren 68 % moslemisch, 20 % griechisch-orthodox und nur 12 % römisch-katholisch. ... Vom politischen Standpunkt betrachtet, konnte die Annexion des Landes durch eine katholische Macht die Position der Kirche und, bitteschön, des Vatikans nur verbessern."

In Spanien hatte die Gründung der Republik nach wie vor nicht aufgehört, von der römischen Kurie als persönlicher Angriff übelgenommen zu werden. "Ich hätte es nie gewagt, Pius dem XI. gegenüber die spanische Frage auch nur zu erwähnen.", schrieb François Charles-Roux. "Er würde mich wohl sonst nur daran erinnert haben, daß die kirchlichen Interessen in jenem großen und historischen Land Spanien einzig und allein Sache des Papsttums wären."

Und also wurde diesem "geschützten Jagdrevier" in Bälde eine Diktatur verabreicht, ähnlich jenen, die es bereits mit Erfolg in Italien und Deutschland waren. Das Abenteuer General Franco aber fand erst Mitte Juli 1936 seinen Anfang, am 21. März 1924 bereits kam es zur Besiegelung des "Pakts von Rom" zwischen Mussolini und den Chefs der spanischen reaktionären Parteien, darunter Goicoechea (Antonio Goicoechea, 1876-1953), Chef der "Renovación Espanola" ("Spanische Erneuerung").

Durch diesen Pakt verpflichtete sich die italienische faschistische Partei, die Rebellen mit Geld, Kriegsmaterial, Waffen und Munition zu versorgen. Wir wissen, daß sie sogar noch mehr, als sie versprochen hatten, taten, und daß Mussolini und Hitler nicht davon abließen, den spanischen Aufstand mit Material, Flugtechnik und "Freiwilligen" "aufzutanken".

Der Vatikan - sich seiner höchstgelegenen Grundsätze, daß die Gläubigen die bestehende Regierung zu respektieren hätten, bewußt - setzte seinerseits Spanien mit Drohungen unter Druck.

"Der Papst exkommunizierte (verhängte den Ausschluß aus der katholischen Kirche über) die Oberhäupter der Spanischen Republik und erklärte zwischen dem Heiligen Stuhl und Madrid den geistlichen Krieg.

Daran anschließend verfaßte er die Enzyklika "Dilectissima nobis" (Enzyklika gegen die Anerkennung und antiklerikale Gesetzgebung der sozialistischen-bürgerlichen Zweiten Republik ...) ... Erzbischof Gomá (Isidro Gomá Tomás, 1869-1940), neuer Primas (oberster katholischer Bischof) von Spanien, rief den Bürgerkrieg aus."

Voller Freude akzeptierten die Prälaten Seiner Heiligkeit die Schrecken dieses brudermörderischen Konflikts und voller Bewunderung interpretiert Monsignore Gómara (Miguel de los Santos Diaz y Gómara, 1885-1949), Bischof von Cartagena, ihre apostolische (päpstliche) Gesinnung, wenn er spricht: "Gesegnet die Kanonen, in deren Breschen, die sie schlagen, das Evangelium blüht!"

Zwanzig Monate vor Bürgerkriegsende, am 3. August 1937, ward die Franco-Regierung gar

vom Vatikan anerkannt.

Und um Belgien kümmerte sich die Katholische Aktion (eng an den hierarchischen Klerus angebundene und dessen Leitung unterstellte katholische Laienbewegung zur Zurückdrängung des zunehmenden Atheismus) - diese Bewegung war in ihrem Wesen natürlich durch und durch ultramontan und jesuitisch. Es galt, dem bevorstehenden Einmarsch der Hitlertruppen den Boden zu bereiten! Also wurde dort unter dem Vorwand "geistlicher Erneuerung" von Monsignore Picard, Jesuit, Pater Arendt, Jesuit, Pater Foucart, Jesuit usw. gewissenhaft das Adolf-Hitler-Evangelium gepredigt. Ein junger Belgier, der, gleichsam vielen anderen, ihr Opfer wurde, bestätigt dies:

"Zu jener Zeit waren wir bereits alle von einer Art Faschismus besessen. ... Die Katholische Aktion, zu der ich gehörte, stand dem italienischen Faschismus sehr nahe. ... Monsignore Picard verkündete es laut und breit der Öffentlichkeit, Mussolini sei ein Genie und brenne darauf, Diktator zu werden. ... Um Kontakte mit Italien und dem Faschismus zu fördern, organisierte man Wallfahrten. Als ich mit dreihundert Studenten nach Italien ging, salutierten alle auf dem Rückweg nach römischer Art und sangen die Giovinezza (italienische Faschistenhymne).

Von einem anderen Zeugen: "Nach 1928 arbeitete die Gruppe Léon Degrelles (belgischer Politiker, 1906-1994) regelmäßig mit Monsignore Picard zusammen. ... Degrelle wurde von Picard für die Unterstützung in einer besonders wichtigen Mission gewonnen: der Leitung eines neuen Verlagshauses in der Zentralstelle der Katholischen Aktion. Nicht lange und der Name des Verlages sollte berühmt werden - er lautete "Rex" (vollständiger Name: "Christus Rex" - "Christus König"). ...

"Immer zahlreicher wurden die Rufe nach einer neuen Regierungsform ... Mit großem Interesse verfolgte man in Deutschland die Ergebnisse dieser Propaganda. Im Oktober 1933 erinnerte uns ein Artikel im "Vlan" (Brüssler Anzeigenblatt), daß 1919 die Nazis gerade mal sieben ausgemacht hätten und die ganze Aussteuer, die ihnen Hitler wenige Jahre später mitbrachte, in seinem Agitationstalent bestanden habe ... Auf der Grundlage ähnlicher Prinzipien starteten die "rexistischen" (belgisch-faschistischen) Mannen ein landesweites aktives Propagandaprogramm. Zu ihren Treffen zog es alsbald einige Hunderte, später Tausende von Zuhörern".

Natürlich hatte Hitler für den neugeborenen Nationalsozialismus, genauso wie Mussolini für den Faschismus, mehr als sein Agitationstalent mitgebracht: - die Unterstützung durch das Papsttum!

Dieselbe Unterstützung genoß auch der nur blasse Schatten dieser beiden und "Christus Rex-Chef" (Leiter des Christus Rex-Verlags) Léon Degrelle - allerdings für einen deutlich anderen Zweck. Seine Aufgabe war es, den Invasoren das Land zu öffnen.

Raymond de Becker (1912-1969) sagt: "Ich war Mitarbeiter bei der "Avant-Garde" gewesen. ... Das Ziel dieser (von Monsignore Picard herausgegebenen) Zeitschrift bestand darin, die Belgien, Frankreich und England einenden Verbindungen abzubrechen."

Wie rasch die deutschen Armeen die von der kirchlichen Fünften Kolonne (kirchlich-faschistische pro-deutsche Kolonne) betrogene belgische Abwehr besiegten, ist bekannt. Und vielleicht entsinnen wir uns auch, daß sich der die deutsche Uniform anziehende "Christus Rex-Apostel" unter großem Rummel aufmachte, um "im Rahmen der Waffen-SS an der Ostfront zu kämpfen" - an der Spitze seiner sich vor allem aus der Jugend der Katholischen Aktion rekrutierenden "Wallonischen Legion". Nachdem er seine "patriotischen" Gefühle noch ein letztes Mal so richtig zum Ausdruck gebracht hatte, kam ihm ein baldiger Rückzug gerade recht und ließ ihn nach Spanien gelangen.

Maurice de Béhaut schreibt: "Vor 10 Jahren (1944) war der Hafen von Antwerpen - der dritt-wichtigste der Welt - nahezu unversehrt in die Hände der britischen Truppen gefallen. ... In

dem Moment, wo die Bevölkerung gerade begann, für ihre Not und Entbehrungen ein Ende zu sehn, da gingen die teuflischsten Erfindungen auf sie nieder: die fliegenden Bomben V1 und V2. Dieses Bombardement, das längste in der Geschichte, da es sechs Monate, Tag und Nacht, andauerte, wurde auf Anordnung der Alliierten Kommandantur sorgsam geheimgehalten. Das ist der Grund, warum sich das Martyrium der Städte Antwerpen und Lüttich bis auf den heutigen Tag unserem Bewußtsein entzieht.

Am Vorabend des ersten Bombardements (am 12. Oktober) hörten einige auf Radio Berlin die erschreckenden Äußerungen des "rexistischen" Verräters Léon Degrelle: "Ich habe meinen Führer", kreischte er, "um zwanzigtausend fliegende Bomben gebeten. Züchtigen werden diese ein hirnerkranktes Volk. Ich verspreche Ihnen, sie werden Antwerpen in eine Stadt ohne Hafen oder einen Hafen ohne Stadt verwandeln."

... Von jenem Tage an sollte sich der Rhythmus der Katastrophen und Elend furchtbarster Art bringenden Bombardements intensivieren, während auf Radio Berlin Verräter Degrelle brüllend versprach, daß noch Schlimmeres kommen werde."

So sah es aus - das letzte Lebewohl dieser Ausgeburt der Katholischen Aktion an die Heimat. Der "Christus Rex-Chef" und ergebene Schüler des Jesuiten Monsignore Picard, des Jesuiten Pater Arendt usw. hielt sich strikt an die päpstlichen Regeln.

"Würden die Männer der Katholischen Aktion", schrieb Pius XI., "weil es die Situation erlaubt, aufhören in dem Versuch, die Politik ihrer Provinz und ihres Landes zu leiten, so wäre dies Pflichtverletzung."

Léon Degrelle erfüllte diese Pflicht auf jeden Fall und zeitigte - wie man erleben konnte - Ergebnisse, die seinem Eifer in nichts nachstanden.

In Raymond de Beckers Buch lesen wir: "In Belgien hatte die Katholische Aktion außergewöhnliche Männer gefunden, die zur Musik dieser Organisation spielten, wie z.B. Monsignore Picard (der wichtigste), ... Kanonikus (der Kirchenbezirksgeistliche) Cardijn (1882-1967), Gründer der belgischen CAJ-Bewegung (Bewegung der "Christlichen Arbeiterjugend" zur Zurückgewinnung der Arbeiter für Religion und Kirche), ein verdrießlicher, mürrischer und eingebildeter Mann. ..."

Am 29. Mai 1940, dem Tag nach der Kapitulation, beschrieb Kardinal van Roey den Einmarsch als eine Art Himmelsgeschenk:

"Machen Sie sich bewußt", schrieb er den Gläubigen, "daß wir soeben Zeugen eines außergewöhnlichen Eingreifens der göttlichen Vorsehung sind, die im Begriffe ist, durch große Ereignisse ihre Macht zu erweisen."

Nach alledem schien also Hitler nichts weniger als ein das belgische Volk züchtigendes Läuterungswerkzeug der Vorsehung zu sein."

Etwas sehr ähnliches geschah gleichzeitig in unserem eigenen Lande (Frankreich). "Nützlicher als Siegen ist Kapitulieren" - behauptete man, uns fortwährend daran erinnernd, genau wie vor 1914, als Frankreich eine läuternde "völlige Ausblutung" zugebracht wurde.

Näher beleuchtet wird in jenen in die tiefste Versenkung verschwundenen - oder vielmehr verbrannten Memoiren auch der "belgische Bauernbund - der große katholische, politische und finanzielle Motor Kardinal van Roey, der beträchtliche Summen in den flämischen Teil der Uni Löwen pumpt. ..."

"Die Druckerei "Standaard" arbeitete ohne Unterlaß, denn sie druckte die kollaborationistischsten Aufrufe des FNV (Flämischen Nationalverbandes). Und schwamm nicht lange danach im Geld. ... Zu kollaborieren wäre den "Standaard-Leitern", diesen zweihundertprozentigen Katholiken und Stützpfählern der Kirche Flanderns, nie in den Sinn gekommen, hätte nicht zuvor der Kardinal klar und deutlich seinen Segen gegeben.

Das Gleiche sagte man von der katholischen Presse überhaupt. ..."

Alle diese Anstrengungen galten damals keinem geringeren Ziele, als Belgiens Zusammen-

bruch, wie uns ein weiterer katholischer Autor, Gaston Gaillard, erinnert:

"Die flämischsprachigen Katholiken wie auch die autonomistischen (nach Autonomie strebenden) elsässischen Katholiken rechtfertigten ihre Haltung mit ihrer stillschweigenden Unterstützung, die sie über den Heiligen Stuhl allezeit der deutschsprachigen Propaganda angedeihen ließen.

Als sie auf das denkwürdige, von Pius XI. am 26. Juni 1923 an seinen Staatssekretär Kardinal Gasparri gesandte Schreiben bezug nahmen, konnten sie sich leicht davon überzeugen, daß sie Roms Wohlwollen hatten und Rom natürlich nichts tat, sie umzustimmen.

Hatte nicht Nuntius Pacelli (späterer Pius XII.) deutsche Nationalisten kompetent unterstützt und der sogenannten "unterdrückten" Bevölkerung Oberschlesiens Mut gemacht? War nicht den autonomistischen Verschwörungen in Elsaß, Eupen-Malmedy und Schlesien die nicht immer unauffällige kirchliche Zustimmung zuteilgeworden? Für die Flamen war es damals leicht, ihr Vorgehen gegen Belgiens Einheit hinter den römischen Anweisungen zu verstecken. ..."

Auch bat 1942 Papst Pius XII. seine Berliner Nuntiatur (diplomatische Vertretung), Paris seine Kondolenzen zum Tode Kardinal Baudrillarts zu übermitteln und zeigte dieserart an, daß sie die Annexion Nordfrankreichs durch Deutschland als Tatsache betrachte. Womit sie wieder einmal mehr die der deutschen Expansion allezeit durch den Heiligen Stuhl und insbesondere Pius den XII. gewährte "stillschweigende Unterstützung" nur bekräftigte.

Voll Verachtung kann man heutzutage nur darüber lachen, wenn man sieht, wie die Jesuiten Seiner Heiligkeit derart Offensichtliches abstreiten und sämtliche Mittäterschaft mit der von ihnen doch selbst erst organisierten Fünften Kolonne (faschistische pro-deutsche Kolonne) und vor allem mit Degrelle von sich weisen. Letzterer - abgesichert in seiner Zuflucht lebend, denn er weiß zu viel - kann in Ruhe auf Ovids berühmte Verse zurückgreifen: "Solange du glücklich bist, zählst du viele Freunde. Sind die Zeiten bewölkt, bist du allein".

Lächerlich auch, was Hw. P. Fessard (Jesuit, 1897-1978) schreibt: "Mit derart großer Ungeduld warteten wir 1916 und 1917 auf die amerikanischen Verstärkungen! Mit Schmerz erlebten wir 1939 daß, als der Krieg sogar schon erklärt worden war, Hitler von einem Großteil der Amerikaner mit Wohlwollen betrachtet wurde, noch dazu und vor allem von Katholiken! 1941 und 1942 standen wir wieder vor der Frage: Würden die Amerikaner eingreifen oder nicht."

Dem Schein nach also erfüllten den guten Pater die durch seine eigenen jesuitischen Brüder in Amerika erreichten Resultate "Mit Schmerz"! Denn, und das ist eine historische Tatsache, die "Christliche Front", eine sich gegen die US-Intervention stellende katholische Bewegung, wurde von dem Jesuitenpater Coughlin (Charles Edward Coughlin, 1891-1979), einem notorischen Hitlersympathisanten, geleitet.

"Diese fromme Organisation war bestens ausgestattet und bekam aus Berlin vom Goebbels-Ministerium vorbereitetes Propagandamaterial in Hülle und Fülle. Über sein Blatt "Social Justice" ("Soziale Gerechtigkeit") und Rundfunksendungen erreichte Hakenkreuzapostel und Jesuitenpater Coughlin eine breite Öffentlichkeit. In den wichtigsten städtischen Ballungszentren betreute er außerdem geheime, nach den Methoden der Söhne Loyolas geführte und von Naziagenten ausgebildete "Kommandozellen"."

Ein geheimes Dokument der Wilhelmstraße erklärt Folgendes: "Presse und amtliche Berichterstattung aus Nordamerika melden laufend von antijüdischen Kundgebungen der Bevölkerung. Es ist vielleicht symptomatisch für die innenpolitische Entwicklung in USA, daß die Hörerschaft des bekannten antijüdisch eingestellten "Radiopriesters" Coughlin auf über 20 Millionen angewachsen ist." ...<<

Der österreichische Bundeskanzler Engelbert Dollfuß zerschlug im März 1933 die Sozialdemokratie und errichtete eine Diktatur. Dollfuß bereitete damit ungewollt dem österreichischen

Faschismus den Weg.

Österreich gehörte in jener Zeit zu den ärmsten Staaten Europas. Dollfuß wollte damals aus der Alpenrepublik einen "Hort des deutsch-abendländischen Christentums" machen (x090/271). Nachdem sich wiederholt schwere Straßenschlachten zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten ereigneten, wurde die nationalsozialistische Partei verboten.

Am 1. April 1933 fand bereits die 1. zentral gesteuerte Boykottaktion gegen die jüdische Bevölkerung (Kaufleute, Ärzte, Rechtsanwälte etc.) statt. Die gesellschaftliche Ächtung der Juden begann.

NSDAP- und SA-Angehörige organisierten den Boykott jüdischer Geschäfte. Vor jüdischen Geschäften und Warenhäusern hetzten damals SA-Männer gegen die Juden ("Deutsche wehrt euch! Kauft nicht bei Juden!" - "Hier kaufen sie bei einem Juden!").

Der französische Botschafter Andre Francois-Poncet berichtete am 1. April 1933 über die ersten Judenverfolgungen in Berlin (x191/63): >>Am festgesetzten Tag durchziehen SA-Kolonnen die ganze Stadt, halten die Juden an und verprügeln sie. Sie dringen in die besuchtesten Cafes und Restaurants am Kurfürstendamm ein und jagen die jüdischen Gäste mit Prügeln hinaus.

(SA-Truppen) stellen sich am Eingang der Geschäfte auf, kleben kleine Plakate auf die Schaufenster: "Jüdisches Geschäft! Hier kaufen keine Deutschen!" und hindern die Leute am Eintreten. In den Geschäften selbst werden die Besitzer krumm und lahm geschlagen, ihre Waren werden geplündert, und unter Androhung weiterer Schläge erpreßt man (von) ihnen Geld. So geht es den ganzen Tag.<<

Eine jüdische Zeitzeugin aus Dortmund berichtete später über die Ereignisse am 1. April 1933 und in den folgenden Monaten (x067/138): >>Man hatte den Kindern gesagt, daß sie am 1. April 1933, dem Tag des Boykotts, nicht in die Schule kommen sollten. ...

Auf jedem Platz, an jeder Ecke vor einer Synagoge fanden sich Propagandatafeln, auf denen wir verächtlich gemacht und beschimpft wurden. Wir seien Parasiten und hätten das Unglück des deutschen Volkes verschuldet, so konnten wir überall und immerzu bei jeder Gelegenheit hören und lesen.

Doch an diesem Tag schloß kein jüdischer Laden; keiner wollte angesichts des Boykotts seine Angst zeigen. Nur die Synagoge öffnete ihre Tore nicht wie sonst, obgleich es Sonnabend war. Wir wollten nicht, daß diese heilige Stätte durch irgendwelche Unruhestifter entweiht würde.

Ich bin sogar in die Stadt, um zu sehen, was im Geschäftsviertel los war. Ich fand keine begeisterte Menge, die durch die Straßen stürmte und die jüdischen Geschäfte zerstörte, wie es die Nazis erwartet hatten, sondern ich hörte nur Äußerungen des Unmuts und der Mißbilligung. ... Nichtjüdische Freunde und Nachbarn, ja sogar Menschen, die wir vorher kaum gekannt haben, kamen zu uns, um ihre Verbundenheit und ihre Freundschaft uns zu bekunden, und alle meinten, daß diese Schreckenszeit nicht lange dauern könne.

Aber nach einigen Monaten des Terrorregimes hatten Treue und Freundschaft ihren Sinn verloren, Furcht und Verrat griff um sich. Um unsere christlichen Freunde nicht zu gefährden, wandten wir uns ab und grüßten nicht, wenn wir einen von ihnen auf der Straße trafen; sie sollten nicht ins Gefängnis kommen, weil man sie für Judenfreunde hielt.

Mit jedem Tag der Naziherrschaft wurde die Kluft zwischen uns und unseren Mitbürgern weiter. Freunde, mit denen wir lange Jahre hindurch freundschaftlich verbunden waren, kannten uns nicht mehr. Plötzlich stellten sie fest, daß wir eben doch anders waren als sie.

Angstvolle Vorstellungen begleiteten mich, wohin ich ging: Wenn ich in einem Geschäft mit den Angestellten sprechen mußte, fürchtete ich, daß sie sich feindlich gegen mich wenden würden, sobald sie entdeckten, daß ich Jüdin sei; wenn ich auf die Straßenbahn wartete, dachte ich immer, daß der Fahrer nicht anhalten würde, wenn er wüßte, daß ich Jüdin sei. Ich bin

eigentlich auf der Straße und in Geschäften niemals solchen unangenehmen Erlebnissen ausgesetzt gewesen, aber ich erwartete so etwas jeden Moment, und die Angst quälte mich unablässig.

Schon lange bevor es uns von den Nazis verboten worden war, hatte ich darauf verzichtet, ein Theater oder ein Kino zu besuchen, weil ich es einfach nicht ertragen konnte, zwischen Menschen zu sitzen, die uns haßten. ...<<

Der deutsche Historiker Herbert Obenaus schrieb später über den "Judenboykott" am 1. April 1933 (x051/286-287): >>Judenboykott, erste zentral gesteuerte Aktion der Nationalsozialisten gegen die Juden in Deutschland nach der Machtergreifung, am 28.3.33 von der Parteiführung für den 1.4., 10 Uhr, befohlen.

Der Boykott sollte sich gegen jüdische Geschäfte und Warenhäuser, Rechtsanwälte und Ärzte wenden. Legitimiert wurde er damit, daß es gelte, der "Greuelhetze" und der Aufforderung zum Boykott deutscher Waren zu begegnen, die das "internationale Judentum" gegen das nationalsozialistische Deutschland gerichtet habe. Der Judenboykott stellte damit im Sinne des nationalsozialistischen Antisemitismus eine Kampfansage gegen die "Weltverschwörung des Judentums" dar.

Die Aktion, die durch ein "Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze" unter Streicher in München geleitet wurde, hatte die politische Funktion, die Juden gesellschaftlich auszugrenzen und zugleich die Herrschaft des Nationalsozialismus zu stabilisieren. "Der Führer sagte mir, sogar die Reichsfahne, das Hoheitszeichen, würde im Ausland beleidigt, und wir müßten jetzt dem Weltjudentum sagen: Bis hierher und nicht weiter." (Streicher, 1946).

Überall gründete die NSDAP lokale Aktionskomitees, die den Judenboykott propagieren und organisieren sollten. Um den Boykottaufruf mit Gewalt durchzusetzen, zogen um 10 Uhr Posten der SA und SS auf. Sie sollten nach offizieller Formulierung "die Bevölkerung vor dem Betreten jüdischer Geschäfte warnen", die vielfach durch Plakate und Schmierereien markiert waren. Wer trotzdem in jüdischen Geschäften einkaufte, war oft Schikanen ausgesetzt. Auch Übergriffe gegen Juden waren nicht selten und führten zur Verunsicherung der jüdischen Bürger.

Der Stabilisierung der nationalsozialistischen Herrschaft dienten nach dem Programm des Münchener Zentralkomitees Pläne, die Presse zur Unterstützung des Judenboykotts zu bewegen, ferner Versammlungen in den Betrieben abzuhalten, in denen die Arbeiter von der Notwendigkeit des Judenboykotts überzeugt werden sollten.

Der Boykott, der an einem Samstag stattgefunden hatte, wurde in der folgenden Woche nicht fortgesetzt, da die innen- und außenpolitischen Folgen der NSDAP Sorgen bereiteten. Es kam aber in der Folgezeit weiterhin zu Einzelaktionen gegen jüdische Geschäfte. Überdies schuf die NSDAP durch ihre Propaganda eine permanente Boykottstimmung gegen die Juden.<<

Der deutsche Historiker Herbert Obenaus berichtete später über den "Antisemitismus" nach Hitlers Machtergreifung (x051/31): >>(Antisemitismus) ... Daß die NSDAP beabsichtigte, der antisemitischen Propaganda tatsächlich Taten folgen zu lassen, stellte sie bald nach der Machtergreifung durch den Judenboykott vom 1.4.33 und das Berufsbeamtengesetz vom 7.4.33 unter Beweis. Aus dem antisemitischen Programm wurde, was vielfach auch in bürgerlichen Kreisen und auch unter den deutschen Juden nicht für möglich gehalten worden war, die Judenverfolgung und schließlich die Endlösung.

Vom Begriff des Antisemitismus wollten die Nationalsozialisten, nachdem sie ihre Macht etabliert hatten, bald nichts mehr wissen: 1935 versah das Propagandaministerium die deutsche Presse mit der Weisung, "in der Judenfrage das Wort antisemitisch oder Antisemitismus zu vermeiden, weil die deutsche Politik sich nur gegen die Juden, nicht aber gegen die Semiten schlechthin wendet. Es soll statt dessen das Wort antijüdisch gebraucht werden."

Außenpolitische Rücksichten, auf die arabische Welt, veranlaßten die Nationalsozialisten, den zentralen Begriff aus der Kampagne gegen die Juden zu verbannen.

1944 ist in einer offiziellen Darstellung noch der Versuch unternommen worden, den Begriff des Antisemitismus durch den des "Antijudaismus" zu ersetzen. Die Beseitigung des zentralen Kampfbegriffs war allerdings mehr als eine politische Sprachregelung. Sie weist vielmehr darauf hin, dass der Antisemitismus als "Weltanschauung ... ein integrierender Bestandteil der nationalsozialistischen Weltanschauung geworden" war, während "der Antisemitismus als politische Bewegung ... in der nationalsozialistischen Bewegung aufgegangen" war (Nipperdey/Rürup).

Nachdem 1933 alle politischen Gegenpositionen bis auf Reste in der Kirche ausgeschaltet worden waren, konnte sich auf Basis des verbreiteten Antisemitismus ein "dynamischer" und nach Aktionen drängender Antisemitismus ungehindert entfalten. ... Er dominierte in der NSDAP und bildete für den Zusammenhalt der Partei und besonders der SS eine wichtige Integrationskraft.

Innerhalb der Bevölkerung fand die Partei für den dynamischen Antisemitismus nur begrenzt Anklang. Deutlich wurde das anlässlich der Kristallnacht, an der die Bevölkerung nur hier und da und oft nur mit Randgruppen aktiv beteiligt war. Die Zuschauerrolle dominierte, ja, kritische Stellungnahmen gewannen an Gewicht, wie sich aus dem Ansteigen entsprechender Fälle vor dem Sondergericht München ersehen läßt.

Es gelang allerdings der NSDAP, die antisemitische Haltung in der Bevölkerung fester zu verankern. Das führte dann dazu, daß die Deportation der deutschen Juden 1941 und die aufkommenden Gerüchte über ihre Ermordung nur sehr schwache Reaktionen hervorriefen. Latenter Antisemitismus, sicher auch eine allgemeine Einschüchterung, bewirkten bei der Dominanz eigener Sorgen im Kriegsalltag eine Indifferenz gegenüber dem Schicksal der Juden, die der NSDAP die ungehinderte Durchführung ihrer Ausrottungspolitik ermöglichte.<<

Goebbels berichtete am 1. April 1933 in seinem Tagebuch (x191/188): >>Die Presse arbeitet jetzt schon in vollster Einheitlichkeit.<<

Der SPD-Abgeordnete Wilhelm Hoegner berichtete später über NS-Maßnahmen zur Beseitigung der Pressefreiheit in Bayern (x191/59): >>Das Gebäude der "Münchner Post" war hell erleuchtet, alle Fenster waren aufgerissen. Aus ihnen wurden Möbelstücke, Bücher, Zeitungen, Tintenfässer und Schreibmaschinen auf die Straße geschleudert. Aus der im vierten Stock gelegenen Wohnung des Geschäftsführers Mürringer flogen Tische und Stühle, Kisten, aufgeschlitzte Betten und Decken herab.

Unten auf der Straße war ein Feuer entzündet, in das Akten, Zeitungen und Möbel hineingeworfen wurden. Die Zuschauer gaben keinen Laut, sie schienen erstarrt. Man hörte nur das dumpfe Krachen der Gegenstände, die auf die Straße fielen.<<

Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler schrieb am 1. April 1933 in Paris über den Judenboykott (x032/39): >>... Dieser verbrecherische Wahnsinn hat alles vernichtet, was in 14 Jahren an Vertrauen und Ansehen für Deutschland wieder gewonnen war.<<

Die "Bergwerkszeitung" berichtete am 2. April 1933 (x032/40): >>... Die nationale Revolution vom Frühjahr 1933 macht dem deutschen Volk alle Ehre, in so disziplinierten Formen vollzog sie sich! Die Blutopfer, die sie forderte, sind bereits vorher gebracht worden, in den Jahren täglichen Bürgerkrieges und Straßenkampfes. Es waren die Revolutionäre und nicht ihre Gegner, auf welche der weitaus größte Teil des Blutzolls entfiel!<<

Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtete am 4. April 1933 über das Konzentrationslager Heuberg (x243/47): >>... Großzügig angelegtes Militärlager - Das größte Konzentrationslager in Deutschland - Wundervolle Hanglage - Zur Zeit 1.750 Internierte und 450 Mann Bewachung - Gute Verpflegung und Behandlung - Hinter Stacheldraht - Nichts arbeiten den ganzen Tag ...

Absonderung der "Allerärmsten". Die Rädelsführer, die ganz Schlimmen, sind in einem besonderen Hause untergebracht. ...<<

Ein internierter Stadtrat berichtete später über die realen Zustände im Konzentrationslager Heuberg (x243/47): >>... Im (Strafbau stellte man sie) an die Wand – Nase und Fußspitzen mußten die Wand berühren -, bis die Leute rückwärts auf die scharfkantigen Steinbrocken fielen, die hinter ihnen aufgeschichtet waren. Das ... wurde so lange fortgesetzt, bis der Häftling liegen blieb. Darauf wurde er unter Knüttelschlägen weggeschleift. ...

Mein Freund, Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes, ... sagte zu mir: "Ich kann nicht mehr, ich nehme mir das Leben!"

Bald nach seiner Entlassung starb er. ... Er war in den wenigen Wochen seiner KZ-Haft ruiniert worden. ...

Als ich entlassen wurde, mußte ich mich verpflichten, draußen kein Wort über meine Internierung zu sprechen, andernfalls hätte ich mit verschärfter Haft zu rechnen.<<

Die Hitlerjugend (HJ) besetzte am 5. April 1933 im Auftrag des NS-Reichsjugendführers Baldur von Schirach die Zentrale des Reichsausschusses der Deutschen Jugendverbände.

Prof. Dr. Harald Scholtz schrieb später über die "Hitlerjugend" (x051/264): >>Hitlerjugend (HJ), programmatische Bezeichnung für die totalitäre Organisation der Jugend innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung. Faktisch entstand sie aus dem 1922 in München gegründeten "Jungsturm Adolf Hitler", einer Nachwuchsorganisation der SA, wenn sie sich als HJ auch erst im Dezember 26 konstituierte.

Nachdem Schirach am 30.10.31 "Reichsjugendführer der NSDAP" (bis 1940, Nachfolger Axmann) geworden war, suchte er sich alle Jugendverbände der NSDAP zu unterstellen (neben der HJ entstanden 1929 der Bund Deutscher Mädel (BDM), der NS-Schülerbund, das Deutsche Jungvolk, erst im September 32 konnten NS-Jugendbetriebszellen eingerichtet werden) und sie unabhängig von den Weisungen der SA- und Parteidienststellen zu machen. Dieses Ziel war im September 32 erreicht.

Den eigentlichen Aufschwung erlebte die HJ durch den überraschenden Zuspruch, den der Reichsjugendtag in Potsdam am 2.10.32 erhielt. Jetzt wurden ihre Verbände als Deutsches Jugendwerk auch in den Reichsausschuß der Deutschen Jugendverbände aufgenommen. Dessen Zentrale besetzte die HJ am 5.4.33. Dieser Handstreich wurde von der Reichsregierung durch die Ernennung Schirachs zum Jugendführer des Deutschen Reiches belohnt.

Die Reichsjugendführung (RJF) war damit als "oberste Reichsbehörde" zugleich staatliches Organ der Jugendpolitik und Reichsleitung der HJ. Die HJ umfaßte nun Jungvolk (zehn- bis 14-Jährige), Jungmädel (zehn- bis 14-Jährige), BDM und eigentliche HJ (15- bis 18-Jährige). Sie gliederte sich in 40 Gebiete, unterteilt wiederum in Banne, Stämme, Gefolgschaften, Scharen und Kameradschaften.

Nun konnte sich die jetzt nur noch alters- und geschlechtsspezifische, nicht mehr sozial untergliederte HJ als einzige staatlich geförderte Jugendorganisation durchsetzen und über die RJF auch ihren Einfluß auf die Ausgestaltung des Jugendlebens geltend machen (Jugendherbergswerk und Heimbeschaffung, Kinderlandverschickung, Gesundheitskontrollen, Schul- und Betriebsjugendwelter, Reichsberufswettkampf und zusätzliche Berufserziehung, alleiniges Recht der HJ zur Durchführung von Wettkämpfen).

Wo ihrem Totalitätsanspruch Grenzen gesetzt waren, reagierte sie mit dem Ausschluß ihrer Mitglieder, wenn diese katholischen Jugendverbänden oder studentischen Korporationen angehörten. Der bis zum Erlaß des "Gesetzes über die HJ" im Dezember 36 eingerichtete "Staatsjugendtag", der am Samstag die Mitglieder des Jungvolkes und der Jungmädel vom Unterricht in den öffentlichen Schulen befreite, ermöglichte die Registrierung der Verbandszugehörigkeit der Schüler.

Obwohl in ihrem Erziehungsauftrag eindeutig parteilich und gegen eine konfessionelle Erzie-

hung gerichtet, nahm die HJ für sich in Anspruch, die deutsche Jugendbewegung fortzuführen. Die Beachtung des Prinzips der "Selbstführung" verschleierte die zentrale Lenkung der Gestaltung des "Jugenddienstes". Zugleich versprach die HJ, den Traum von Gewinnung der "inneren Einheit des Volkes" durch die junge Generation, der aus Traditionen der deutschen Staatspädagogik (Fichte) und der Zeit des Jugendkultes vor dem Ersten Weltkrieg stammte, zu verwirklichen. ...<<

Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtete am 5. April 1933 (x243/47): >>Für den Oberamtsbezirk Reutlingen sind vom ... Innenministerium ernannt worden als politische Sonderkommissare der Landtagsabgeordnete H. ... (Kreisleiter der NSDAP) und ... (SA-) Sturmbannführer Sch. ...<<

Am 7. April 1933 wurden das zweite Gleichschaltungsgesetz und ein Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums erlassen.

In allen Ländern waren danach "Reichsstatthalter" für die Durchführung der NS-Richtlinien verantwortlich. Beamte, die nichtarischer Abstammung oder politisch unzuverlässig waren, konnten sofort entlassen werden.

NS-Gleichschaltung im Jahre 1933

Am 7. April 1933 begannen großangelegte "NS-Gleichschaltungswellen", die mit Massenentlassungen aller mißliebigen Beamten endeten (gleichzeitige Einführung des NS-Berufsbeamtentums). Das NS-Regime jagte ungezählte anständige, unbescholtene Arbeiter, Angestellte und Beamte von ihren Arbeitsplätzen. Wer sich wehrte, protestierte, einer demokratischen Partei angehörte oder irgendwie verdächtig erschien, war ein "Staatsfeind" oder "Judenknecht". Hitlers Wille war in jener Zeit oberstes Gesetz.

Alle wichtigen Verwaltungsposten wurden unverzüglich von "zuverlässigen" NSDAP-Leuten besetzt. Bürgermeister, die keine NS-Mitglieder werden wollten, mußten zurücktreten. Hitlers NS-Diktatur wurde später von 43 Gauleitern, 890 Kreisleitern, 30.801 Ortsgruppenleitern, 121.406 Zellenleitern und 539.445 Blockwarten organisiert und durchgesetzt (x090/275).

Der NS-Pöbel regierte im Namen des "Einheitsstaates". Amtsanmaßung, Korruption, Rechtlosigkeit, Vetternwirtschaft und Unterschlagung waren im gleichgeschalteten NS-Staat an der Tagesordnung. Unfähige Schreihälse und Mitläufer nutzten damals die einmalige Gelegenheit und erhielten verantwortungsvolle Machtpositionen. Zahlreiche Anführer der "SA-Knüppelgarde", die man während der Weimarer Republik mehrheitlich wegen Faulheit oder Dummheit zuerst entlassen hatte, besetzten jetzt vielerorts leitende Posten.

Viele NS-Führer waren gewöhnlich im Verwaltungsbereich hoffnungslos überfordert, so daß man weiterhin auf Berufsbeamte angewiesen war. Die Beamten, von denen im Jahre 1939 rd. 28 % Parteimitglieder waren, mußten grundsätzlich den Treueid auf den Führer leisten (x051/-63).

Ein NS-Flüsterwitz zum Thema "Gleichschaltung" lautete damals wie folgt:

>>Wie konjugiert man "gleichschalten"?

Ich schalte gleich,
du fliegst raus.

Er setzt sich rein!<<

Ernst Niekisch (1889-1967, SPD-Politiker, 1939 zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe verurteilt, danach SED-Politiker) schrieb 1935/36 über die NS-Gleichschaltung (x129/34-35):

>>Ein Taumel der Gleichschaltung erfaßte das ganze Volk. Alle öffentlichen und privaten Einrichtungen, Organisationen und Korporationen, alle wirtschaftlichen Betriebe und kulturellen Gesellschaften, alle Verbände und Vereine "schalteten sich gleich".

Zweck der Gleichschaltung war die Herstellung der "Volksgemeinschaft". Die "Volksgemeinschaft" ist kein gesellschaftlicher Ordnungszustand höherer Art. Nirgends trägt der Schein mehr, als er hier es tut. ...

In der "Volksgemeinschaft" soll das ganze Volk auf die formlos chaotische Existenzweise menschlichen Abschaums heruntergebracht werden. Sinn und Inhalt der Volksgemeinschaft ist lediglich die Solidarität des lumpenproletarischen Gesindels.

Irgendwelche untergeordnete Organe oder Angestellte zogen plötzlich ihr nationalsozialistisches Mitgliedsbuch, daß sie bisher sorgfältig verborgen hatten, aus der Tasche und trumpften damit auf; zuweilen war es der Portier, der sich überraschend als Vertrauensmann der nationalen Revolution entpuppte und sich über Nacht zum wichtigsten und ersten Mann empor-schwang. Das Mitgliedsbuch und das braune Hemd waren Ausweise, durch welche sich die Inhaber befugt hielten, nach den Zügeln zu greifen und die Leitung zu übernehmen.

Der Wille der Wähler, der bisher in der Zusammensetzung des Parlaments seinen Ausdruck gefunden hatte, galt nichts mehr; die Persönlichkeiten ihres Vertrauens räumten das Feld. Das Sprachrohr des Volkswillens war nur noch der Mann mit dem Mitgliedsbuch oder mit dem Braunhemd. ...

Die Gleichschaltung der nationalsozialistischen "Revolution" war die deutsche Spielart jener Gleichheit, welche durch die Französische Revolution 1789 verkündet worden war. Die Gleichheit war Gleichheit des Rechts; so blieb kein Platz mehr für feudale Vorrechte. Die Gleichschaltung ist Vereinheitlichung der Gesichtspunkte, Uniformierung der Gesinnung.

Sie ist wie ein technischer Prozeß: man drückt auf einen Hebel, und der ganze menschliche Bestand ist auf ein Einheitsmodell vereinfacht; niemand weicht vom Nächsten ab. Der Mensch verhält sich wie ein mechanisches Element, das von außen her ausgerichtet und in Form gebracht wird. Bis zum täglichen Gruß hin reagiert er nach obrigkeitlich verordnetem Schema: wer immer zur Tag- und Nachtzeit seinen Nächsten sieht, streckt den Arm in die Luft und schreit "Heil Hitler".

Der Punkt, an dem der Hebel ansetzt, welcher den Menschen gleichschaltet, ist die Existenzfrage. Wenn der Mann nicht richtig liegt, bekommt er kein Futter mehr. Unverhüllter wurde noch niemals auf den Magen gedrückt, um die richtige Gesinnung herauszupressen. Der Beamte zitterte um Gehalt und Versorgung; das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" brachte den festen Turm seiner "wohlerworbenen Rechte" zum Einsturz. ...

Die nationalsozialistische Empörung über marxistische "Parteibuchbeamte" entlarvte sich als purer Brotneid; die "Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" bestand darin, alle Ämter mit nationalsozialistischen Parteibuchbeamten zu überschwemmen. Die bürokratische Gleichschaltung war eine großangelegte Veranstaltung allgemeiner "Umbonzung".

Angestellten und Arbeitern erging es nicht besser; sie verloren die Arbeitsplätze, wenn ihr Eifer der Gleichschaltung enttäuschte. Entzog sich ein Arbeiter dem anbefohlenen Aufmarsch, wurde er fristlos entlassen: er war als "Staatsfeind" nicht würdig, wirtschaftlich geborgen zu sein. Der Organisationszwang, dem die Angehörigen der freien Berufe, Gewerbetreibende, Handwerker, Kaufleute, Unternehmer unterlagen, bot Handhaben, sie zu maßregeln; wurden sie aus ihrer "Berufskammer" entfernt, war ihnen das Recht auf Berufsausübung genommen; sie waren brotlos und ins wirtschaftliche Nichts verstoßen.

Die nationalsozialistische Weltanschauung zog ihre überzeugende Kraft aus der Sorge um den Futterplatz; weil der nationalsozialistische Herr den Brotkorb monopolisiert hatte, sang jedermann sein Lied. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Gleichschaltung" des NS-Regimes (x051/216-217): >>Gleichschaltung, Wort aus der Elektrotechnik; von der nationalsozialistischen Propaganda eingesetzt zur Bezeichnung der Ausrichtung von Verbänden, Organisationen, Parteien und schließlich jedes einzelnen Bürgers auf die Ziele der nationalsozialistischen Politik; geprägt von Reichsjustizminister Gürtner für die Formulierung des Gesetzes vom 31.3.33 zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich.

Erstes Opfer der Gleichschaltung wurde denn auch der Föderalismus: Nachdem schon in der

Woche nach der Reichstagswahl vom 5.3.33 alle Länderparlamente auf Druck der NSDAP dem Reichsergebnis entsprechend zusammengesetzt worden waren, verfügte am 7.4.33 ein zweites Gleichschaltungsgesetz die Entsendung von Reichsstatthaltern. Sie wurden auf Vorschlag des Kanzlers vom Reichspräsidenten ernannt, hatten Ernennungsrecht für die Landesregierungen und deren Beamte und waren bis auf Epp Gauleiter der NSDAP.

Der Reichsrat verlor damit als Verfassungsorgan alle Bedeutung und wurde am 30.1.34 vollends überflüssig, als durch "Gesetz über den Neubau des Reiches" alle Hoheitsrechte der Länder auf das Reich übergingen. Mit Auflösung des Reichsrates am 14.2.34 und der Verreichlichung (Vereinheitlichung) der Justizverwaltungen am 1.4.35 war die Gleichschaltung der Länder abgeschlossen.

Noch rascher verschwand die Parteienvielfalt: Auch ihre Gleichschaltung setzte schon im März 33 ein, als sich der Reichstag durch das Ermächtigungsgesetz selbst entmachtete.

Die KPD war schon seit der Reichstagsbrandverordnung faktisch ausgeschaltet und wurde am 28.3.33 endgültig verboten; die SPD, die als einziger Widerstand gegen das Ermächtigungsgesetz geleistet hatte, wurde, eines Großteils ihrer Mitglieder durch Flucht und Verhaftung beraubt, am 22.6.33 verboten; die Mitglieder der bürgerlichen Parteien liefen in Scharen zur NSDAP über und lösten sich nach und nach selbst auf: am 27.6.33 die DNVP, einen Tag später die Staatspartei, am 3.7.33 das Zentrum und tags darauf die BVP.

Nach dem "Gesetz gegen die Neubildung von Parteien" vom 14.7.33 existierte nur noch die NSDAP, die per Gesetz am 1.12.33 zur Körperschaft öffentlichen Rechts aufstieg. Die Gleichschaltung des Parteienstaates vollendete das "Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches" vom 1.8.34, das die Ämter des Reichspräsidenten und des Regierungschefs verschmolz: Hitler wurde "Führer und Reichskanzler".

Instrumente der Gleichschaltung der Verbände wurden das Berufsbeamtengesetz und der Arierparagraph. Das Schema war immer dasselbe: Auf Druck von NSDAP-Mitgliedern wurden die Vorstände der Berufsverbände umgebildet und Nationalsozialisten aufgenommen. Die "säuberten" dann die Vorstände und führten die Verbände unter das Dach der Partei.

Wo das nicht half, griff die NS-Führung zur Gewalt: Am 2.5.33 wurden die Häuser und Büros der Gewerkschaften von SA und Polizei besetzt, ihre Akten beschlagnahmt, ihr Vermögen konfisziert und die Organisation in die Deutsche Arbeitsfront überführt. Ähnlich ging es den Bauernorganisationen, die sich am 15.9.33 alle zwangsvereinigt fanden im Reichsnährstand. Länger hielt sich die gewerbliche Wirtschaft, die aber auch im August 34 enger an den Staat gebunden wurde, indem sie in Reichsgruppen unter maßgeblichem Einfluß des Wirtschaftsministeriums gegliedert wurde; der Vierjahresplan verpflichtete sie dann am 15.10.36 ganz auf die (Kriegs-) Ziele der NS-Führung.

Zur Gleichschaltung der Meinungen und der Kultur bestellte Hitler mit Goebbels am 13.3.33 eigens einen Minister für Volksaufklärung und Propaganda. Wer beruflich schreiben, musizieren, filmen, malen, schauspielern wollte, mußte spätestens vom 22.9.33 an Mitglied der entsprechenden Untergliederung der Reichskulturkammer sein. Die Aufnahmebedingungen, u.a. der Arierparagraph, sorgten dafür, daß Mißliebige fortan in Deutschland kein Gehör mehr fanden.

Nur die Gleichschaltung der Kirchen gelang nie ganz, obwohl im Kirchenkampf alles versucht wurde, diesen letzten Winkel möglicher Opposition zu beseitigen. Die Bestellung des Kirchenministers Kerrl am 16.7.35 oder der Kanzelparagraph konnten aber die Widersetzlichkeit der Bekennenden Kirche ebenso wenig brechen, wie die Priesterprozesse die katholische Kirche in die Knie zwangen.

Dennoch: Nach dem Sommer 34 gab es kaum einen Deutschen mehr, der nicht auf dem Umweg über seinen Beruf, seine Stellung oder seinen Verein in irgendeiner Weise mit der Partei verbunden war. Nach Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht (16.3.35), Reichsar-

bedienstetpflicht (1.7.35) und dem "Gesetz über die Staatsjugend" (1.12.36, Hitlerjugend) war die Einbindung der Heranwachsenden in den neuen Staat perfekt.

Hitler skizzierte seine Vision der totalen Erfassung des Volkes in einer Rede vor Kreisleitern im Jahr 1938: Mit zehn hole er die Kinder ins Jungvolk, mit 14 in die HJ, es folgen Partei, SA oder SS, dann Arbeitsdienst, Wehrmacht und wieder Parteigliederungen. Hitler schloß mit den Worten: "... und sie werden nicht mehr frei ihr ganzes Leben."<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Gauleiter" des NS-Regimes (x051/203): >>Gauleiter, direkt Hitler verantwortlicher "Hoheitsträger" der NSDAP in den Gauen.

Durch häufige Ernennung der Gauleiter zu Reichsstatthaltern oder Oberpräsidenten in Personalunion wurde die Verquickung von Staat und Partei gefördert, zugleich aber auch eine Art Provinzdiktatorentum. Die um ihre regionale Machtstellung besorgten Gauleiter widersetzten sich nicht selten den Entscheidungen von Reichsressorts und nutzten ihren direkten Draht zu Hitler, dem viele aus der "Kampfzeit" verbunden waren, zu selbstherrlichem Regiment, wie z.B. Bürckel oder A. Wagner.

Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden viele Gauleiter zu Reichsverteidigungskommissaren ernannt, seit dem 16.11.42 hatten alle Gauleiter diese Funktion und wurden am 25.9.44 mit der Aufstellung des Volkssturms beauftragt.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Ortsgruppe" des NS-Regimes (x051/432): >>Ortsgruppe, Organisationseinheit der NSDAP und in deren Terminologie ein "Hoheitsgebiet", geleitet von einem Ortsgruppenleiter als "Hoheitsträger".

Die Ortsgruppe sollte kommunale Grenzen möglichst nicht überschneiden, konnte aber auf dem Land mehrere Gemeinden umfassen, während Städte in mehrere Ortsgruppen zerfallen konnten, je nach Dichte der Parteimitglieder.

Eine Ortsgruppe sollte mindestens 150, aber nicht mehr als 1.500 Haushalte umfassen, die Bemessensgrundlage waren (nicht die Einzelmitglieder). Das hing mit den Aufgaben des Ortsgruppenleiters zusammen, die sich auch auf die Nichtmitglieder erstreckten: Er sollte "durch geeignete Veranstaltungen die Bevölkerung nationalsozialistisch ausrichten" und mußte in einem Fragebogen auch Auskunft über die politische Zuverlässigkeit von nichtorganisierten Personen in seinem Bezirk geben.

Der Ortsgruppenleiter, auf Vorschlag des Kreisleiters vom Gauleiter ernannt, residierte in der Ortsgruppendienststelle, wo auch die örtlichen Vertreter von DAF, Frauenschaft und NSV saßen. Verantwortlich für "die gesamtpolitische Lage" in der Ortsgruppe, sollte der Ortsgruppenleiter auf alle kommunalpolitischen Belange achten, die Zellen und Blocks überwachen; die Politischen Leiter schulen und Spitzeldienste leisten.

Die Ortsgruppenleiter waren oft besonders übereifrig und in der Bevölkerung verhaßt.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Blockleiter" des NS-Regimes (x051/78): >> Blockleiter, unterster "Hoheitsträger" der NSDAP, der für die "gesamtpolitische Lage" in seinem Block zuständig war; das begann bei der Verpflichtung zur Weitermeldung "schädigender Gerüchte", schloß ein das Kassieren der Mitgliedsbeiträge und das Führen einer Kartei über alle Bewohner, beauftragte den Blockleiter als "Prediger und Verfechter der nationalsozialistischen Weltanschauung" mit propagandistischen Aufgaben wie Anhalten der Blockbewohner zum Beitritt in HJ, SA oder andere Parteiorganisationen und Werben für nationalsozialistische Veranstaltungen.

Der Blockleiter wurde vom Kreisleiter eingesetzt und war nur ihm verantwortlich. Das machte aus vielen Blockleitern Kleintyrannen, deren Denunziationen man ausgeliefert war.<<

Ricarda Huch (1864-1947, deutsche Historikerin und Schriftstellerin, blieb während der NS-Zeit in Deutschland) trat am 9. April 1933 mit folgender Begründung aus der staatlichen Preußischen Akademie der Künste aus (x149/81): >>... Daß ein Deutscher deutsch empfindet,

möchte ich fast für selbstverständlich halten; aber was deutsch ist, und wie Deutschtum sich betätigen soll, darüber gibt es verschiedene Meinungen.

Was die jetzige Regierung als nationale Gesinnung vorschreibt, ist nicht mein Deutschtum. Die Zentralisierung, den Zwang, die brutalen Methoden, die Diffamierung Andersdenkender, das prahlerische Selbstlob halte ich für undeutsch und unheilvoll. Bei einer so sehr von der staatlich vorgeschriebenen Meinung abweichenden Auffassung halte ich es für unmöglich, in einer staatlichen Akademie zu bleiben.<<

Die NSDAP übernahm am 10. April 1933 sämtliche Beamtenverbände und ernannte den 1. Mai per Gesetz zum "Feiertag der nationalen Arbeit".

Joseph Goebbels berichtete am 10. April 1933 (x032/43): >>Von da an beginnt dann die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften. Wir werden nicht eher Ruhe bekommen, bis sie restlos in unserer Hand sind.<<

Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtete am 13. April 1933 (x243/47): >>Aktion gegen die Allgemeine Ortskrankenkasse Reutlingen. ... Auf Veranlassung der Württembergischen Regierung ... Besetzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse und der Wohnung ihrer Beamten. ... Direktor M. ... wurde vorläufig beurlaubt.

Der Besetzung folgte die Herbeischaffung von Aktenmaterial und die Vernehmung der Beamten. ...

Auf dem Gebäude ... (wurden) 2 Hakenkreuzfahnen gehißt. ... An der Besetzung waren etwa 100 Mann der Schutzpolizei, der SS und SA beteiligt. ...<<

Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtete am 15. April 1933 (x243/47): >>Weitere Verhaftungen – in Schutzhaft wurden aus Gründen seiner eigenen Sicherheit Rechtsrat R, ... wegen Verdunkelungsgefahr Direktor M. ... von der Ortskrankenkasse, aus politischen Gründen erneut Redakteur B. ... von der "Freien Presse" (SPD), Obersekretär K. ... und Stadtrat S. ... Die Verhafteten wurden aufs Amtsgericht gebracht. ...<<

Goebbels berichtete am 17. April 1933 in seinem Tagebuch (x149/73): >>Hier oben (in Hitlers Haus auf dem Obersalzberg) habe ich mit dem Führer die schwebenden Fragen eingehend durchgesprochen.

Den 1. Mai werden wir zu einer grandiosen Demonstration deutschen Volkswillens gestalten. Am 2. Mai werden dann die Gewerkschaftshäuser besetzt. Gleichschaltung auch auf diesem Gebiet. Es wird vielleicht ein paar Tage Krach geben, aber dann gehören sie uns. Man darf hier keine Rücksicht mehr nehmen. Wir tun dem Arbeiter nur einen Dienst, wenn wir ihn von der parasitären Führung befreien, die ihm bisher nur das Leben sauer gemacht hat.

Sind die Gewerkschaften in unserer Hand, dann werden sich auch die anderen Parteien und Organisationen nicht mehr lange halten können. Jedenfalls ist der Entschluß gestern auf dem Obersalzberg gefaßt worden.

Ein Zurück gibt es nicht mehr.<<

Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtete am 18. April 1933 (x243/47): >>Rechtsrat R. ... auf dem Heuberg. ... Die Vernehmungen von R. ... und die Sichtung des Materials ergaben, daß Rechtsrat R. ... der Verbindungsmann der sozialdemokratischen Partei war; seine Mitgliedschaft bei dieser Partei konnte allerdings nicht festgestellt werden.

Die Untersuchungen ließen ... zu der Überzeugung gelangen, daß ein großer Teil der Zwistigkeiten innerhalb der Stadtverwaltung ... der Haltung ... von ... R. ... zuzuschreiben ist.

Amtsgerichtsrat Dr. D. ... erließ einen Haftbefehl ... und Oberbürgermeister Dr. H. ... wird ... ein Disziplinarverfahren einleiten. Rechtsrat R. ... ist vorläufig beurlaubt. ...

In nationalen Kreisen (ist) die Erregung gegen R. so groß, daß man es für zweckmäßig fand, ihn ... in Schutzhaft auf den Heuberg zu verbringen. ... Er mußte damit das heutige Schicksal so vieler teilen, die ihr Emporstreben auf eine Partei stützten, die sich ihrem ganzen Wesen nach noch immer als gesellschaftsfeindlich und antinational erwiesen hat und über die nun das

Gericht der Nationalen Revolution hereingebrochen ist. ...<<

Hitlers Geburtstag wurde am 20. April 1933 erstmalig als nationaler Feiertag begangen.

Goebbels gratulierte Hitler am 20. April 1933 zum Geburtstag (x073/141): >>Mein Führer! Millionen und Millionen der besten Deutschen senden dir in dieser Stunde ihre Grüße und halten dir auf offenen Händen ihr Herz dankerfüllt entgegen. Du hast Deutschland aus seiner tiefsten Erniedrigung wieder emporgeführt zu Ehre und Geltung!

Heute sollst du wissen, daß hinter dir, und wenn es not tut, auch vor dir eine geschlossene und entschlossene Kämpferschar steht, die jederzeit bereit ist, für dich und deine Idee ihr Letztes hinzugeben. Dir gehört unser ganzes Herz.

Wir wünschen dir und uns zu deinem Geburtstag, daß das Schicksal dich dem Vaterlande noch viele Jahrzehnte erhalten und daß du immerdar unser bester Freund und Kamerad bleiben mögest. ...

Wir reichen dir dabei unsere Hände und geloben, daß du für uns immer das sein wirst, was du heute bist: Unser Hitler!<<

Hitler berichtete am 22. April 1933 während einer Führertagung der NSDAP in München über den Nationalsozialismus (x032/47): >>Die Bewegung hat 2.000 Jahre deutscher Geschichte und Kultur übernommen. Sie wird die Trägerin der Zukunft werden ... Wir arbeiten nicht für den Augenblick, sondern für das Urteil der Jahrtausende.<<

Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtete am 22. April 1933 (x243/47): >>Weitere Verhaftungen: ... Die Stadträte K. (SPD) und V. ... (Vorsitzender der Ortskrankenkasse), Gewerkschaftssekretär H., ... auf besondere Anordnung ... Druckereibesitzer F. ... vom "Reutlinger Generalanzeiger". Außerdem ... 13 Funktionäre der Kommunistischen Partei und des Reichsbanners. ...<<

Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtete am 23. April 1933 (x243/48): >>... Aufruf! – Der 1. Mai muß auch in Reutlingen ... (eine) Riesenkundgebung ... werden. ... Wer ... glaubt, er müsse sich fernhalten, der stellt sich ... außerhalb unserer Volksgemeinschaft.

NS-Betriebszellenorganisation. ...

(Programm zum 1. Mai 1933):

6.45 Flaggenhissung in den Reutlinger Betrieben durch 3 SA-Kolonnen unter Begleitung von Musikkapellen.

8.30 Festgottesdienste. Die SA und andere Formationen nehmen in Uniform geschlossen an den Gottesdiensten teil.

10.15 Marsch der uniformierten Verbände durch die Stadt zum Marktplatz.

11.00 Übertragung der Reichssendung vom Lustgarten in Berlin.

13.15 Sammeln der Betriebsangehörigen vor ihren Betrieben.

15.00 Großer Festzug unter Beteiligung aller nationalsozialistischen Formationen, des Stahlhelms, der Arbeiterschaft in den Industriebetrieben, der Handwerkerinnungen, Behörden usw.

17.00 Riesenkundgebung auf dem Marktplatz.

19.00 Abendkundgebung auf dem Marktplatz.

20.00 Marktplatz: Übertragung der Feier auf dem Tempelhofer Feld in Berlin. Manifest Hitlers: Verkündigung des 1. Jahresplans der deutschen Aufbauarbeit.<<

Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtete am 24. April 1933 (x243/47, x243/48): >>Herr F. ... ("Reutlinger Generalanzeiger") ... wegen Magenblutungen ins Bezirkskrankenhaus eingeliefert. ...<<

>>... Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt den 1. Mai 1933 als gesetzlichen Feiertag der nationalen Einheit und fordert die Mitglieder ... auf, ... sich ... an den ... Feiern ... zu beteiligen. ...<<

In Berlin wurde am 26. April 1933 das Geheime Staatspolizeiamt ("Gestapa bzw. Gestapo") gegründet.

Wilhelm M. Reißmann schrieb später über die "Geheime Staatspolizei" (x051/205-206):
>>Geheime Staatspolizei (Gestapo), aus dem 1933 in Preußen gegründeten Geheimen Staatspolizeiamt (Gestapa) entwickeltes Organ der Sicherheitspolizei (Sipo) unter Diels. Die Gestapa war aus der preußischen Politischen Polizei hervorgegangen, die schon nach dem Preußenschlag infolge reaktionärer und nationalsozialistischer Unterwanderung der Führung ihre Beobachtungen vom rechten politischen Spektrum nach links gewandt hatte.

Dadurch wurde ein Grundstein für den erfolgreichen nationalsozialistischen Umsturz in Zusammenarbeit mit der zur Hilfspolizei ernannten SA und SS gelegt. Während des Umsturzes wurden von der Gestapa in großer Zahl politische Gegner aufgrund der Reichstagsbrandverordnung in Schutzhaft von Polizei- und SA-Gefängnissen gebracht. 1933 wurden die Politischen Polizeien der Länder unter Himmler gleichgeschaltet, 1934 Diels durch Heydrich als Leiter der Gestapa abgelöst.

Nach dem preußischen Geheimen-Staatspolizei-Gesetz vom 10.2.36 (Gesetzsammlung S. 21) war es Aufgabe der Geheimen Staatspolizei, alle staatsgefährlichen Bestrebungen zu erforschen und zu bekämpfen, das Ergebnis der Erhebungen zu sammeln und auszuwerten, die Staatsregierung zu unterrichten sowie die übrigen Behörden über für sie wichtige Feststellungen auf dem laufenden zu halten und mit Anregungen zu versehen.

Zur Durchsetzung ihrer Ziele erließ die Geheime Staatspolizei in großem Umfang sogenannte Schutzhaftbefehle, die formal auf der Reichstagsbrandverordnung beruhten und die zur sofortigen Einweisung in KZ oder sonstige Haftanstalten führten. Verfügungen in Angelegenheiten der Geheimen Staatspolizei waren von der gerichtlichen Kontrolle ausgenommen. Insoweit folgte das Gesetz aber nur der bisherigen Praxis und höchstrichterlicher Rechtsprechung.

In ihrem Aufgabenbereich hatte die Geheime Staatspolizei Weisungsrecht gegenüber der Ordnungspolizei. Der Inspekteur der staatlichen KZ war der Gestapa direkt unterstellt. Es bildete seit Kriegsbeginn die 4. Abteilung im Reichssicherheitshauptamt (RSHA). Erfüllten Geheimen-Staatspolizei-Angehörige die Aufnahmebedingungen der SS, wurden sie auch in den Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS (SD) übernommen.

Die Geheime Staatspolizei betrieb eigenhändige Ahndung von Straftaten und politisch mißliebigem Verhalten an den Staatsanwaltschaften und Gerichten vorbei: von körperlicher Mißhandlung, KZ-Einweisung bis verfahrensloser Hinrichtung.

Urteilte die Justiz nach nationalsozialistischen Maßstäben zu milde, griff die Geheime Staatspolizei "korrigierend" ein; z.B. bei Freisprüchen durch Festnahme und KZ-Überführung. Die Justiz nahm daher oft schon aus Prestigegründen Maßnahmen der Geheimen Staatspolizei vorweg.

Neben der Bekämpfung von politischen Gegnern war die Zuführung von Juden, "Zigeunern", Homosexuellen, Freimaurern u.a. zu den KZ Hauptaufgabe der Geheimen Staatspolizei. Ihr Terror nach innen nahm in dem Maß zu, in dem sich die Kriegslage verschlechterte.<<

Der SPD-Parteivorsitzende Otto Wels erklärte am 26. April 1933 während der Reichskonferenz der SPD in Berlin (x032/48): >>... Die Tatsachen der Machtpolitik können unser taktisches Verhalten beeinflussen, aber niemals können sie etwas an unserer Gesinnung ändern, es sei denn, daß sie uns in unserer Gesinnung bestärkten. Eine geistige Unterwerfung und Anpassung darf es für uns nicht geben.

Wir Sozialdemokraten stehen zu den Ideen des Rechtsstaates, zu der staatsbürgerlichen Freiheit und Gleichberechtigung, zu den Ideen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit. Echter Sozialismus ist Verwirklichung des Humanitätsideals, ist nicht denkbar ohne geistige Freiheit, und eine Partei, die aufhören würde, für das gleiche Recht aller Staatsbürger ohne Unterschied der Konfession und der Rasse zu kämpfen, würde den Namen Sozialdemokratische Partei Deutschland nicht mehr tragen dürfen.<<

Hans von Tschammer und Osten (1887-1943) wurde am 28. April 1933 zum NS-Reichssport-

kommissar ernannt, um alle deutschen Sportvereine gleichzuschalten.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Sport" im Dritten Reich (x051/554-555): >>Sport, Hauptfach der nationalsozialistischen Erziehung, bei der es, so Hitler in "Mein Kampf", "in erster Linie ... auf das Heranzüchten kerngesunder Körper" ankomme.

Wegen der englischen Herkunft des Worts und seiner ursprünglichen Bedeutung (disport = Vergnügen) wurde allerdings der Begriff Leibesübungen bevorzugt.

Die nationalsozialistischen Sportorganisatoren und -ideologen bauten auf langen Traditionen auf und konnten sie oft mit nur leichten Retuschen in Dienst nehmen. Wie die völkischen und bürgerlichen Sportpädagogen der Republik beriefen sie sich auf Turnvater Jahn und sein Konzept der Wehrhaftmachung, das nach der Niederlage von 1918 eine Renaissance erlebte. Dazu hatten die wehrpolitischen Restriktionen des Versailler Vertrages ebenso beigetragen wie das sich rasch verklärende Fronterlebnis.

Die kriegerische Terminologie im Sportbetrieb der Republik nahm nationalsozialistische Sprachregelungen vorweg: Das 1922 gegründete Reichssportfest hieß Deutsche Kampfspiele, 1932 rief der Reichspräsident ein Reichskuratorium für Jugendertüchtigung ins Leben.

Nur die Arbeitersportbewegung (1933 ca. 1,3 Millionen Mitglieder) verschloß sich der wehrpolitischen Einbindung. Sie wurde im Frühjahr 33 daher auch erstes Opfer der Gleichschaltung des deutschen Sports durch Reichssportkommissar H. von Tschammer und Osten. Die Arbeitersportvereine und -organisationen wurden verboten, ihre Sportstätten geschlossen oder beschlagnahmt, ihr Eigentum konfisziert.

Auch die bürgerlichen Sportorganisationen sollten dem politisch-ideologischen Konzept der neuen Machthaber verpflichtet werden. Ihrer Tradition entsprechend kamen sie dem Reichssportkommissar dabei weit entgegen. Noch ehe von Tschammer die Neuordnung des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen (DRA) einleitete, hatte ein Prozeß der Selbstauflösung eingesetzt. Die führenden Repräsentanten des DRA unterstützten die auf zentralistische Führung zielende Umgestaltung der Verbands- und Organisationsstruktur des deutschen Sports.

Fehlte im Lager des bürgerlichen Sports der Widerstandswille, so mangelte es bei den konfessionellen Sportorganisationen an Widerstandskraft. Das evangelische Eichenkreuz wurde von der eigenen Kirchenführung an die HJ verhandelt, der katholischen Deutschen Jugendkraft nutzte der Konkordatsschutz wenig gegen die Politik der Schikanen. Katholischer wie evangelischer Sportbetrieb endete mit dem Verbot jeder sportlichen Betätigung am 23.7.35.

Die jüdischen Sportvereine (Makkabi, Schild) erlebten dagegen paradoxerweise zunächst eine "Blüte", da jüdische Sportler aufgrund des Arierparagraphen aus deutschen Vereinen ausgeschlossen wurden. Mit Rücksicht auf das Ausland warteten die Nationalsozialisten bis nach den Olympischen Spielen 1936 mit der Eliminierung des jüdischen Sports.

Die Neuorganisation des deutschen Sports im nationalsozialistischen Staat lief in zwei Phasen ab: In der ersten wurde unter dem Vorsitz von Tschammers der Reichsführerring konstituiert (24.5.33), dem die 16 Vertreter der Fachverbände angehörten. Alle Verbände hatten ihre Geschäftsstelle nach Berlin zu verlegen. Gleichzeitig verteilte man, entsprechend der neuen politischen Gliederung des Reiches, die Vereine auf 16 Gaue, die sich wiederum in Bezirke und Kreise unterteilten.

Am 30.1.34 wurde unter Vorsitz von Tschammers (inzwischen zum Reichssportführer ernannt) der Deutsche Reichsbund für Leibesübungen (DRL) gegründet, eine Dachorganisation von 25 Fachämtern, die im wesentlichen den alten Fachverbänden entsprachen. Neue Macht- und Organisationszentrale wurde das Reichssportamt in Berlin.

In der zweiten Phase der Neuordnung versuchte von Tschammer nach den Olympischen Spielen – hier schien aus politischen Gründen ein Abwarten geboten –, den Sport stärker an die

Partei zu binden. Dazu wurde als erstes am 21.12.36 eine Koordinierungsstelle im Reichsinnenministerium geschaffen, der von Tschammer als Abteilungsleiter vorstand.

Schließlich folgte Ende 1938 die Gründung des Nationalsozialistischen Reichsbundes für Leibesübungen (NSRL), eine von der Partei betreute Organisation. Der Prozeß fand seinen Abschluß, als deren Reichssportführer 1939 als "Beauftragter für die Leibesübungen in der NSDAP" in den Stab des Stellvertreters des Führers berufen wurde. Der freie, ehemals selbstverwaltete Sport war damit gleichgeschaltet.

Er war nun völlig der ideologischen Ausrichtung auf die Prinzipien von Rasse, Führertum und Wehrhaftigkeit verfügbar. Dietwarte (NS-Schulungsleiter) sorgten für politische Schulung in den Vereinen und für Vermittlung des Leitbildes vom "politischen Soldaten", wie es in den Sporteinrichtungen von HJ, SA, SS, NSKK und NSFK gepflegt wurde.

Kernsätze aus Hitlers "Mein Kampf" bildeten die ideologische Basis für ein System körperlicher Erziehung, das den politischen Zielen des Regimes zu dienen und auf den "Ernstfall" vorzubereiten hatte: "Die höchste körperliche Fertigkeit ist ja gerade für den Einsatz im Ernstfall verwirklicht worden" (von Tschammer).

Auch zur inneren Ausrichtung auf diesen Ernstfall diente der Sport, der in Schulen, Vereinen und Parteigliederungen zunehmend Wehrsport wurde. Man nutzte die Erfolge der deutschen Sportler als nationalistisches Stimulans, der Sport wurde im Krieg verherrlicht als "Werkstatt des Sieges".

Der Krieg endete mit der Zerstörung von über 40 % aller Sportanlagen und mit der "völligen Zerstörung der moralischen Substanz des Sports" (Willi Daume).<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Wehrsport" (x051/624-625): >>Wehrsport, Leibesübungen zur Hebung der militärischen Tauglichkeit der männlichen Jugend.

Da der Nationalsozialismus Erziehung in erster Linie als "Wehrhaftmachung" verstand, war im weiteren Sinne jeder Sport im Dritten Reich Wehrsport. Man knüpfte dabei an bürgerliche Traditionen an, wie sie schon in der Gründung des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung zum Ausdruck gekommen waren. Was in den Geländesport-Arbeitsgemeinschaften der SA begonnen hatte, wurde nach der Machtergreifung offizielles Programm in HJ, SA, SS, NSKK und NSFK: vormilitärische Ausbildung auf Wehrsportbasis.

Im Vordergrund standen Mannschaftssportarten, die Gemeinschaftserlebnisse vermittelten und der Kameradschaftserziehung dienten, und "Strapazensport" zur Ausdauerschulung wie Gepäckmärsche oder Hindernislauf. Hinzu kamen technische Disziplinen wie Schießen oder Handgranatenwerfen.

Die "motorische Wehrerziehung" oblag den Sonderformationen: Flieger- und Motor-HJ, NSFK und NSKK, während in der SS besonders elitäre Formen des Wehrsports gepflegt wurden wie Fechten oder Reiten. Das alles wurde immer wieder öffentlich vorgeführt auf "Wehrkampftagen der SA" oder bei den "NS-Kampfspiele", höchst wirkungsvollen Werbeveranstaltungen. Flug- und Motorsport waren zudem dem Reichssportführer entzogen und konnten nur in nationalsozialistischen Formationen ausgeübt werden. Sie sorgten für Pilotennachwuchs und stellten im Krieg vereinzelt Einheiten für Sonderaufgaben ab (z.B. NSKK-Kompanien zur Sicherung besetzter Gebiete).<<

Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtete am 28. April 1933 (x243/47): >>Krankenkassendirektor M ... (ist tot) – Der Direktor der allgemeinen Ortskrankenkasse Reutlingen ist freiwillig aus dem Leben geschieden: er wurde heute früh erhängt in seiner Krankenzelle im Bezirkskrankenhaus vorgefunden.

Direktor M. wurde bekanntlich im Zuge der Aktion gegen die allgemeine Ortskrankenkasse ... in Schutzhaft genommen. ...<<

Hermann Göring (Reichsminister für die Luftfahrt) gründete am 29. April 1933 den Reichs-

Luftschutzbund (RLB).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Luftschutz" (x051/365):
>>Luftschutz, Gesamtheit der Maßnahmen zum Schutz vor Bombenangriffen.

Der Ausbau des zivilen Luftschutzes war die defensive Flankierung der Aufrüstung und hatte nach der nationalsozialistischen Machtergreifung entsprechend hohe Priorität. Schon am 29.4.33 wurde der Reichsluftschutzbund (RLB) gegründet, der dem Reichsministerium für die Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe unterstand und 1944 von der NSDAP übernommen wurde.

Ihm oblag die Schulung der ehrenamtlichen Luftschutzwarte, die die sogenannten Luftschutzgemeinschaften in einzelnen Häusern oder Häuserblocks führten.

Mit Luftschutzgesetz vom 26.5.35 wurde eine Luftschutzpflicht eingeführt, die eine Dienstpflicht (Fliegeralarm, Verdunkelung, Brandbekämpfung, Erste Hilfe, Räumarbeiten u.a.) sowie eine Sachleistungspflicht (Bau von Luftschutzräumen, Bereitstellung von Gerät u.a.) für alle Deutschen vorsah.

Der RLB verfügte bei Kriegsausbruch über 13,5 Millionen Mitglieder, 820.000 Amtsträger, 28.000 Luftschutzlehrer in 3.800 Luftschutzschulen, zu deren Lehrgängen jeder verpflichtet werden konnte. Besondere Aufgaben waren dem betrieblichen Luftschutz (Werk-Luftschutz) zugewiesen.

Der alliierte Luftkrieg zeigte nach 1942 die engen Grenzen des Luftschutzes im modernen Krieg auf, viele Luftschutzhelfer wurden Opfer ihres Dienstes.<<

Bernhard Rust (1883-1945) wurde am 30. April 1933 zum NS-Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung ernannt.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über Bernhard Rust (x051/509):
>>Rust, Bernhard, geboren in Hannover 30.9.1883, gestorben Berne (Oldenburg) 8.5.1945, deutscher Politiker; Studium der Germanistik, Philosophie und Altphilologie, Studienrat, nach dem 1. Weltkrieg Betätigung in der völkischen Wehrbewegung.

Rust trat gleich nach Wiedergründung der NSDAP (27.2.25) der Partei bei und war 1925-40 Gauleiter von Hannover (ab 1928 Südhannover-Braunschweig).

1930 "aus Krankheitsgründen" (Gerüchte sprachen von sexuellen Verfehlungen Rusts) aus dem Schuldienst entlassen, wurde er im gleichen Jahr Mitglied des Reichstages und am 4.2.33 zum Reichskommissar im preußischen Kulteministerium ernannt. Seine unbedingte Hitler-Loyalität wurde am 30.4.33 mit dem Posten eines Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung belohnt.

Der ohnehin ungeeignete, alkoholabhängige Rust geriet in erhebliche Konflikte mit den konkurrierenden Erziehungsträgern des Dritten Reiches wie Schirach (HJ), Ley (Ordensburgen), Rosenberg (Weltanschauung), Himmler (Junkerschulen) u.a. Er versuchte mit hektischen Maßnahmen und Umorientierungen, das deutsche Schulsystem nationalsozialistisch auszurichten, provinzialisierte durch Entlassung politisch oder rassistisch Mißliebiger Forschung und Wissenschaft und wurde im Flüsterwitz als Maßeinheit karikiert: "ein Rust = kürzeste Zeit zwischen Erlass und Aufhebung einer Verfügung".

Rust erschloß sich bei der Nachricht von der deutschen Kapitulation.<<

Prof. Dr. Harald Scholtz schrieb später über das "Schulsystem" des NS-Regimes (x051/522-523): >>Schulsystem, Organisation und Funktionsbestimmung des Schulwesens im Dritten Reich.

Eine Lösung der in der Weimarer Republik heiß umstrittenen Fragen der Strukturreform und des kirchlichen Einflusses im Schulsystem schob die NSDAP 1933 auf, obwohl sie 1930 eine achtjährige Grundschule, die Abschaffung der höheren Schulen und die Ablehnung des Konkordats in Aussicht gestellt hatte.

Demgegenüber erweisen sich die ersten Maßnahmen in der Regierungsverantwortung als vom

Machtpragmatismus bestimmt: Schließung "weltlicher" Schulen (ohne Religionsunterricht), Abschluß des Konkordats mit dem Vatikan, Entlassung nicht konfessionell gebundener Lehrer, Verstärkung der restriktiven Auslese nach dem vierten Schuljahr unter den neuen Gesichtspunkten körperlicher, charakterlicher und "völkischer" Eignung (Erlaß vom 27.3.35). Anstelle eines neunten Volksschuljahres richtete Preußen 1934 das Landjahr ein.

Diese ersten schulpolitischen Entscheidungen dienten der Konsolidierung des Systems; die meisten wurden später revidiert: 1936 begannen Kampagnen zur Einführung der nicht mehr konfessionell gebundenen Gemeinschaftsschule, die bis 1941 für alle Volksschulen zur Norm wurde; der Religionsunterricht wurde reduziert, kirchliche Internatsschulen wurden beschlagnahmt oder einer von der SS geleiteten Inspektion unterstellt.

Die Lehrerausbildung wurde zunächst "Hochschulen" im gesamten Reich übertragen, ab 1941 aber den Lehrerbildungsanstalten. Ebenso folgte der Konsolidierung der Mittelschule im Krieg die Einführung der Hauptschule und somit die Preisgabe einer berufsständischen Gliederung der Bildungsprivilegien.

Ob nämlich die Hauptschule auch die Aufgaben der Mittelschule in einem neunten und zehnten Schuljahr übernehmen würde, blieb bis zum Kriegsende ungeklärt. Gleichzeitig wurden anstelle vielfältiger Beschränkungen im Zugang zum Hochschulstudium neue Wege zur Reifeprüfung nach der Berufsausbildung und für Kriegsversehrte eröffnet (in Fern- und Abendkursen und im Langemarckstudium). Im letzten Kriegsjahr waren mehr Studentinnen immatrikuliert als je zuvor.

Die Verstärkung der Geschlechtertrennung, zumindest an städtischen Volks- und den weiterführenden Schulen, brachte dem Mädchen-Schulsystem eine Konsolidierung und den früheren Frauenschulen (mit einer Fremdsprache) die Anerkennung als zum Abitur führend. Der Ausschluß der Mädchen vom Lateinunterricht an Jungenschulen wurde 1940 wieder rückgängig gemacht. Denn die "Oberschule für Jungen" sah Latein - im Unterschied zur "Deutschen Oberschule" der Weimarer Zeit - als obligatorisch für alle vor.

Die Zahl der humanistischen Gymnasien wurde stark reduziert, ihr Prestige aber dadurch erhöht. Mit der Abschaffung des 13. Schuljahres begann 1937 die Vereinheitlichung der höheren Schulen. Außer den Gymnasien erhielten die Jungenschulen einen sprachlichen und einen mathematisch-naturwissenschaftlichen Zug, die Mädchenschulen einen sprachlichen und einen hauswirtschaftlichen Zweig.

Daneben blieben Aufbauschulen erhalten, jetzt nach Geschlechtern getrennt und vornehmlich Schülern aus den noch immer wenig gegliederten Landschulen vorbehalten. Die Verteilung des Lehrangebots zielte auf einen Ausgleich zwischen den Fächergruppen ab, was den Anteil der naturwissenschaftlichen Fächer stark reduzierte, aber 1941 revidiert wurde.

Die im Programm der NSDAP geforderte Einführung der Staatsbürgerkunde unterblieb: "Weltanschauung" sollte "nicht Gegenstand oder Anwendungsgebiet des Unterrichts" sein; sie sollte vorausgesetzt werden (nur in Württemberg-Hohenzollern wurde "weltanschaulicher Unterricht" eingeführt). Die umfangreichen Richtlinien für "Erziehung und Unterricht in der Höheren Schule" widersprachen im Vergleich zu den knapp gehaltenen für die anderen Schulgattungen deutlich der sonst vertretenen "Umwertung" aller tradierten Wertsetzungen (Erziehung).

Das Reichsschulpflichtgesetz vom 6.7.38 brachte nicht nur die Festlegung der Dauer des Volksschulbesuchs auf acht Jahre, sondern erforderte auch den Ausbau der Berufsschulen, insbesondere für die landwirtschaftlichen Berufe. Das duale Ausbildungssystem blieb erhalten, doch wurde das Angebot an Fach-, Techniker- und Ingenieurschulen verstärkt. Der BDM richtete eigene Haushaltsschulen ein. Statt der Aufbauschulen wurden vorrangig Lehrerbildungsanstalten (zu 2/3 für Mädchen) gefördert; zwölf Adolf-Hitler-Schulen galten als "Aufbauschulen der Partei", das Landjahr-Lager bot Möglichkeiten zum Übergang auf eine

Nationalpolitische Erziehungsanstalt; Deutsche Heimschulen, insbesondere für "Volksdeutsche", wurden z.T. gesamtschulartig organisiert.

Durch die Einrichtung der Hauptschule als Auslese-Pflichtschule sollte der Zugang zur weiterführenden Bildung ab 1941 in stärkerem Maße politisch kontrollierbar werden. Die Pläne Schirachs, diese Bildung während des Krieges auf die Zeit bis zum 16. Lebensjahr zu begrenzen, wurden 1943 durch die Einberufung der Schüler als Flakhelfer Wirklichkeit.

Trotz ihrer Widersprüchlichkeit ist die Schulpolitik in ihrem Ergebnis als konsequente Durchsetzung von Hitlers Maximen zu interpretieren: Verkürzung und Ideologisierung des Unterrichts, Ausweitung der Leibeserziehung, Geschlechtertrennung, Aussonderung der Juden, Zurückdrängen des kirchlichen Einflusses, Sicherung der politischen Kontrolle über schulische Ausleseprozesse, Differenzierung der beruflichen Ausbildung, Erzeugung von Kriegsbegeisterung bei den Jungen und Vorbereitung auf die Mutterrolle bei den Mädchen.

Weit restriktiver wirkte sich die deutsche Besatzungspolitik auf das Schulsystem in Polen aus: Hier wurde die Schulbildung auf ein Minimum reduziert. Im Zuge der Verwirklichung dieser Tendenzen wurden aber auch Motive freigesetzt, die für die Sicherung des politischen Systems nur bedingt funktional waren und denen deshalb im Krieg teilweise repressiv begegnet wurde: Öffnung der Schule für politische Aktivitäten, Stärkung des Selbstbewußtseins und der Mobilität der Jugendlichen, insbesondere der Mädchen; Tendenzen in der Lehrerschaft, ein partnerschaftliches Verhalten Schülern gegenüber zu entwickeln und den Unterricht abwechslungsreicher zu gestalten, von Lern- zu Leistungsanforderungen überzugehen, die die Schüler als Personen in Anspruch nahmen.

Obwohl sich die Anforderungen an die Jugendlichen addierten, ist diese Überbeanspruchung hingenommen worden, soweit sich Aufstiegshoffnungen mit ihr verbinden konnten. Persönliche Erwartungen wurden so mit dem Ziel des "Endsieg" eng verknüpft.<<

Prof. Dr. Harald Scholtz schrieb später über die "Lehrerbildungsanstalten" (x051/348):
>>Lehrerbildungsanstalten (LBA), 1941 eingeführte Ausbildungsstätten als Ersatz für 28 "Hochschulen für Lehrerbildung" (HfL), die von 1937 an im ganzen Reich die Volksschullehrer auf der Grundlage des Abiturs in zwei Jahren ausgebildet hatten.

Schon 1939 waren "Aufbaulehrgänge" zur Vorbereitung von Volks- und Mittelschülern auf das Studium an HfL eingerichtet worden. Bis 1943 entstanden 257 Lehrerbildungsanstalten, davon 130 nur für Mädchen, die unterschiedlich lange Ausbildungsgänge anboten: für Volksschüler fünf, für Absolventen des Landjahres vier, Mittel- und Oberschüler drei Jahre, für Abiturienten war die Ausbildung auf ein Jahr verkürzt worden.

20 Lehrbildungsanstalten bildeten auch "Schulhelfer" im Alter zwischen 19 und 30 Jahren in dreimonatigen Vorbereitungslehrgängen aus, denen nach ein- bis zweijähriger Schulpraxis ein neunmonatiger Abschlußlehrgang folgte; auch Klassen für "technische Lehrerinnen" und für Kindergärtnerinnen wurden eingerichtet.

Die Unterbringung erfolgte, soweit möglich, im Internat und wurde nach dem Muster der "Aufbaulehrgänge" organisiert, die die "Formationserziehung" von den Nationalpolitischen Erziehungsanstalten übernommen hatten. Die Werbung ging vornehmlich von der HJ aus, die auch die "Auslese" in "Musterungslagern" kontrollierte. Durch die unterschiedliche Dauer der Ausbildung, den Einfluß der HJ und den größeren Anteil der Mädchen (1943: 63,1 % der 44.157 Ausbildungsplätze) unterschieden sich die Lehrbildungsanstalten wesentlich von den früheren Lehrerseminaren.

Für die Parteikanzlei (Martin Bormann) die anstelle des Reichsministeriums die Richtlinien für die Lehrbildungsanstalten bestimmte, ging es weniger um die Qualität der Ausbildung als um die frühzeitige und umfassende politische Sozialisation und Mobilisierung der Jugendlichen aus aufstiegsorientierten Schichten. Sie ließen sich zum "Einsatz" auch jenseits der Reichsgrenzen (dort befanden sich 43 Lehrbildungsanstalten) und von 1943 an auch zum

Kriegshilfsdienst heranziehen.<<

Der nordamerikanische Historiker William S. Allen (1932-2013) schrieb später über die "NS-Machtübernahme" in den deutschen Schulen (x129/54-55): >>Die Umwandlung der Schulen in ideologische Bastionen des neuen Staates war ein Prozeß, der fast sofort in Angriff genommen wurde. Neue Lehrbücher wurden im Jahr 1933 eingeführt. Aus den vorhandenen Schulbibliotheken entfernte man die "entartete" Literatur, dafür wurden sie mit Büchern vollgestopft, die den Nationalismus und Militarismus verherrlichten.

Die Lehrer mußten an Kursen teilnehmen, in denen ihnen die Richtlinien dafür gegeben wurden, wie Geschichte und andere Fächer gelehrt werden sollten. Als neue Stoffe führte man "Rassenlehre" und "Germanische Vorgeschichte" ein. Die Arbeitsgemeinschaften und Schulkurse für die Lehrer gingen unaufhörlich weiter. Häufig wurden die gleichen Themen in jedem Kurs wieder behandelt. Die Lehrer bemühten sich sehr, sich genau an die Richtlinien zu halten, da bald bekannt wurde, daß die HJ der NSDAP meldete, was die Lehrer im Unterricht taten.

Neben den neuen Themen und der neuen Einstellung zu alten Themen forderte man von den Schulen einen stärkeren Nachdruck auf Sport und körperliche Ertüchtigung, besonders Schießen und Wehrsport. Im naturwissenschaftlichen Unterricht sollten die Schüler beispielsweise Segelflugmodelle bauen. Nationalsozialistische Propagandafilme wurden ausgiebig eingesetzt und Radioapparate in den Klassenzimmern aufgestellt, damit die Schüler Propagandareden hören konnten. ...

Die Hitlerjugend spielte in all diesen Veränderungen eine aktive Rolle. Im Jahr 1934 wurde eine Werbeaktion unternommen, um jeden Schüler in die HJ oder den BDM hereinzuholen. Vorhandene Schulvereine wurden aufgelöst. Doch dadurch, daß der Einfluß der HJ verstärkt wurde, nahm die Autorität der Lehrer beträchtlich ab. Ein früherer Rektor sagte dazu: "Der Unterricht wurde fast unmöglich." ...<<

Willy Brandt (1913-1992, eigentlich Herbert Frahm, seit 1930 SPD-Mitglied) emigrierte im April 1933 nach Dänemark, später nach Norwegen, um im vermeintlich sicheren Ausland den Widerstand fortzusetzen.

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.11.2023

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x025/79) = Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage, Seite 79.

x017	Meyers Lexikonredaktion (Hg.): DAS NEUE DUDEN LEXIKON in 10 Bänden. Mannheim 1989.
x020	Benz, Wolfgang (Hg.): <u>Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten</u> . Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.
x023	Maser, Werner: <u>Das Regime</u> . Alltag in Deutschland 1933-45. Berlin 1990.
x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung</u> . Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen</u> . Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987.
x032	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: <u>Das III. Reich 1933-1939</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991.
x033	Overesch, Manfred: <u>Das III. Reich 1939-1945</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991.
x034	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: <u>Die Weimarer Republik</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x036	Jäckel, Eberhard, und Jürgen Rohwer (Hg.): <u>Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg</u> . Entschlußbildung und Verwirklichung. Stuttgart 1985.
x040	Hillgruber, Andreas, und Gerhard Hümmelchen: <u>Chronik des Zweiten Weltkrieges</u> . Kalendarium militärischer und politischer Ereignisse 1939-1945. Neuausgabe. Düsseldorf 1989.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): <u>PLOETZ "Geschichte der Weltkriege"</u> . Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x044	Zentner, Christian: Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges - Zusammenbruch. München/Köln 1989.

x049	Holmsten, Georg: <u>Kriegsalltag 1939-1945 in Deutschland</u> . Bindlach 1989.
x050	Ruhl, Klaus-Jörg: <u>Brauner Alltag 1933-1939 in Deutschland</u> . Bindlach 1990.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): <u>Das große Lexikon des Dritten Reiches</u> . München 1985.
x054	Ploetz, Karl: <u>Hauptdaten der Weltgeschichte</u> . 28. Auflage. Würzburg 1957.
x055	Ploetz-Verlag (Hg.): <u>DER GROSSE PLOETZ IM BILD</u> . Ein Bildatlas zur Weltgeschichte. Würzburg 1987.
x057	Eilers, Willi: <u>Kleine Weltgeschichte</u> . Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel der Geschichte. Stuttgart 1955.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen</u> . Ausgabe G. Band 2. Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte</u> . Band 3. <u>Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege</u> . 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x062	Mann, Golo u.a.: <u>Unser Jahrhundert im Bild</u> . Gütersloh 1964.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: <u>Deutsche Geschichte</u> . Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x066	Trevor-Roper, Hugh: <u>Hitlers letzte Tage</u> . 2. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1995.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch</u> . Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x069	Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk</u> . Band IV. Um Volksstaat und Völkergemeinschaft. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte</u> . Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x074	Stein, Werner: <u>Fahrplan der Weltgeschichte</u> . Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft. Augsburg 1994.
x075	Grosser, Alfred: <u>Ermordung der Menschheit</u> . Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x076	Andreae, Hugo: <u>Lehrbuch der Geschichte für berufsbildende Schulen</u> . Verlag Handwerk und Technik, Hamburg 1962.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): <u>PLOETZ</u> . Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: <u>Deutsche Geschichte im Bild</u> . Frankfurt/Main 1991.
x092	Chronik Verlag (Hg.): <u>Chronik der Deutschen</u> . 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x103	Klemperer, Klemens von: <u>Die verlassenen Verschwörer</u> . Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938-1945. Berlin 1994.
x105	Wildermuth, Rosemarie: <u>Als das Gestern heute war</u> . Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x106	Chronik Verlag (Hg.): <u>Chronik des Zweiten Weltkrieges</u> . 1. Auflage. Gütersloh/München 1994.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft</u> . Band 2. 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x129	Klett, Ernst (Hg.): <u>Politische Weltkunde II</u> . Nationalsozialismus und Faschismus. E. Klett Verlag, Stuttgart 1987.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen</u> . Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.

x154	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 14. Bonn 1996.
x191	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 6.</u> In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x239	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band III.</u> Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1980.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert.</u> Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x244	Ripper, Werner (Hg.): <u>Weltgeschichte im Aufriß. Band 1.</u> Von der griechischen Antike bis zum Ende des Absolutismus. Frankfurt/Main, Berlin, München 1999.
x245	Ripper, Werner, und Eugen Kaiser (Hg.): <u>Weltgeschichte im Aufriß. Band 3, Teil 1.</u> Vom Ersten Weltkrieg bis 1945. Frankfurt/Main; Berlin, München 1976.
x256	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 4.</u> Das 20. Jahrhundert. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1966.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld.</u> Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x269	Ferber, Christian (Hg.): Berliner Illustrierte Zeitung. Zeitbild, Chronik, Moritat für jedermann 1892-1945. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x296	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): <u>Die Reise in die Vergangenheit. Band 4.</u> Geschichte und Politik in unserer Zeit (Lehrerausgabe). Braunschweig 1975.

Internet

x844	Liebermann: http://de.wikiquote.org/wiki/Max_Liebermann - September 2013.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x1.001	https://www.apostasia.net/images/Jesuiten.pdf ("Die verborgene Geschichte der Jesuiten") - März 2021